PROTOKOLL

über die 17. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 15. Dezember 2005, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ernst Esterle, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Mag. Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Mag. Stephan Keiler LL.M., Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, SR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: -

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) AKTUELLE STUNDE

5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

GHJ2-86/05 Sofortmaßnahme Heizkesseltausch Standesamt.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

1) SH-395/73 Erhöhung der Aufwandsentschädigung für das Zustellpersonal der Aktion „Essen auf Rädern“.

2) Fin-23/04 Tarif- und Gebührenordnung im APM 2006.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

3) ÖAG-17/03 Änderung des Kaufvertrages zwischen der Stadt Steyr und der Dr. Rudolf Streicher Privatstiftung vom 22. 3. 2005.

4) GHJ2-81/05 Erneuerung der Rollos –Polytechnische Schule.

5) GHJ2-73/05 Erste Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Hauptschule Ennsleite.

6) GemAbf-1/03 Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

7) K-85/05 Neufestsetzung der Nächtigungsgebühren für die Jugendherberge der Stadt Steyr in der Josef-Hafner-Straße 14.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

8) BauH-3/00 Sanierung des Stadtbades Steyr, Freibad 2005 – 2006; Bauteil 1; Dach Hallenbad.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

9) Wa-15/04 Hochwasserprojekt Steyr; Optimierung des Pfeilerkolkschutzes der Ennsbrücke (Zwischenbrücken) Vergabe.

10) BauGru-21/05 Neuplanungsgebiet Nr. 11 – Hofergründe.

11) BauGru-45/04 Bebauungsplan Nr. 68, Eysnfeld.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

12) Präs-809/05 Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend Festsaal des Rathauses; Vergabe gegen Entgelt für Empfänge von Delegationen und Vereinen.

13) BauGru-16/04 Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1/03.

14) BauGru-8/05 Flächenwidmungsplan Nr. 2, Änderung Nr. 22; Wirtschaftspark Stadtgut Steyr.

15) BauGru-6/04 Flächenwidmungsplan Nr. 2; Änderung Nr. 14; Wohnbebauung Staffelmayr.

16) GemKan-26/98 Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr ab dem Jahr 2006.

17) Fin-100/05 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2006.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Herren von der Presse, sehr geehrte Besucher guten Morgen. Ich möchte die heutige GR-Sitzung, die sogenannte Budget-Gemeinderats-Sitzung, offiziell eröffnen und feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Protokollprüfer für die heutige Sitzung sind GR Ernst Esterle und Frau GR Dr. Braunsberger-Lechner. Entschuldigt ist niemand. Der Herr GR Klausberger wird in etwa einer halben Stunde wieder erscheinen.

Zum Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen, gibt es keine Anfrage. Somit komme ich gleich zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Besuch in der Hofburg

Mein Amtskollege aus Bethlehem Dr. Victor Batarseh sowie Dr. Sylvia Braunsberger und Frau Elisabeth Brandl von Soroptimist International und ich sind anlässlich der Charity-Tour Bethlehem vom Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer in der Hofburg empfangen worden.

Der Bürgermeister von Bethlehem, Dr. Victor Batarseh, informierte den Bundespräsidenten über die aussichtslose Situation in Bethlehem und die dringend benötigte Hilfe.

Dr. Fischer war über die Gesamtsituation in Palästina und das Friedensprojekt in Steyr sehr gut informiert und gratulierte Frau Dr. Sylvia Braunsberger von Soroptimist International Club Steyr und der Soroptimist-Unionspräsidentin Elisabeth Brandl und mir zum Ergebnis der Friedensveranstaltung für Bethlehem in Steyr.

Werbung im Ausland für Steyr

Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach und ich rührten Ende November im Ausland die Werbetrommel für Steyr. Die Vizebürgermeisterin Friederike Mach war zu Gast in der Steyrer Partnerstadt Plauen, ich besuchte die finnische Santa-Claus-Stadt Rovaniemi am Polarkreis.

In Rovaniemi wurde ein EU-Projekt eröffnet, bei dem sieben Nationen Ausstellungen zum Thema Weihnachten präsentierten. Steyr stellte sich dabei mit Krippen aus der Region vor. Die Ausstellung war gestaltet worden von den Ehepaaren Elfi und Dr. Karl Mayer sowie Vroni und Paul Pfaffenbichler. Die Steyrer Delegation konnte dabei Kontakte mit den Vertretern der ausstellenden Ländern knüpfen. In Rovaniemi haben ich gemeinsam mit Vertretern von sechs Nationen an der Eröffnung einer Dauer-Weihnachtsausstellung teilgenommen. Steyr hat sich am schönsten Stand aller Aussteller präsentiert. Es war für unsere Stadt eine sehr gute und großartige Werbung.

Auch in Plauen wurden Krippen aus dem Privatbesitz der Ehepaare Mayr und Paffenbichler gezeigt. Die beiden Ehepaare, die Ofenbank Spielleut aus Micheldorf, die Sulzbacher Bläser und der Steyrer Stadtführer Franz Divinzenz begleiteten Vizebürgermeisterin Friederike Mach in die Stadt im Voigtland. Ich hoffe, dass wir bei den Besuchern dieser Ausstellung Lust auf einen Besuch der Stadt Steyr wecken konnten.

Bischof besuchte Steyr

Anlässlich einer so genannten kanonischen Visitation in der Stadtpfarre Steyr konnte der neue Linzer Diözesanbischof Dr. Ludwig Schwarz auch im Rathaus empfangen werden. Der Bischof trug sich in meinem Büro in das Goldenen Buch der Stadt Steyr ein.

Literaturpreis: Gewinner gekürt

Die Gewinner des Literatur-Wettbewerbes 2005 der Stadt Steyr sind vor Kurzem in der Schlossgalerie gekürt worden. Sieger wurde Wolfram Lotz aus Bad Rippoldsau in Deutschland. Er bekam den Preis der Wiener Städtischen Versicherung und der Sparkasse Oberösterreich in der Höhe von insgesamt 3.600 Euro. Auf Rang zwei wurde der Wiener Thomas Ballhausen gereiht. Er freute sich über 2.150 Euro, den Preis der Buchhandlung Ennsthaler. Den dritten Preis, 750 Euro von der Stadt Steyr, erhielt Annika Hetberg aus Bochum in Deutschland. Auf Rang vier platzierte sich Andreas Uhrmann aus Wien, auf Rang fünf der Grazer Andreas Unterweger. Beide bekamen den Anerkennungspreis der Stadt Steyr in Höhe von jeweils 350 Euro.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im November 2005 betrug 6,2 % und ist im Vergleich zum Vormonat 0,3 Prozentpunkte niedriger. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich auch um 1,0 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im November 2005 2.938 Personen. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 6,5 % (d.s. 160 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 22,8 % (d.s. 490 Personen).

Im Oktober 2005 sind 400 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 91 Stellen weniger und auch gegenüber dem Vorjahr um 10 Stellen weniger.

Das waren meine Berichte. Punkt 4), „Aktuelle Stunde“ entfällt, da gibt es keine Eingabe. Ich bitte noch um die Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates und komme dann bereits zum Punkt 6), Verhandlungsgegenstände. Als erste Referentin bitte ich Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach um ihre Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um die Erhöhung für die Zustellung „Essen auf Rädern“. Alle wissen ja, dass wir diese Einrichtung bereits 30 Jahre in unserer Stadt haben, von einem Auto auf 5 Autos aufgestockt. Ca. 250 Personen bekommen jeden Tag eine warme Mahlzeit zugestellt. Die letzte Erhöhung liegt sieben Jahre zurück. Ich würde den hohen Gemeinderat um Zustimmung von dzt. 15,26 auf 18,00 Euro ersuchen. Danke.

1. SH-395/73 Erhöhung der Aufwandsentschädigung für das Zustellpersonal der Aktion „Essen auf Rädern“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 24. November 2005 wird mit Wirkung vom 1. 1. 2006 das im Pkt. VI des Werkvertrages zw. dem ÖRK, Bezirksstelle Steyr Stadt und der Stadt Steyr im Rahmen der Aktion „Essen auf Rädern“ vereinbarte Entgelt von dzt. je € 15,26 auf je € 18,00 erhöht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
In meinem nächsten Punkt geht es um die Tarifanpassung für das Alten- und Pflegeheim im Münichholz. Für die Doppelzimmer wird die Indexerhöhung vorgenommen, für die Einzelzimmer wäre inkl. der Indexerhöhung ein Preis auf 55 Euro. Wir haben von anderen Einrichtungen Preise eingeholt und ich muss sagen, Bad Hall, Garsten, Sierning und Weyer sind derzeit überall schon teurer als unsere Heime. Also, wir hätten es angepasst für das Einzelzimmer auf 55 Euro.

2) Fin-23/04 Tarif- und Gebührenordnung im APM 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Alten- und Pflegeheimes Münichholz vom 11. November 2005, wir die Tarif- und Gebührenordnung wie in der Beilage ausgeführt mit Wirksamkeit 1. 01. 2006 wie folgt festgesetzt: (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, zwei Anmerkungen dazu. Die rund 81.000 Euro Mehrertrag, die man durch diese Anpassung der Heimtarife erhält, klingen auf den ersten Blick ja sehr gut. Allerdings ist es ja nur so, dass wir kaum Vollzahler im Alten- und Pflegeheim haben, generell, d. h., diesen zusätzlichen Aufwand tragen ja nicht die Bewohner zum Großteil, sondern die Sozialabteilung der Stadt. D. h., im Endeffekt passiert nichts anderes, als dass wir damit halt mehr an Sozialhilfeausgaben haben im städtischen Bereich und damit halt, unter Anführungszeichen, geschönt, die Gebarung im Alten- und Pflegeheim. D. h., de facto ist es nicht wirklich eine Maßnahme die zu mehr Erträgen führt, trifft aber natürlich jene, die Vollzahler sind, sehr wohl.
Die zweite Anmerkung, im letzten Absatz des Amtsberichtes steht, dass die unter Artikel 2 Abs. 3 angeführte Kurzzeitpflege aus der Tarifordnung zu streichen ist, die anscheinend ursprünglich vom Amt entworfen worden ist, da im Alten- und Pflegeheim Münichholz keine Kurzzeitpflege angeboten wird. Ich bedaure das sehr, weil gerade in Zeiten wo jeder immer wieder betont, dass die älteren Menschen möglichst lange im Familienverband bleiben sollten, durch pflegende Angehörige betreut werden, sollte man diesen pflegenden Angehörigen auch die Möglichkeit bieten, sich hin und wieder eine Auszeit zu gönnen, unter Anführungszeichen, um einen Burn out auch zu verhindern, und dazu

wäre diese Kurzzeitpflege auch dringend notwendig. Ich verstehe zwar die Pflegephilosophie im APM, die sagen, aus bestimmten Gründen, sie wollen das nicht, verstehe aber nicht, dass es im APT sehr wohl möglich ist und dort auch gut funktioniert. Ich wünsche mir sehr wohl, im Sinne der Betroffenen, dass diese Kurzzeitpflege auch im APM angeboten wird, im Sinne der Angehörigen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, meine Wortmeldung hat sich fast erübrigt. Ich wollte Ähnliches sagen, diese Erhöhung ist für die Stadtgemeinde keine Einnahme, weil wir einfach ja das dann an Sozialausgaben zahlen müssen. Aber wir müssen erhöhen, weil wir einfach den Vergleich mit den anderen Altenheimen nicht aushalten. Es war einfach schier nicht mehr gut, wenn die Leute immer wieder hingewiesen haben, Münichholz ist das schönste und das beste Altenheim, vom Gebäude her, und sie verlangen so wenig. Ich glaube, einfach aus optischen Gründen, müssten wir das erhöhen. Schade ist um die Kurzzeitpflege, aber wir haben am Tabor oben die Kurzzeitpflege ausgebaut, von drei auf sieben Betten, und ich glaube, das ist zumindest einmal ein Schritt und vielleicht lässt sich das im Münichholz wieder machen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich möchte auch dazu sagen, wir müssen die Tarife anheben. Aus Wirtschaftlichkeit müssen wir das anpassen. Natürlich, das wissen wir alle, dass von der Sozialabteilung wieder dazu bezahlt wird. Aber das hat ja keinen Sinn, wir können es nicht jahrelang auf einem Niveau lassen und auf einmal heben wir es extrem an.
Zur Kurzzeitpflege möchte ich natürlich auch sagen, wir haben jetzt ausreichend Betten im Alten- und Pflegeheim am Tabor. Ich glaube, es ist wichtig, wenn wir es als Stadt anbieten können und ich sehe die zwei Heime ja als Einheit, das betreibt ja die Stadt Steyr, also brauche ich nicht sagen im Münichholz und am Tabor, sondern ich konzentriere mich auf einen Standort. Am Tabor haben wir Plätze frei gehabt, die haben wir schön hergerichtet. Es wird wirklich gerne angenommen und ich bin froh, dass wir die Kurzzeitpflege überhaupt haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, Grüne, FPÖ. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? 1 (Bürgerforum).
Ich danke der Berichterstatterin. Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Gerhard Bremm.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, mein erster Antrag bezieht sich auf die Änderung des Kaufvertrages zwischen der Stadt Steyr und der Dr. Rudolf Streicher Privatstiftung. Wir haben ja am 22. 3. des heurigen Jahres den Verkauf des Stadtgutes, des Hofes, hier im Gemeinderat beschlossen. Inhalt dieser Vereinbarung oder dieses Vertrages war ja, dass bis zum Jahresende das Haus vom Mieter freigemacht werden muss und dass wir bis 30. Juni 2006 das Gebäude geräumt, abgerissen und den Grund an die Streicher-Stiftung übergeben müssen. Jetzt ist Streicher an uns herangetreten, er möchte den Grund schon früher zur Verfügung haben. Das Haus ist vom Mieter schon frei, der ist schon ausgezogen. Er möchte im Frühjahr das Areal oder das Haus schon zur Verfügung haben. In unserer Verpflichtung war drinnen, dass wir auf Kosten der Stadt das Haus räumen und abreißen und den Grund dort ebnen und lastenfrei übergeben müssen. Jetzt hat Streicher angeboten, er würde das Räumen des Hauses mit seinem Personal übernehmen und den Abriss möchte er auch selbst vornehmen, soweit er das abreißt oder nicht abreißt, das ist dann seine Angelegenheit. Streicher hat ein Angebot vorliegen mit dem Abriss des Bauernhauses von 72.000,-- Euro, wir haben ein Angebot aus dem Jahr 1994 liegen mit 59.000,-- Euro. Es ist für uns keine Kostenerhöhung sondern eher eine Kostenersparung wenn wir dem Vorschlag Streicher nähertreten, dass wir ihm dieses Areal und das Gebäude schon zum jetzigen Zeitpunkt übergeben. Der Abriss ist von der zweiten Kaufrate abzuziehen. Wir haben uns auch darüber geeinigt, dass das billigere Angebot hier zum Abzug kommen sollte und zwar 59.000,-- Euro. Ich würde ersuchen, dass diesem Antrag auch die Zustimmung gegeben wird.

3. ÖAG-17/03 Änderung des Kaufvertrages zwischen der Stadt Steyr und der Dr. Rudolf Streicher

Privatstiftung vom 22. 3. 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 30. 11. 2005 wird der am 22. 3. 2005 mit der Dr. Rudolf Streicher Privatstiftung abgeschlossene Kaufvertrag über die Grundstücke 721/1 und 721/3, je Grundbuch Gleink, wie folgt abgeändert.

Anstelle der im Kaufvertrag übernommenen Verpflichtung der Stadt, den Abbruch des auf Grundstück 721/1 bestehenden Vierkanters auf ihre Kosten vorzunehmen, werden diese Arbeiten von der Dr. Rudolf Streicher Privatstiftung übernommen. Die zweite Rate des Kaufpreises, die bei Übergabe des gesamten Objektes zu bezahlen ist, reduziert sich daher um den Betrag von EUR 59.000,-- auf EUR 32.613,14. Die Entrümpelung des Gebäudes selbst wird in der Weise geteilt, dass die Dr. Rudolf Streicher Privatstiftung die Kosten für die Arbeiten selbst übernimmt und die Stadt die Kosten für den Abtransport und die Entsorgung zu tragen hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Auch keine. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um die Erneuerung der Rollos in der Polytechnischen Schule im Münichholz. Es geht um die Mittelfreigabe von 2.900,-- Euro. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

4) GHJ2-81/05 Erneuerung der Rollos – Polytechnische Schule.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 17. 11. 2005 wird der Auftragsvergabe für die Erneuerung der Sonnenschutzrollos in der Polytechnischen Schule, Punzerstraße 73 – 75, an die

Fa. Zehethofer, Steyr - Sonnenschutzrollos (€ 2.919,46 inkl. USt.)

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von € 2.900,00 inkl. USt von der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/214000/010000 (Polytechnische Schulen Gebäude)

und um Mittelfreigabe von

€ 2.900,00 inkl. USt. (zweitausendneunhundert) bei der VA-Stelle 5/214000/010000 (Polytechnische Schulen Gebäude)

zugestimmt.

Aufgrund von Kosteneinsparungen bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude) werden die zur Kreditübertragung beanspruchten Mittel bei dieser VA-Stelle in diesem Ausmaß nicht benötigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 2.900,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Erneuerung der Rollos. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich komme zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Hier geht es um die erste Etappe vom Fenstertausch und Vollwärmeschutz der Hauptschule Ennsleite. Ich glaube, dass wir doch jetzt schon gut unterwegs sind. Wir haben die Taborschule saniert, wir haben im Wehrgraben schon Sanierungsarbeiten durchgeführt und vollendet und jetzt ist die Hauptschule Ennsleite dran, in mehreren Etappen soll hier saniert werden. Die Summe ist im Budget vorgesehen. Die Sanierungsschritte sind auch abgestimmt mit den Schulen, mit dem Bezirksschulinspektor, mit der Personalvertretung der Lehrer. Ich würde ersuchen, dass diesem Antrag auch die Zustimmung gegeben wird.

5) GHJ2-73/05 Erste Etappe Fenstertausch und Vollwärmeschutz Hauptschule Ennsleite.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 17. 11. 2005 wird den Auftragsvergaben für die erste Etappe des Fenstertausches und des Vollwärmeschutzes der Hauptschule Ennsleite, Glöckelstraße 4 – 6, an die

Fa. Actual, Ansfelden Fenster inkl. Fenstertausch € 23.788,56 inkl. USt.

Fa. Krückl, Perg Vollwärmeschutz € 41.125,90 inkl. USt.

Fa. Arthofer, Behamberg Baumeisterarbeiten € 6.633,02 inkl. USt.

Fa. Czanker, Steyr Eingangsportale € 5.209,20 inkl. USt.

Fa. Klotzner, Linz Jalousien € 4.659,60 inkl. USt.

Fa. Seywaltner, Steyr Malerarbeiten € 7.096,68 inkl. USt.

Fa. Perner, Schärding Fassadenuhr € 1.200,00 inkl. USt.

zugestimmt.

Zur Finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerungen wird der

Mittelfreigabe von 89.800,00 inkl. USt. (neunundachtzigtausendachthundert) bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 89.800,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch nicht. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um die Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr. Es ist im Amtsbericht auch darauf hingewiesen. Mit 1. Jänner 2006 ist pro Tonne Restabfall ein Altlastenbeitrag zu bezahlen. Das hat es, seit die thermische Verwertung oder die OÖ-Regelung in Kraft ist nicht gegeben. Also, ab 1. Jänner 2006 ist ein Altlastenbeitrag von der Bundesregierung beschlossen worden und wird eingehoben. Das trägt natürlich dazu bei, dass die Kosten sich bei der Abfallentsorgung dementsprechend erhöhen, darüber hinaus aber ist eine allgemeine Kostensteigerung, die Energiepreise, das wissen wir eh alle, dass sich die halt auch in diesem Bereich niederschlagen. Es wird hier vorgeschlagen, die einzelnen Tarife, wie sie im Amtsbericht aufgelistet sind, auch so zu erhöhen. Im Durchschnitt ergibt sich eine Erhöhung von ca. 8 %. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

6) GemAbf-1/03 Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr.

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Steuerangelegenheiten vom 29. November 2005 wird die in der Anlage beigeschlossene Novelle der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 2006 in Kraft. Die Kundmachung hat gemäß § 65 Abs. 1. des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, eine Anmerkung dazu: „War eigentlich diese Gebührenerhöhung in einem Ausschuss?“ Im Amtsbericht steht eigentlich nur „in Absprache mit dem zuständigen Referenten“. Normalerweise würde ich schon davon ausgehen, dass man eine Gebührenerhöhung, die immerhin im Bereich von durchschnittlich 8 % liegt, beispielsweise im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss behandelt. Die zweite Frage ist: „Warum ist es nicht möglich bei einem Amtsbericht eine Gegenüberstellung zu machen, bisherige Tarife und neue Tarife?“ Im Amtsbericht steht ja nur durchschnittlich 8 %. Ich kann aber nicht entnehmen, bei welchen Bereichen sind es 8 %, wo sind es 20 %, sind es überhaupt irgendwo 20 %. Ich denke mir, es wäre schon ganz gut, wenn der Amtsbericht so vorbereitet wäre, dass eine Gegenüberstellung da ist und man genau sieht, was waren die jetzigen Tarife und was sind die neuen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Roman Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe ja bei Tarif- und Gebührenanhebungen immer betont, dass wir keine besondere Freude damit haben. Ich nehme an, es geht allen anderen auch so. Wir haben aber dann die Zustimmung gegeben, wenn Tarif- und Gebührenanhebungen entsprechend durch Kalkulationen nachgewiesen wurden und die wirtschaftliche Notwendigkeit dargestellt wurde. Es ist ja richtig, was der zuständige Referent, Vzbgm. Bremm, gesagt hat, dass es Steigerungen auch in diesem Bereich gibt, was die Energiekosten betrifft und was diesen Beitrag betrifft, auf den ich jetzt nicht näher eingehen möchte.

Eines hätte mich aber interessiert und das ist der Grund meiner Wortmeldung. Bezogen auf den Amtsbericht steht ja auch dieses Mal drinnen, dass die Gemeinden die Möglichkeit haben, die Gebühren jeweils so festzusetzen, dass der mutmaßliche Jahresbetrag dieser Gebühr die doppelte Jahreserforderung der Kosten für die Erhaltung und den Betrieb, usw. und so fort, eben erfordert. Da hätte mich das Verhältnis interessiert. Wie schaut das in dieser Größenordnung aus, was an Einnahmen hereinkommt. Ist das tatsächlich das Doppelte, weil dann müsste man sich schon überlegen diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Ich danke Ihnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Zur ersten Frage, Frau Kollegin Frech, habe ich mir das selbst herausgeschrieben. Vielleicht kann ich es kurz erläutern, was die Beiträge bisher gewesen sind. Ich gebe Ihnen Recht, das werden wir das nächste Mal so vorsehen, dass man das gegenüberstellt. Ich habe das aber gestern noch gemacht. Bei 60 Liter Abfallbehälter, bei der wöchentlichen Entleerung, war der bisherige Tarif 58 Euro, bei einmaliger Entleerung, jede zweite Woche, 22 Euro, im Gegensatz von jetzt, 24 Euro. 80 bis 120 Liter 92 Euro bei wöchentlicher Entleerung, 39 Euro bei einmaliger Entleerung jede zweite Woche. Beim Abfallbehälter 240 Liter 162 Euro, bisher 73 Euro. 360 Liter 254 Euro und 120 Euro, bei 770 Liter 533 Euro und 259 Euro. Bei 1.100 Liter 685 Euro und 335 Euro. Für die Abfallsäcke für 60 Liter 4 Euro, neu 4,30 Euro. Für 30 Liter Abfallsäcke bisher 2 Euro, neu 2,20 Euro. Das zur Gegenüberstellung. Prozentuell habe ich es nicht ausgerechnet, aber im Schnitt, wie es im Amtsbericht angeführt ist, sind es 8 %.

Zur Frage vom Kollegen Eichhübl, also im Amtsbericht ist erläutert, dass die Beträge, die Tarife nicht den doppelten Betrag vom Aufwand übersteigen dürfen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich hätte gerne das Verhältnis gewusst.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich kann jetzt das Verhältnis nicht genau sagen. Wir sind aber da meilenweit davon entfernt, dass wir 100 % Differenz hätten vom tatsächlichen Aufwand zu den Erträgen. Also, da sind wir meilenweit davon entfernt. Ich werde aber das einmal genau ermitteln lassen und dann darüber berichten. Aber wir sind hier weit davon entfernt. Es wäre zwar für die Kasse schön, weil wir gerade in der Abfallwirtschaft, durch die Deponieverordnung 2004, ja auch im Budget noch immer ein dementsprechendes Loch haben, weil uns ja die Einnahmen aus der Deponie abhanden gekommen sind, fehlt uns dort Geld. Für das Budget wäre es natürlich nicht uninteressant, wenn wir dort an die Obergrenze des Zulässigen gehen würden. Wie gesagt, wir sind hier doch weit davon entfernt und ich werde das genau ausrechnen lassen und werde dann bei Gelegenheit darüber berichten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. ÖVP, Grüne, FPÖ. Wer ist dagegen? 1 (Bürgerforum). Stimmenthaltung? Niemand. Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich bedanke mich beim Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Dietmar Spanring um seinen Bericht.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in meinem Antrag geht es um die Neufestsetzung für die Nächtigungsgebühren für die Jugendherberge der Stadt Steyr in der Josef-Hafner-Straße 14. Da die Preise unserer Jugendherberge Steyr nach Hinweis des OÖ Jugendherbergsverbandes um ca. 100 % niedriger als der Österreichdurchschnitt sind, wird vorgeschlagen, die Anpassung der Nächtigungsgebühren an den entsprechenden Empfehlungen des Jugendherbergsverbandes Linz sowie an den Gebühren vergleichbarer Jugendherbergen zu orientieren. Um so mehr unsere Jugendherberge ja jetzt in einem durchaus akzeptablen Zustand hergerichtet wurde. Ich ersuche die Gebühren entsprechend unseres Amtsberichtes zu beschließen.

7) K-85/05 Neufestsetzung der Nächtigungsgebühren für die Jugendherberge der Stadt Steyr in der Josef-Hafner-Straße 14.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten, Dienststelle für Jugendveranstaltungen und Jugendherberge, vom 20. September 2005 wird die Neufestsetzung der Nächtigungsgebühren für die Jugendherberge der Stadt Steyr gemäß Beilage mit Wirkung vom 1. 1. 2006 genehmigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Sie kennen ja diese Aktionen bei Billa, Merkur, Spar usw. minus 50 %, minus 70 %, minus 80 %. Was sie allerdings normalerweise nie machen ist minus 100 %. Weil minus 100 % würde heißen es kostet gar nichts mehr. Die Preise der Jugendherberge Steyr sind ca. 100 % niedriger als der Österreichdurchschnitt. Das wäre eigentlich ein Gratistarif. Ich gehe nicht davon aus, dass bisher die Jugendherberge gratis war.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Du bist so gescheit.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein es geht nicht darum, sondern es geht um Gebühren, die wir erhöhen. Wenn man Gebühren erhöht, denke ich mir sollte man schon sorgsam damit umgehen und vor allem im Hinblick auf zwei Dinge. Unter anderem war der bisherige Tarif der Jugendherberge in Steyr 8,40 Euro und jetzt soll er erhöht werden auf 12 Euro bei bis zu 18-jährigen und auf 13,50 Euro bei über 18-jährigen und das ist eine extreme Erhöhung und trifft vor allem auch gerade die Schulen die jetzt z. B. gruppenweise

Jugendliche unterbringen. Was ich in diesem Amtsbericht vermisse ist ein Gruppentarif, der in anderen Jugendherbergen sehr wohl üblich ist, den man aber in der Steyrer Jugendherberge nicht plant. Ich denke schon, dass es sinnvoll ist, dass man einen Gruppentarif anbietet für Schüler, für Studenten usw., der ist aber nicht vorgesehen. Ich würde ersuchen, das um einen solchen Gruppentarif zu ergänzen.
Das 2. ist eine praktische Geschichte. Sie wollen die Unterscheidung machen bis zu 18 Jahren und über 18 Jahren. Ich denke mir sinnvoller wäre eine Unterscheidung nicht nach Jahren, sondern im Prinzip nach der sozialen Situation, sprich Schüler und Studenten. Weil bei Schüler und Studenten habe ich, wenn sie eine höhere Schule besuchen, automatisch die 19 Jahre und dann bezahlt er automatisch, wenn er schon 19 oder 20 Jahre ist, die 13,50 Euro. Das ist, denke ich mir, schon ein gewisser Brocken, vor allen wenn die dann eine ganze Woche da bleiben. Ich denke jetzt auch an unsere Beziehungen zu den Städtepartnern. Aus diesem sozialen Aspekt heraus bitte ich Sie, diese Gebührenordnung so nochmals zu überdenken und in dieser Art und Weise nicht zu beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort? Keines. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, Grüne, FPÖ. Wer ist dagegen? 1 (Bürgerforum). Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Willi Hauser um seinen Bericht.

BE: STADTRAT WILHELM HAUSER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine werten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ich habe es schon einmal angekündigt gehabt und jetzt ist es so weit, im Rahmen der Sanierung des Stadtbades Steyr sind wir leider Gottes draufgekommen, dass das Hallenbaddach dermaßen desolat ist, dass es zur Gänze saniert werden muss. Es hat also hier Feststellungen schon gegeben, dass es gewisse Undichtheiten gibt und wurde auch von verschiedensten Firmen repariert. Es ist aber nie dazu gekommen, dass es wirklich gänzlich dicht war. Aufgrund dessen, dass jetzt im Rahmen der gesamten Abhandlung dieser Sanierung und mit den Baubesprechungen es so weit war, dass man auch darüber diskutiert hat, dass da die Solaranlage hinaufgelegt werden muss, die immerhin 1.350 m² groß ist, haben wir darauf bestanden, von den Stadtwerken, noch einmal zu prüfen, ob die Statik das letztlich auch trägt. Im Rahmen der Besichtigung vor Ort sind wir draufgekommen, die durch eine Firma durchgeführt wurde, bei der wir anwesend waren, dass unter der Haut dieses Daches, die ja auch letztlich mit einer Kiesschüttung bedeckt ist, es gewisse Schäden bei den Lichtkuppeln gibt bzw. Undichtheiten vorhanden sind, dass die Isolierschicht zur Gänze durchnässt ist bis hinunter zur Holzkonstruktion dieses Daches. Daher war es also notwendig hier eine Sanierung auszuschreiben für dieses Hallenbaddach und das ist letztlich erfolgt, im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens. Hier hat sich die Firma Edbauer aus Pasching als Bestbieter erwiesen mit 159.373,-- Euro. Ich ersuche die Sanierung dieses Hallenbaddaches zuerst zu diskutieren und dann zuzustimmen, damit wir die auch im Rahmen dieses Bauvorhabens umsetzen können um der Gefährdung der Wiedereröffnung des Stadtbades nicht anheim zu kommen.

8) BauH-3/00 Sanierung des Stadtbades Steyr; Freibad 2005 – 2006; Bauteil 1; Dach Hallenbad.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 11. 11. 2005 wird im Zusammenhang mit der Sanierung des Stadtbades Steyr Freibad, Bauteil 1, für das Gewerk Hallenbaddachsanierung nachstehender Auftragsvergabe an den vorgeschlagenen Auftragnehmer zugestimmt:

Hallenbaddach Sanierung exkl. Ust, inkl. Rabatt, inkl. Skonto, Reihung Bestpreis

1. Fa. Edbauer, Pasching € 159.373,--

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es eine Wortmeldung? Herr GR Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die unendliche Geschichte der

Sanierung des Hallenbades oder des Stadtbades Steyr setzt sich fort und auch die Vorgangsweisen und die unklaren Abläufe setzen sich weiter fort. Im Amtsbericht steht so wunderbar drinnen: „Um weitere Einsparungen sind wir bemüht, die Möglichkeiten sind nun aber schon gering geworden.“ Das ist der Amtsbericht, wo es um das Hallenbaddach geht. Der Herr Dir. Zeilinger schreibt immer allgemein, dass sie eh alles tun. Allerdings, wenn man sich das genauer anschaut, dann ist das nicht genau nachvollziehbar. Wir hatten im letzten Gemeinderat den Punkt Stadtbadsanierung zurückgestellt, weil da ein Wunschkonzert drinnen war. Das Wunschkonzert, wurde mir dann im nächsten Ausschuss erklärt, war eigentlich so, dass in dem Betrag der für die Stadtbadsanierung drinnen war, der dann um ein paar Hunderttausend überschritten wurde, das war der Anteil der Vereine und das ist jetzt herausgestrichen worden und die Vereine machen sich das jetzt selbst und jetzt bleibt eine Differenz übrig und das ist zufällig wieder die Differenz was das Dach kostet, in etwa. Ursprünglich ist ja diese Sache, auch das Hallenbad ausgeklammert worden, im letzten Gemeinderat. Bitte, warum wurde es damals ausgeklammert? Wir wissen es seit einem Jahr oder länger wahrscheinlich, dass das Dach undicht ist. Es wurde lange Zeit anscheinend mit untauglichen Mitteln geschaut oder nicht geschaut, ob das Dach jetzt wirklich in Ordnung ist oder nicht. Dass die Solaranlage raufkommen muss, ist auch schon sehr lange bekannt. D. h., dass da jetzt dann auf einmal kurzfristig irgendwelche Ausschreibungen gemacht werden, die noch dazu meiner Meinung nach bedenklich sind, weil das ist eine kurzfristige Ausschreibung in einem nicht offenem Verfahren, ohne vorherige Bekanntmachung, doch von einem Betrag, der sehr beträchtlich ist. Da wird dann husch, husch schnell irgendwas ausgeschrieben, irgendetwas gemacht. Also, das ist eigentlich meiner Meinung nach keine Vorgangsweise, die eine klare und effiziente Lösung der ganzen Sanierung des Stadtbades und des Hallenbades mit sich bringt. Weil eine Einsparung von 20 % als Zielsetzung haben wir effektiv nicht erreicht. Wir sind im Prinzip wieder auf dem gleichen Betrag. Die Vereine, die werden das nicht selbst bezahlen. Die werden dann wieder kommen zur Stadt um eine Subvention, d. h., wir werden in Summe wieder mit dieser Überschreitung leben müssen und das im Budget auch tragen müssen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, anschließend an die Wortmeldung des Kollegen Hack, der es bedenklich gefunden hat dieses nicht offene Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung, diese Frage habe ich mir auch gestellt. Ich habe jetzt den Mag. Golda gebeten, mir mitzuteilen, ob das dem Vergaberecht entspricht, ja oder nein. Er hat das jetzt dankenswerterweise ganz auf die Schnelle noch geschafft, diese Bestimmungen mir da vorzulegen. De facto ist es so, dass ein nicht offenes Verfahren nur bei Aufträgen geht wo der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer 120.000 Euro nicht erreicht. Lesen Sie den Amtsbericht, dann sehen Sie aber, dass das Angebot, dem wir jetzt die Zustimmung geben sollen, 159.373 Euro ausmacht. D. h. eindeutig, dass das nicht in diesem Unterschwellenbereich liegt, wo es rechtlich möglich ist, ein nicht offenes Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung auszuschreiben. Die Frage deshalb an den zuständigen Referenten: Nachdem es im Vergaberecht ja darum geht, wie mir der Mag. Golda mitgeteilt hat, nicht die Endsumme die als Angebot hereinkommt, sondern es geht um den geschätzten Auftragswert. Dieser geschätzte Auftragswert ist allerdings im Amtsbericht nicht zu finden. Ich möchte jetzt wissen, wie hoch war der geschätzte Auftragswert? Lag der über diesen 120.000 Euro? Wenn ja, warum wurde dann nicht gemäß dem Vergabegesetz ausgeschrieben? Es gab bereits in der Vergangenheit oftmals Probleme mit Ausschreibungsverfahren. Jeder von Ihnen der im Prüfungsausschuss sitzt weiß das. Wir hatten nur bisher immer das Glück, ein schlechtes Glück in diesem Fall eigentlich, aber wir hatten halt das Glück als Stadt, dass es uns finanziell nicht wirklich betroffen hat, wenn wir falsch ausgeschrieben haben, weil Firmen schlichtweg den Rechtsweg gescheut haben oder Fristen übersehen haben. De facto gab es aber schon öfters Verstöße gegen das Vergabegesetz. Weil das so war, haben wir das ja auch im Prüfungsausschuss öfters zur Sprache gebracht. Man könnte eigentlich schon davon ausgehen oder sollte davon ausgehen, dass gerade dort, wo es bisher in der Vergangenheit Probleme gab, und das war genau in diesem Bereich, dass es bereits vor der Ausschreibung eine Art begleitende Kontrolle gibt, ob auch tatsächlich diese Vergaberichtlinien eingehalten werden. Ich möchte das jetzt wirklich wissen. Hat man hier wirklich völlig korrekt nach dem Vergabegesetz ausgeschrieben ja oder nein? Wenn nein, dann denke ich mir brauchen wir da gar nicht mehr weiter diskutieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster ist Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ich möchte einleitend zu dieser Thematik ebenfalls festhalten, weil es ja bereits auch vom Kollegen Hack zum Ausdruck gebracht wurde, dass ja einiges, was die Antragsstellung betroffen hat im Bezug auf die geplante Stadtbadsanierung, nicht so klar war und auch nicht nachvollziehbar war. Deswegen wurde ja bereits ein Antrag vom Gemeinderat nicht behandelt, zurückgestellt und musste dann im Ausschuss, weil eben sonst die Termine nicht mehr eingehalten hätten werden können, beschlossen werden.

Aber konkret zu diesem Antrag möchte ich schon eines festhalten. Es ist durchaus gerechtfertigt, wenn man jetzt Kritik übt, dass man jetzt erst feststellt, obwohl man sich seit Jahren ja damit beschäftigt hat, mit dieser Badsanierung, dass nun das Hallenbaddach so desolat ist, dass man die Solaranlage dort nicht montieren kann, wenn man nicht vorher entsprechende Sanierungsmaßnahmen durchführt. Ich möchte deswegen schon sehr deutlich sagen, es haben sich seit Jahren externe Fachleute, Architekten, gut bezahlte Architekten, mit dieser Thematik beschäftigt und es haben sich auch, oder zumindest ein Mann der Bauabteilung dieses Hauses damit beschäftigt. Also, wenn Kritik angebracht wird, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann an der richtigen Stelle.

Wie gesagt, es hat bereits massive Diskussionen wegen diesem Antrag gegeben, es ist notwendig, das Dach zu sanieren. Wenn man sich zur Badsanierung bekennt, dann muss man sich auch zu diesem Antrag bekennen. Eines stört mich, Frau Kollegin Frech, dass Sie jetzt in der öffentlichen GR-Sitzung die Frage bezüglich der Rechtmäßigkeit dieses Antrages stellen. Im Ausschuss habe ich davon nichts gehört. Es wäre auch angebracht gewesen, wenn Sie dort bereits Ihre Bedenken gesagt hätten. Wie gesagt, noch einmal, es ist bedauerlich, dass jetzt ein Betrag von 159.000 Euro zusätzlich notwendig ist um das Dach zu sanieren. Man hat aber auf der anderen Seite, das wurde auch bereits angesprochen, etwa 163.000 Euro von dieser Gesamtsumme gestrichen bzw. reduziert. Ich habe zwar keine besondere Freude damit, das sage ich ganz offen, aber ich bekenne mich zur Sanierung des Freibades, so wie meine beiden Fraktionskollegen, und daher werden wir auch diesem Antrag die Zustimmung geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nur zur Berichtigung vom Kollegen Eichhübl bezüglich der Rechtmäßigkeit. Der Kollege Hack hat sehr wohl im Ausschuss die Rechtmäßigkeit angezweifelt. Ich konnte sie nicht anzweifeln, Herr Kollege, weil ich mich bei diesem Ausschuss entschuldigen ließ.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann hast du Pech gehabt.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, Willi du bist dran.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Geschätzter, hoher Gemeinderat, um also hier ein bisschen Licht ins Dunkle offensichtlich zu bringen, weil das Licht ins Dunkle beim Verwaltungsausschuss offensichtlich nicht genügt hat, muss man dazu sagen, dass es richtig ist, dass der Herr Kollege Hack diese rechtliche Frage dort schon angeschnitten hat und er hat sie deckend und schlüssig beantwortet bekommen. Für das, dass er es nicht hören will, dass es so ist, dass sie rechtens ist, das ist eine andere Geschichte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Die Wertgrenzen passen offensichtlich nicht.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Also, sind Sie mir nicht böse, wenn Sie in den Akt hineinschauen, sehen Sie, dass genau nach dem Vergabegesetz gehandelt worden ist. Und jeder der in den Akt hineinschaut sieht das auch. Aber es wollen halt einige das nicht wahr haben. So ist es halt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zu den unklaren Abläufen bzw. zu den Einsparungen ist es so, dass wir uns verpflichtet haben dazu, uns zu bemühen diese Einsparungen zu machen bei der Stadtbadsanierung und wir sind da auf keinem schlechten Weg. Wenn der Herr Kollege Hack sagt, er versteht das nicht wegen den Vereinen, dann habe ich auch dort versucht das zu erklären, dass die Stadt dazu da ist um die Grundsubstanz herzustellen, sprich also die Außenhaut zu sanieren und dass alles, was innen im Gebäude ist, es ein sogenanntes Vereinsprojekt gibt, wo dieses Vereinsprojekt auszuarbeiten ist und wo es natürlich Subventionen gibt. Aber nicht nur von der Stadt sondern auch vom Land und von den Dachverbänden udgl. mehr. Natürlich sind dort auch Eigenleistungen des Vereines selbst einzubringen. So ist es ja nicht, dass ich gesagt habe, es sind nur die Kosten des Vereinsgebäudes sozusagen dort in diesen überhöhten Dingen drinnen, sondern es sind auch viele andere Dinge. Der Kollege Hack bekommt als Mitglied des Verwaltungsausschusses genauso die Listen wie ich, bei welchen Gewerken was eingespart wurde. Also, man braucht nicht so tun als wie wenn man nicht informiert wäre und wenn man nichts wüsste. Wenn man natürlich immer durch die Gegend geht um nur zu schauen dem anderen etwas ans Zeug zu flicken bei der ganzen Geschichte, dann weiß man es halt nicht. Dann weiß man es nicht, weil man es nicht wissen will. Gegen das verwehre ich mich ganz einfach.
Die zweite Geschichte, es wurden zwei konkrete Fragen der Frau Kollegin Frech hier angebracht. Zur Ausschreibung: Sie hat ausdrücklich selbst verlesen, dass es also notwendig ist, dass der Schätzwert hier diese Schwellengrenze nicht übersteigt. Im Akt drinnen liegt der Aktenvermerk von dem Architektenbüro Fischer & Hickisch, die ja letztlich für die ganze Abwicklung zuständig sind, datiert mit 5. Oktober 2005, dass sich die Kosten zwischen 110.000 und 120.000 Euro bewegen werden. Damit war das für das ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Und dann kommen plötzlich 160.000 Euro als Bestbieter heraus?

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Aber bitte, ich bin nicht der Schätzer. Sie können tun was sie wollen. Deswegen haben wir ja das letztlich auch an Fremdfirmen gegeben und so ist das de facto. Das passiert bei anderen Dingen auch, lass ich mir sagen, dass diese Ausschreibungen oft auch überhöht zurückkommen im 20 %-Bereich udgl. mehr. Da beachtet man das alles als normal. Nur hier plötzlich kommt es dazu, dass man die Aktenvermerke, die Schriftstücke die wir haben plötzlich als nicht echt anerkennen möchte. Das ist nicht fair. Der Aktenvermerk ist da. Wir haben das auch vom Herrn Mag. Hübsch letztlich prüfen lassen. Er hat gesagt, aufgrund dessen, dass dieser Aktenvermerk vorhanden ist und dieser Niederschwellenwert gegeben ist, ist die Ausschreibung völlig korrekt abgelaufen. Es wurden hier fünf Firmen bekannt gemacht, von der Firma Hickisch, an die diese Ausschreibung zu richten ist und diese fünf Firmen wurden auch zur Anbotsholung beauftragt. In diesem Sinne, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, glaube ich, dass es einfach notwendig ist dieses Hallenbaddach zu sanieren. Es ist hoffe ich so, dass wir insofern noch etwas an Kosten einsparen können, auch bei dieser Hallenbaddachsanierung, weil es natürlich auch eine Worstcase-Berechnung gibt, aufgrund der Wettersituation, weil wir natürlich diese Dachsanierung, damit wir am 1. Mai auch ordnungsgemäß wieder aufsperren können, jetzt auch während des Betriebes des Hallenbades durchführen müssen und es daher gewährleistet sein muss, dass es einen ungestörten Betrieb des Hallenbades hier gibt. In diesem Sinne ersuche ich über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, 2 Grüne, FPÖ. Wer ist dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? ÖVP, Bürgerforum, 1 Grüne (GR Fanta). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Gunter Mayrhofer um seine Berichte.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, der erste Antrag bezieht sich auf unser erstes wirkliches Hochwasserprojekt. Es geht hier um die Optimierung des Pfeilerkolkschutzes bei der Ennsbrücke. Hier wird laut Berechnungen angenommen, dass es eine Verbesserung bis zu 25 cm, bei einem Hochwasser wie wir es 2002 gehabt haben, im Ennsuferbereich bringen wird. Dieses

Bauvorhaben wurde ausgeschrieben und als Bestbieter, mit Abstand, hervorgegangen ist die Firma Felix Mitter mit 31.758,-- inkl. MWSt. Es wurde selbstverständlich ausgeschrieben. Ich ersuche um Zustimmung.

9) Wa-15/04 Hochwasserprojekt Steyr; Optimierung des Pfeilerkolkschutzes der Ennsbrücke (Zwischenbrücken) Vergabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 9. November 2005, womit gem. § 49 Abs. 7 StS 1992 wegen Dringlichkeit Nachstehendes verfügt wurde, wird genehmigt.
„Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 9. November 2005 wird der Vergabe der Wasserbauarbeiten für die Entfernung bzw. Optimierung des Pfeilerkolkschutzes der Ennsbrücke (Zwischenbrücken) zur Verbesserung des Hochwasserabflusses der Enns sowie der Geschiebeentfernung aus dem Steyr-Mitterwasser im Bereich der Schwimmschulbrücke im Ausmaß von EUR 31.758,-- an die Fa. Felix Mitter BauGmbH, Wolfern, zugestimmt
Zusätzlich sind für Umbau- bzw. Reparaturmaßnahmen am Spundwandkasten des Ennsbrückenpfeilers EUR 25.000,-- und für Fischereientschädigungszahlungen EUR 5.000,-- vorzusehen.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von EUR 61.760,-- werden bei der vorgesehenen VSt. 5/631000/770000 „Konkurrenzgewässer; Kapitaltransferzahlungen an Bund und Bundesfonds“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 61.760,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.“

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Als jemand der neben der Enns wohnt, die Enns in- und auswendig kennt, nicht nur als Anrainer und als Hochwassergeschädigter, sondern als auch auf der Enns fahrender Sportler, ist für mich die Umsetzung und Durchführung der Grundstudie, so wie sie uns heute hier in diesem Amtsbericht präsentiert wird, nicht ganz nachvollziehbar. Denn 1. einmal hätte es mich interessiert, wenn seinerzeit dieser Pfeilerkolkschutz ein statischer Schutz für einen Brückenpfeiler war, mit welcher Begründung kann man diesen Pfeilerschutz jetzt plötzlich entfernen. Zweitens, ist die auch vom StR Mayrhofer soeben genannte Höhe von wahrscheinlich im Millimeterbereich gelegenen Hochwasserpegelsenkung für mich nicht wirklich eine Maßnahme, die uns vor Hochwasser schützen wird, sondern ich wäre dafür, und es wäre auch verständlich und erklärbar, dass man zugleich bei dieser Maßnahme, die immerhin rund 1 Million Schilling kostet, nicht ganz, aber fast 62.900,-- Euro, hätte man in einem die gigantischen Schottermengen dort entfernen sollen, dann hätte das tatsächlich einen Sinn gemacht, man hätte den Querschnitt in diesem Bereich beträchtlich verringert und dadurch die Hochwassergefahr für die Anrainer dort tatsächlich im großen Ausmaß verringert. Was jetzt hier geschieht ist meiner Meinung nach eine reine Alibiaktion, die sehr viel Geld kostet. Man wird dann zu einem späteren Zeitpunkt nämlich dann wahrscheinlich eh auch den Schotter dort entfernen. Wenn man da ein bisschen runter schaut, sieht man sogar von da, wie hoch diese Schottermengen sind. D. h., wir schmeißen dort zweimal das Geld hinaus, weil das Einrichten der Baustelle, das Entfernen, die Arbeitsmaßnahmen müssen ja dort dann zweimal getätigt werden. Man entfernt jetzt die Steine, immerhin um 62.000 Euro, und dann fängt man in ein paar Monaten noch einmal an mit der Schotterentnahme. Das ist meiner Meinung nach schildbürgermäßig. Ich bin auch dagegen, dass man auf diese Art und Weise hier Geld hinausschmeißt. Es ist ja auch im Budget gar nicht drinnen. Es muss für 62.000 Euro ein Kredit aufgenommen werden. Eine Stadt die fast pleite ist. Eine unsinnige Maßnahme, wenn man das Ganze in einem Aufwaschen erledigen hätte können. Wir werden es erleben, dass bald dann der Amtsbericht zur Entnahme des Schotters kommen wird, was auch wirklich Sinn macht, weil da geht was weiter, da wird wirklich eine Maßnahme gesetzt, die die Bewohner schützt und nicht ein paar Steine rund um den Brückenpfeiler herausräumen, die man dann im Millimeterbereich messen kann, wie sich der Wasserpegel senkt. Ich halte das für einen Unfug und werde auch dagegen stimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Ich sage, die Gunz-Studie ist eine Studie, die sehr fundiert durchgeführt wurde und ich gehe von dem aus, dass das richtig ist, was da drinnen steht. Er schreibt da 20 – 30 cm geht der Hochwasserspiegel runter, wenn man nur diesen Bereich ausräumt. Aber, Herr Stadtrat, ich bitte um deine Stellungnahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Danke. Die Gunz-Studie, und das möchte ich wirklich betonen, ist nicht eine Detailaufnahme, sondern ein gesamtheitliches Bild des Hochwasser und was kann man gegen das Hochwasser machen. Vollkommen richtig, dass das nur eine Maßnahme ist. Darum habe ich auch gesagt, die erste wirkliche konkrete Maßnahme. Wenn eine Studie, von jemandem der sich ausschließlich mit diesen Dingen beschäftigt, ergibt, dass es eine Reduzierung des Wasserpegels ennskaiseitig bis zu ungefähr 25 % bei einem Hochwasser, wie es 2002 gegeben ist, bringt, dann können wir sagen, okay, es sind trotzdem die Keller überflutet, aber trotzdem 25 cm niedriger. Ich glaube jeder der von so einem Hochwasser betroffen ist, weiß, dass ein jeder Zentimeter hilft und dass es wichtig und gut ist. Um zu diesem Kolkschutz zu gelangen, der ja nicht nur aus Schutzgründen, bitte schön ist das da drinnen gelegen, sondern auch, das geben wir zu, aus Kostengründen. Weil man seinerzeit einfach gesagt hat, das macht eh nichts, die Steine lassen wir drinnen liegen. D. h., es ist eigentlich jetzt eine Vornahme von einem Versäumnis aus der Vergangenheit. Zweitens, um dort hin zu kommen, muss natürlich eine Straße, ein Damm auch aufgeschüttet werden. Dass wir da nicht einen Schotter herbringen sondern einen Schotter von da vorne nehmen, ist ganz klar. D. h., es wird auch eine Schotterentnahme in diesem Bereich vorgenommen, wobei ganz klar ist, dass erst, und wir haben ja ein Zeitdiagramm erstellt, 2007, hoffen wir, begonnen wird mit einer Auskofferung des gesamten Ennsbereiches von ungefähr, von eurem Haus beginnend bis hinunter nach Weidinger. Der erste Schritt der Entnahmen wird allerdings in der Kurve praktisch sein, wo die Schleife ist, wo der Ramingsteg einmündet und die Insel, die in Höhe Münichholz ist. Vollkommen richtig, dass man eine effektive Hilfe und Senkung erreichen kann, wenn man den Abfluss tiefer legt, wenn man die Möglichkeit bringt, dass das Wasser also wirklich schneller abfließen kann, da sind wir bei dir. Nur in diesem Zeitplan, der nicht von uns erstellt wurde, sondern der in Absprache mit Land, mit den Finanziers usw. gemacht wurde, ist das frühestens 2007 vorgesehen. Ich ersuche daher, weil es wirklich ein wichtiger Punkt ist und der erste Punkt des Hochwasserschutzes, dass wir da wirklich alle zustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die erste Maßnahme ist es nicht, der Dorninger Bach ist auch bereits fast fertig.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, Grüne. Wer ist dagegen? 1 FPÖ (GR Payrleithner). Wer übt Stimmenthaltung? 2 FPÖ. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Im nächsten Punkt geht es um ein Neuplanungsgebiet das erlassen wird für die sogenannten Hofer-Gründe. Die Hofer-Gründe befinden sich auf der Ennsleite und grenzen direkt an die Fellinger Siedlung an. Hier ist ein Grundstück, das bisher als Spielplatz des Kindergartens Ennsleite, Arbeiterstraße, verwendet wurde. Man nimmt das zum Anlass, über das gesamte Gebiet einen Bebauungsplan zu erlassen, der einen siedlungsähnlichen Charakter, wie er jetzt ist, vorgibt, sodass keine Geschäftsverbauungen direkt im Siedlungsbereich möglich sind. Ich ersuche daher um Zustimmung.

10) BauGru-21/05 Neuplanungsgebiet Nr. 11 – Hofergründe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die Erlassung des Neuplanungsgebietes Nr. 11 – Hofergründe - beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom .....

Das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 11.5.2005 bezeichnete Gebiet Hofergründe wird als Neuplanungsgebiet der Stadt Steyr gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 11.5.2005 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Räumlich begrenzt ist es einerseits durch den bestehenden Bebauungsplan Hofergründe (Fellingersiedlung) im Osten, die westliche Begrenzung ist die Hubergutstraße, die südliche und nördliche Grenze des Neuplanungsgebietes ist in etwa ident mit einer Verlängerung der nördlichen und südlichen Grenze des Bebauungsplanes Hofergründe, reichend bis zur Hubergutstraße. Bei einer Bebauung sind nachfolgende Kriterien zu berücksichtigen:

Die maximal zulässige Anzahl der zu errichtenden Geschosse im Bereich der Einfamilienhäuser ist mit einem Vollgeschoss und dem Ausbau des Dachgeschosses bzw. des Dachraumes zu begrenzen. Im Bereich der Flächenwidmung - Gemischtes Baugebiet - im westlichen Teil des Planungsgebietes dürfen keine zusätzlichen Geschosse errichtet werden.
Die Geschossflächenzahl in den von Einfamilienhausbebauung geprägten Bereichen darf 0,4 nicht übersteigen. Bei bebauten Grundstücken mit einer errechneten Geschossflächenzahl von mehr als 0,4 dürfen keine Erweiterungen vorgenommen werden. Eine Ausnahme gilt bei der Bebauung der Grundstücke mit einer Flächenwidmung - Gemischtes Baugebiet - im westlichen Teil des Planungsgebietes, hier darf eine Geschossflächenzahl von 0,8 nicht überschritten werden.
Baufluchtlinien: Der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 42 vom 24.11.1983 (Zahl Bau 2-2628/77) ist uneingeschränkt anzuwenden. Für sämtliche Flächen des Neuplanungsgebietes, die außerhalb des Bebauungsplanes Nr. 42 gelegen sind, gilt folgende Bestimmung: Die Baufluchtlinien sind mit den bestehenden Gebäudefassaden ident. Eventuelle mögliche Zubauten sind mit den bestehenden Gebäudefassaden ident. Eventuelle mögliche Zubauten werden im Zuge der Bebauungsplanerstellung überprüft.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert und dem bestehenden Bebauungs-, Flächenwidmungsplan oder der Bauordnung nicht widersprechen.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Im nächsten Punkt geht es um einen Bebauungsplan. Der nächste Schritt nach der Erlassung eines Neuplanungsgebietes ist ja die Erstellung eines Bebauungsplan der eine zukünftige Bebauung vorgibt, die Rahmen Bedingungen vorgibt, die von der Fachabteilung für Planung erarbeitet wurden. Hier geht es um das Ensemble im Eysnfeld von der Schwimmschulstraße, wenn man jetzt vom Tunnel kommt, rechtsseitig gelegen. Hier ist eine sehr typische Verbauung, wo man will, dass sie in

dieser Art und Weise erhalten bleibt. Darum wurde, wie im Amtsbericht ausgeführt, für das Gebiet Eysnfeld der Bebauungsplan Nr. 68 erlassen und ich ersuche um Zustimmung.

11) BauGru-45/04 Bebauungsplan Nr. 68 – Eysnfeld.

Antrag
des Bauausschusses

an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge die Erlassung des Bebauungsplanes Nr. 68 – Eysnfeld – entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 7. 9. 2005 und den Ausführungen im Amtsbericht der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 28. 11. 2005 beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter und gebe den Vorsitz an meine Kollegin ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichte.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem ersten Antrag geht es um einen Antrag der Freiheitlichen GR-Fraktion, § 6 – Geschäftsordnung des Gemeinderates. Der Gemeinderat möge beschließen, dass künftig der Festsaal des Rathauses gegen Entgelt (wie im Alten Theater) für Empfänge von Delegationen und Vereinen generell zur Verfügung gestellt wird. Wir haben selbstverständlich einmal nachgeschaut, wie das funktioniert in Linz und in Wels. Man muss natürlich auch berücksichtigen, dass die Stadt Steyr nicht so große Räumlichkeiten hat und dass natürlich entsprechende Räumlichkeiten für Empfänge und Veranstaltungen vorhanden sein müssen, dass über diese Räumlichkeiten im Speziellen hier der Bürgermeister verfügen soll, das soll auch so bleiben. Ich bitte, dass diesem Antrag von meiner Seite und von der Seite der SP nicht zugestimmt wird.

12) Präs-809/05 Antrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion betreffend Festsaal des Rathauses; Vergabe gegen Entgelt für Empfänge von Delegationen und Vereinen.

Der Gemeinderat möge beschließen,

dass künftig der Festsaal des Rathauses gegen Entgelt (wie im Alten Theater) für Empfänge von Delegationen und Vereinen generell zur Verfügung gestellt wird.
Der Bürgermeister soll selbstverständlich die Möglichkeit haben, Begrüßungen durchzuführen und auf Wunsch der Veranstalter Ansprachen zu halten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube ein bisschen ein frischer Wind in die alten Gemäuer dieses ehrwürdigen Hauses würde sicher nicht schaden. Es ist so, dass dieses wunderschöne Rokoko-Rathaus nicht einer Partei oder einem Bürgermeister persönlich und privat oder einer ideologischen Richtung gehört, sondern es soll allen Bürgern dieser Stadt zur Verfügung stehen, wenn sie hier Veranstaltungen abhalten wollen, die natürlich im Rahmen, von der Größe her, bleiben müssen. Es würde auch ein bisschen ein Geld herein kommen. In anderen Städten ist es inzwischen durchaus Usus, derartige Veranstaltungen im Rathaus abzuhalten. Sogar die Freiheitliche Partei OÖ hat vor kurzem ihre 50-Jahr-Feier im alten Linzer Rathaus, in auch sehr schönem Rahmen, durchführen können, selbstverständlich gegen Entgelt. Der Bürgermeister selbst hat dort eine kleine Ansprache gehalten und hat uns durch die Räume geführt. Warum soll das in Steyr nicht möglich sein? Ich weiß schon, dass in Steyr ein bisschen mehr auf der Bremse gestanden wird und alles ein bisschen verhindert wird und ein bisschen konservativer zu geht, aber ich glaube es schadet nicht,

wenn man da auch diese Möglichkeit den Steyrer Organisationen zur Verfügung stellt. Ein sehr großes Angebot an Räumlichkeiten und Räumen in dieser Schönheit haben wir eh nicht, außer dem Dominikanersaal fällt mir jetzt gar nichts ein. Der wunderschöne Raum im Schloss Lamberg ist ja leider noch von der Stadtkapelle belegt. Das wäre auch eine Variante. Aber sonst glaube ich haben wir nicht recht viel. Der Stadtsaal hat eher den Charme einer bukarester Vorstadt und entspricht den Vorstellungen der 60iger Jahre Architektur. Ich würde euch bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Es soll ja jeder dann in den Genuss kommen, hier Veranstaltungen abhalten zu können.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächste ist die Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Früher war es meistens so, wenn ein Antrag einer Fraktion gekommen ist, dann gab es im Akt immer nur den Antrag der Fraktion, das ist halt 20, 30 Mal kopiert und sonst gar nichts. Es gibt einen Fortschritt. Es gibt jetzt fünf Stellungnahmen dazu. Allerdings, wenn man sich diese Stellungnahme zum FP-Antrag durchliest, dann kann man sich des Schmunzelns nicht verwehren. So offensichtlich was zu schreiben, wo man von vornherein weiß, man will das einfach abwürgen, man will dem gar nicht näher treten, also es ist wirklich nett. Da wird z. B. argumentiert, man hat sich ja Mühe gemacht, man hat sich echt die Mühe gemacht herauszufinden, wie viele Quadratmeter der Festsaal der Landeshauptstadt Linz hat, nämlich 495 m², Platz für 589 Personen. Man hat sich die Mühe gemacht herauszufinden, dass es weiters einen Saal in Linz von 210 m² gibt der vermietet wird, nämlich den festlichen GR-Saal, der für 200 Personen Platz bietet. Dann gibt es noch einen Renaissance-Saal mit 150 m² für 130 Personen. D. h., man hat in Linz genau die Quadratmeterzahl erhoben. Dann kommt als Stellungnahme: „Aufgrund der räumlichen Enge im Festsaal des Rathauses der Stadt Steyr wäre eine Nutzung nicht sinnvoll.“ Die räumliche Enge? Es steht nirgendwo wie groß der Festsaal wirklich ist. Den Saal in Steyr hat man nicht erhoben, da können wir schätzen. Ich habe jetzt so ein bisschen diskutiert, na ja, schätzen wir so ungefähr 250 m² bis 300 m² dürfte der Steyrer Festsaal haben. Die Linzer haben weniger Quadratmeter und vermieten. Bei uns wird argumentiert – aufgrund der räumlichen Enge. Da frage ich mich schon, für wie dumm wird man eigentlich als Mandatar da herinnen gehalten? Diese Frage ist ja wirklich gestattet. Linz 210 m² ein Saal, ein anderer Saal 250 m² und in Steyr argumentiert man – aufgrund der räumlichen Enge. Bitte, dann schreibt halt hinein „wir wollen das nicht“. Das ist legitim. Aber einfach so einen Pflanz zu machen, das finde ich schrägt. Was man natürlich auch machen hätte können, wenn man schon die Quadratmeter in Linz erhebt, hätte man ganz einfach beim Gebäudemanagement anrufen können und fragen, was bringt denn das, wenn man diese Räumlichkeiten vermietet. Weil die Stadt Linz vermietet diese Räumlichkeiten, man hätte die Tarife reinschreiben können. Wir haben ja sehr oft die Diskussion herinnen, dass wir sagen, wir können uns manche Dinge nicht leisten, weil uns das Geld ausgeht. Da gäbe es eine Einnahmequelle und dann prüft man die gar nicht. Man kann es ja prüfen. Um das geht es. Meinung kann man jede vertreten. Man kann gerne sagen, man möchte den Rathaussaal, den Festsaal nicht nach außen öffnen. Das ist legitim, diese Meinung zu haben. Aber dann so etwas vorzulegen als Argument, also, das ist wirklich ein Blödsinn.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Michaela, ich habe das nicht als Argument vorgelegt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Kollege Apfelthaler hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, irgendwie ist es schon witzig, dass wir in einem Haus sozusagen unsere Arbeit verrichten, das jeder Steuerzahler und jede Steuerzahlerin mitbezahlt. Ich will jetzt nicht irgendwie auf das Argument, dass das jetzt irgendwem gehört, im Speziellen oder einer Partei oder sonst irgendetwas. Es ist nur interessant, wie ich mir den Antrag das erste Mal durchgelesen habe, wir machen unsere Landesversammlungen im alten und im neuen Rathaus in Linz drüben und das ist dort überhaupt kein Problem. Gerade im Gegenteil, wir sind dort herzlich willkommen, weil wir auch bezahlen dafür. Jetzt haben wir eh gehört, dass wahrscheinlich das wegen der räumlichen Enge nicht möglich ist, aber das ist mir ehrlich gesagt ein zu geringes Argument. Also, da muss irgendwie was anderes auch dahinter stecken. Vielleicht ist der Aufwand oder was weiß ich zu groß. Ich frage mich halt nur, warum die Linzer und die Welser das zusammen bringen und wir

nicht. Was natürlich sehr nett noch dazu ist, der Bürgermeister soll selbstverständlich die Möglichkeit haben, Begrüßungen durchzuführen - no, na, das ist lieb gemeint – und auf Wunsch der Veranstalter Ansprachen zu halten.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Das war bewusst, damit sich der Herr Bürgermeister nicht zurückgesetzt fühlt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Das habe ich mir gedacht. Wenn man schon was erbittet, dann soll der Herr Bürgermeister die Möglichkeit haben.

Herr Bürgermeister, du hast gesagt, ja, das willst du entscheiden. Natürlich kannst das du auch durchaus entscheiden. Aber ich sage, was steht den da wirklich dahinter, dass das nicht geht. Das verstehe ich nicht. Wir machen doch auch im Zuge unserer Ehrungen da drüben Veranstaltungen und wenn eine Institution da kommt und will so quasi diesen schönen historischen Rahmen nutzen, warum steht da was entgegen. Also bitte, da hätte ich gerne noch eine detailliertere Ausführung außer, dass es nicht geht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Herr Kollege Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte da wirklich gnadenlos anschließen beim Kollegen Apfelthaler, auch wir haben uns natürlich schlau gemacht. In Linz ist es möglich. Linz hat auch keinen zusätzlichen Raum, der dann nur für Ehrungen oder etwas vorgesehen ist und meines Erachtens ist der Raum schön. Warum sollen wir ihn nur verstecken oder nur einen ganz eingeschränkten kleinen Personenkreis zeigen können? Warum sollte nicht wirklich auch der Bürger von Steyr die Möglichkeit haben, in einem der schönsten Säle die wir haben, auch einmal Gast zu sein? D. h., ich bin auch der Meinung, dass man das nicht inflationär machen soll. D. h., man soll sich festlegen, für welche Anlässe ist das möglich. Aber dass man generell nein sagt, nur bei Bürgermeisterempfängen, also da bin ich schon der Meinung, im Zeitalter einer Demokratie sollte man da wirklich aufmachen. Man soll festlegen, ich sage jetzt nur was, für die Jahresversammlung von irgendeinem kleine Verein muss es nicht sein, aber wenn z. B. Gäste aus dem Ausland kommen oder was, warum sollte man dann nicht die Möglichkeit haben hier einen Empfang auch als Verein, als Bürger von Steyr, machen zu können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das mache ich auch.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wir würden wirklich empfehlen, dass wir hier das Tor ein bisschen weiter aufmachen, dass es nicht nur in der Entscheidungskompetenz des Bürgermeisters liegt, sondern dass wir hier im Gemeinderat festlegen unter welchen Voraussetzungen kann der Saal auch von Fremden benutzt werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte das schon zurückweisen, wie es im Antrag von den Freiheitlichen steht, die Mehrheitsfraktion nimmt für sich das heraus. Das weise ich da wirklich massiv zurück. Eines muss man einmal klar stellen, es sollte auch einmal ein verstärktes Demokratieverständnis da sein. Dass der Bürgermeister der Mehrheitsfraktion angehört, das ist halt so und das hat nicht die Mehrheitsfraktion entschieden, sondern das haben die Bürger der Stadt Steyr so entschieden, dass sie den Bürgermeister David Forstenlechner und vorher den Kollegen Leithenmayr und vorher den Kollegen Schwarz und vorher den Kollegen Weiß dort gewählt haben. Dass er der Repräsentant nach außen hin für die Stadt ist, das steht auch in unserer Geschäftsordnung, das steht in unserem Statut. Wenn da wer kommt, offiziell, an die Stadt und es kommen Gäste, die gehen zum Bürgermeister. Die gehen nicht zum Bremm als Fraktionsvorsitzenden, zum Roten, und wahrscheinlich auch nicht zu einem Apfelthaler und auch nicht zu einem Eichhübl und zum Mayrhofer auch nicht. Sie gehen halt zum Bürgermeister, weil er

auch die Stadt nach außen hin vertritt.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Angeblich gehen sie zuerst zu dir und dann zum Bürgermeister.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das ist nur im eingeschränkten Bereich, wenn sie vom Sport was wollen, weil ich dort Referent bin. Sonst in keinster Weise, weil wer macht denn schon gerne einen Umweg, weil wenn er über die Stiege hinauf geht, geht er beim Bürgermeister vorbei. Ich bin Gott sei Danke eh im Kammerl hinten versteckt.

Also, zu dem einmal. Ich glaube, dass es nicht sinnvoll und nicht zweckmäßig ist, und auch nicht so sein kann, wenn man unser Rathaus anschaut, wenn man unsere Räumlichkeiten betrachtet, dass man sagt, das öffnen wir jetzt für die Bühne, wie das im Antrag der Freiheitlichen drinnen steht, dass da jeder kommen kann, mietet sich den Festsaal für irgendwelche Veranstaltungen. Also, ich glaube da sollte man als Vertreter der Stadt auch einen Wert darauf legen, dass da wirklich nur besondere Veranstaltungen drinnen stattfinden. Es ist auch die ganze Infrastruktur nicht danach ausgerichtet. Wenn man vergleicht mit dem neuen Rathaus in Linz, die haben ein Wirtshaus drinnen. Das ist ein großer Saal mit einem Gastrobereich und allem drum herum. Das ist ganz anders konzipiert. Wenn wir uns nur anschauen, was das jedes Mal für ein Aufwand ist beim Neujahrsempfang oder wenn größere Veranstaltungen im Festsaal stattfinden, dann ist das eh ein Wahnsinn, was da für ein Aufwand betrieben wird. Dadurch sollte das auch nur in einem bescheidenen Ausmaß sein. Es sollte der Festsaal dazu dienen, wenn sich die Stadt nach außen präsentiert, wenn es wirklich Veranstaltungen gibt, wo die Stadt der Veranstalter ist. Kollege Mayrhofer, du brauchst überhaupt nicht klagen, weil auch der Steyrer Panther, wo du der Referent bist, ist im Festsaal gewesen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das ist eine städtische Angelegenheit. Auch wenn du es nicht glaubst, Altstadterhaltung gehört zur Stadt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ja eh, ich habe ja gesagt, du brauchst dich nicht beklagen, weil in deinem Ressort wird das auch gemacht. Für solche Veranstaltungen sollte der Festsaal des Rathauses dazu dienen und nicht da Tür und Tor geöffnet sein, dass da wirklich alles veranstaltet werden kann. Noch einmal zurück zur Infrastruktur, was der Aufwand ist. Wir sind ja kein Veranstaltungszentrum, sondern das ist das Rathaus. Es passt überhaupt nichts dazu. Ich habe eh gesagt, die Infrastruktur gehört alles dazu, die Bestuhlung, die Tische, das WC und alles was da dabei ist, passt in keiner Weise dazu. Aus dem Grund soll das in dem Ausmaß auch so gehandhabt werden, wie das bisher der Fall war, dass das nur für besondere Veranstaltungen ist. Ihr könnt ruhig da schauen, es hat auch noch keine Parteiversammlung von der SPÖ im Rathaus stattgefunden. Da könnt ihr ruhig schauen. Da könnt ihr kritisch drauf schauen. Es ist auch kein Antrag gekommen, dass er vom Bund sozialistischer Vertreter kommt, weil ich würde gerne hören, lieber Kollege Eichhübl, dass du es da laut sagst da herinnen, weil du hast es zuerst ja leise gesagt, wer abgelehnt worden ist vom Bürgermeister, dass er da herinnen keine Versammlung machen soll. Sag es da laut und deutlich in dem Saal, wen der Bürgermeister da abgelehnt hat und tu nicht irgendetwas da vorstellen und vorgaukeln. Sag die Wahrheit da herinnen. Das würde ich dich ersuchen. Da kann man darüber reden, ob wirklich für solche Zwecke der Festsaal im Rathaus geöffnet werden soll.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster ist Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich verstehe die Aufregung überhaupt nicht, auch vom Kollegen Bremm nicht. Man könnte das durchaus so machen wie die Frau Kollegin Frech vorhin erwähnt hat, da gebe ich ihr vollkommen Recht, ausnahmsweise einmal, indem sie sagt, man sollte doch klar und deutlich sagen – nein, das möchte ich nicht. Man möchte nicht, dass andere Leute, als die, die eben euch angenehm sind, das Rathaus betreten. Bitte sagt es doch sehr deutlich, dann brauchen wir nicht lange darüber diskutieren.
Kollege Bremm, ich weiß nicht wieso dass du einfach das ignorierst, was in dem Antrag drinnen steht. Es steht nirgends herinnen, dass wir vielleicht irgendwelche Tanzveranstaltungen oder ich weiß ja

nicht was sonst noch wollen, sondern es steht ausdrücklich drinnen, für Empfänge von Delegationen und Vereinen. Auch bei dieser Anfrage, Kollege Bremm, die ich vorhin schon laut gesagt habe, aber ich sage es jetzt noch lauter, da geht es darum, dass die Freiheitlichen Burschenschafter einen Jahreskonvent abhalten, quer durch Oberösterreich, in Linz empfangen worden sind, in Wels empfangen worden sind und in anderen Städten auch, so genau bin ich nicht informiert, der Kollege Payrleithner könnte es genauer sagen, und da hat es keine Probleme gegeben. Erstaunlich war ja das, dass ursprünglich dem zugesagt worden ist. Selbstverständlich kann man sich das vorstellen, man wird mit dem Bürgermeister Kontakt aufnehmen. Auch der Herr Bürgermeister, soweit ich informiert bin, war ursprünglich der Meinung, dass dem nichts entgegen steht, dass man dort diese Delegation durch das Rathaus führt und sie dort begrüßt. Damit hat sich die Sache wieder erledigt. Dann ist plötzlich eine Absage gekommen. Wahrscheinlich ist es wirklich so, wie der Kollege Payrleithner gemeint hat, die sind nämlich den verkehrten Weg gegangen, die hätten zuerst zu dir gehen sollen und nicht zuerst zum Bürgermeister, weil so ist es halt umgekehrt gelaufen, so hat halt zuerst der Bürgermeister ja gesagt und du nein und dann war es auch für den Herrn Bürgermeister erledigt. So ist es. Aber bitte, nochmals, wir nehmen zur Kenntnis, dass die SPÖ-Mehrheitsfraktion offensichtlich jetzt dann bei der Abstimmung diesem Antrag nicht näher treten wird und das eben ablehnt, dass auch andere Leute, die eben aus einer anderen Richtung politisch zugeteilt sind, das Rathaus nicht betreten dürfen. Wir nehmen das zur Kenntnis.

GR Mag. Gerhard Klausberger kommt um 10.22 Uhr in die Sitzung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe jetzt, während des Gemeinderates, meine Meinung geändert. Ich war nur am Anfang einfach dafür, habe mir gedacht, eigentlich sollte sich die Stadt schon einen Raum behalten, wo die Stadt Ehre erweist und zeigt. Nun aber, wenn ich die Wortmeldung vom Herrn Vzbgm. Bremm höre, dass es eine Gnade ist, dass der Herr StR Mayrhofer seinen Panther dort verleihen darf, dann muss ich sagen, kann das nicht mehr so sein. Dann müssen wir sagen, bitte definieren wir, für welche Veranstaltungen der Saal freigegeben werden darf und geben wir den frei und lassen wir das nicht wirklich nur einer Macht bestimmen die sagt Gnade oder nicht Gnade.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster ist der Herr Kupfer.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Gott sei Dank habe ich das Hölzl vor, dass eine Fraktionsdisziplin einkehren kann.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Das Niveau der Diskussion ist schon deutlich unter der Schmerzgrenze, zumindest unter meiner, denn was wir da jetzt erleben ist eine parteipolitische Diskussion und die ist mir ehrlich gesagt für dieses Thema zu schade. Die einen meinen es geht gar nichts, weil die Infrastruktur nicht ausreicht und weil es in den letzten Jahren und Jahrzehnten so war und da werden einige Bürgermeister aufgezählt. Die anderen beschweren sich, dass andere Parteien hier im Rathaus nicht veranstalten können. Ich denke, dass das Thema eigentlich viel tiefgreifender betrachtet werden könnte. Es geht um die Öffnung des Rathauses. Es geht darum, wie offen das Rathaus ist, ob wir es wollen, dass auch andere Veranstaltungen hier stattfinden und ob wir wollen, dass die Bürger näher an das Rathaus herangeführt werden. Wer die Umbauten verschiedenster Rathäuser in Österreich in den letzten Jahren kennt, weiß, dass bei allen Renovierungen sehr stark darauf Bedacht genommen worden ist, dass sich die Rathäuser öffnen. Ich erwähne das Beispiel Waidhofen, ich erwähne das Wiener Rathaus und ein ganz vorzügliches Beispiel ist das Rathaus in Innsbruck, wo versucht wird, durch die Öffnung der Rathäuser doch die Bürger in die Rathäuser zu bekommen. Wir haben den ersten Versuch gemacht mit der Umgestaltung des Foyers im Rathaus. Meines Erachtens sind wir ein bisschen stecken geblieben. Es geht um eine Durchlüftung des ganzen Gebäudes. Von der Barrierefreiheit bis zur Nutzung der infrastrukturellen Ausrichtung. Wenn der Kollege Gerhard Bremm

sagt, wir sind derzeit nicht ausgerichtet für diese Veranstaltungen, dann gebe ich ihm Recht. Wer die Toilettenanlagen in unserem Rathaus kennt, wer zum Teil die Arbeitsbedingungen der Beamten und Vertragsbediensteten in diesem Haus kennt, der weiß, dass es nicht sehr modern ist und dass es nicht sehr angenehm ist, in diesem Haus zu arbeiten. Darum glaube ich, könnten wir diese Diskussion doch wirklich zum Anlass nehmen, uns grundlegend Gedanken zu machen, wie wir denn mit unserem Rathaus und mit der Zukunft dieses Gebäudes umgehen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das ist Innerer Dienst, da darf man nicht mitreden.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Vor einigen Jahren haben wir eine Diskussion gehabt, wo es um ein zweites Amtshaus gegangen ist, wenn wir uns alle erinnern, und wir haben Hoffnungen gesetzt, wenn wir ein zweites Amtshaus wo anders bauen, dann wird alles ganz anders werden. Diese Ideen sind passé, es wird kein zweites Amtshaus in nächster Nähe geben. Wir wissen auch, dass der finanzielle Spielraum derzeit äußerst eingeschränkt ist. Aber was es nicht geben kann ist das, dass das Rathaus und die baulichen Bedingungen dieses Gebäudes in Zukunft so bleiben wie sie sind. Um jetzt wieder zum Thema zurückzukommen, ich denke mir es ist überhaupt kein Problem dieses Rathaus auch für Veranstaltungen zu öffnen. Es steht meines Erachtens auch völlig außer Streit, dass der Bürgermeister und die Magistratsdirektion dann beschließt, wer in diesem Rathaus Veranstaltungen durchführt. Wenn eine Veranstaltung nicht in das Rathaus passt, dann passt sie eben nicht, weil sie vielleicht zu groß ist, weil die Rahmenbedingungen nicht passen. Das lasse ich sehr gerne sozusagen auch in Obhut der Magistratsdirektion und der Verantwortlichen in der Magistratsdirektion. Aber, dass man grundsätzlich sagt, dass keine Veranstaltungen stattfinden können von anderen, das finde ich wirklich sehr schade, denn der Rahmen in unserem Haus ist an und für sich nicht so schlecht wie wir ihn jetzt darzustellen versuchen. Ich denke mir, nützen wir doch die Diskussion wirklich uns grundsätzlich Gedanken zu machen, denn es gibt ja nicht nur den einen Saal über den wir jetzt diskutieren, es gibt auch andere Räumlichkeiten. Wenn man sich z. B. die Nutzung des Wiener Rathauses anschaut, da finden oft Bälle, große Veranstaltungen statt. Schülerbälle müssen es nicht sein, aber es können auch andere Veranstaltungen wie Tagungen, Symposien ect. in diesem Haus stattfinden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Eines muss man natürlich schon sagen, das Haus ist eh offen. Es finden ja auch Kulturveranstaltungen hier herinnen statt. So ist es nicht, dass gar nicht offen ist. Vernissagen sind auch sehr oft im Rathaus.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Da dürfen sie eh im Gang bleiben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich meine, ich gebe dem Herrn Kupfer Recht, wir haben ja die Infrastruktur nicht. Ich kenne das Rathaus in Linz sehr gut, da ist ein großes Foyer, es ist ein Bereich, wo die Leute etwas zu essen und zu trinken bekommen. Man muss schon ein bisschen die Kirche im Dorf lassen.

Kollege Payrleithner zum zweiten Mal bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte die vielen Wortmeldungen mit einer ergänzen. Es ist schon ganz klar, wenn man nicht will, dann findet man immer tausend Ausreden um das zu verhindern. Aber ein Argument stimmt sicher nicht, die vorhandene Infrastruktur erlaubt derartige Veranstaltungen nicht. Ich möchte in dem Zusammenhang in Erinnerung rufen, dass wir z. B. im Museum Arbeitswelt keine Infrastruktur haben, keine Gastronomie haben. Beim Feuerwehrball z. B. muss die Feuerwehr die Tische, die Bänke und das Wirtshaus dort selbst organisieren und auf die Beine stellen. Kein Mensch verlangt, mit Ausnahme wenn die Stadt selbst eine Veranstaltung hier macht, dass die Vereine dann auf Kosten des Magistrates hier die Bewirtung auch durchführen, sondern das obliegt natürlich jenen, die hier eine Veranstaltung machen wollen, dass sie auch dafür Sorge zu tragen haben, wie das dann hier abläuft, nämlich die Kosten für eventuelle Bewirtung. Das ist ganz klar, dass das dann den Vereinen oder Organisationen überlassen ist. Aber ich möchte das schon noch ergänzen, die Argumentation die ja vom Kollegen Bremm kommt, die stimmt ja so nicht. Das ist ja nicht abgelehnt worden, weil man den und den Verein nicht wollte, zumindest nicht nach außen hin, man war offensichtlich nicht so mutig, dass man das in dieser Klarheit gesagt hat, sondern

der Herr Bürgermeister hat schon gesagt, er möchte, bitte das ist dokumentiert, das Rathaus nicht aufmachen, er möchte hier nicht eine Tür aufmachen. Er hat nämlich zuerst zugesagt und dann hat er mit diesem Argument abgesagt. Er hat nicht den Mut gehabt, dass er gesagt hat ich will euch nicht, weil ihr uns nicht zum Gesicht steht und weil wir euch aus politischen oder ideologischen Gründen nicht wollen, sondern er möchte das „Türl“ hier nicht aufmachen. Wenn das nicht stimmt, dann sage das hier, aber das hat er zu uns gesagt, zumindest zu mir, und hat uns das auch über den Bürgermeistersekretär ausrichten lassen. Das ist eine Vorgehensweise, die nicht zu akzeptieren ist, das ist undemokratisch. Ich glaube, dass dieser Antrag eine gute Berechtigung hat. Wer immer Veranstaltungen, natürlich im Rahmen, durchführen möchte, der soll das auch tun können. Ich möchte nur hinzufügen, dass eine Landestagung hier stattgefunden hätte, das ist ja kein Geheimnis, wo hochrangige Vertreter, übrigens auch der Steyrer Industrie, teilgenommen hätten. Wir werden das denen dann mitteilen, mit welcher Einstellung hier in Steyr gefuhrwerkt wird.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Es ist einfach, anschließend an das was auch der Kollege Eichhübl gesagt hat, wenn man es nicht haben will, soll man das einfach ehrlich sagen. Aber diese vorgeschobenen Argumente finde ich sind einfach nicht einer Gemeinderatsdiskussion würdig, nämlich die räumliche Enge, die nachweislich nicht stimmt, wenn man es vergleicht mit den Linzer-Daten. Dann die Sache, dass man sagt, die Infrastruktur passt nicht. Das stimmt schon, aber man kann Infrastruktur auch verändern. Wenn man aber dann im Amtsbericht darauf verweist man braucht ja den Festsaal nicht öffnen, weil es ja andere Möglichkeiten gibt und als eines dieser anderen Möglichkeiten ernsthaft hergeschrieben wird „die Reithofferhalle“, wo null Komma null Infrastruktur ist, dann passen einfach die Argumente nicht zusammen. Es ist zu dem eine Einnahmemöglichkeit, die man glaube ich auch nicht übersehen sollte. Aber der Kollege Bremm hat es glaube ich eh ein bisschen schon angesprochen, woher der Wind irgendwo weht, es riecht nach Arbeit. Anscheinend hat man das Problem mit diesem Antrag, das riecht ein bisschen nach Arbeit, da müssen wir den Festsaal öffnen, da müssen wir was organisieren, da müssen wir vielleicht eine zusätzliche Infrastruktur machen. Ja warum denn nicht? Das kann für die Stadt ja auch was bringen.

Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Gerhard Bremm.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Da geht es um Einnahmen, die ich damit ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Herr Kollege Bremm, das ist ganz einfach, da gibt es dann Tarife, die ausgearbeitet werden. Wenn jemandem dann der Festsaal zu teuer ist, dann wird er ihn nicht mieten.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Du stimmst ja dann sowieso wieder dagegen, grundsätzlich.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das ist eine ganz andere Geschichte, Kollege Bremm. Da geht es um eine Freiwilligkeit. Kanalgebühren muss ich zahlen, da komme ich nicht aus. Das ist aber freiwillig. Wenn ich den Festsaal mieten will, zu diesem angegebenen Tarif, dann tu ich das. Keiner wird gezwungen einen Festsaal zu mieten. Kanalgebühren zahle ich nicht freiwillig, Wassergebühren auch nicht, die muss ich zahlen. D. h., das Rathaus zu öffnen, ist ein weiterer wesentlicher Punkt. Da, denke ich mir, gebe ich dem Kollegen Kupfer völlig Recht, haben wir enormen Handlungsbedarf. Das fängt schon bei Kleinigkeiten an. So Dinge wie die GR-Sitzung heute. Dass dieser Termin heute ist, Budget GR-Sitzung, das finden Sie nicht im Amtsblatt. Das finden Sie auch nicht auf der Homepage der Stadt Steyr. In allen anderen Gemeinden ist es Usus, dass die Termine der GR-Sitzung selbstverständlich kund getan werden, über das rechtlich notwendige Maß hinaus. Natürlich muss es auf der Amtstafel hängen, irgendwo in einem versteckten Winkel, aber das ist ja nicht mit Öffentlichkeit gemeint, sondern im Amtsblatt das zu veröffentlichen. Das passiert aber nicht. Auf der Homepage den GR-Termin bekannt geben, auch das passiert nicht. Warum nicht? Wollen wir nicht, dass die Leute

kommen? Einen Tag der offenen Tür im Rathaus zu machen, das ist in anderen Städten völlig selbstverständlich. Das habe ich in Steyr noch nie erlebt.

Zwischenrufe verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Dann hast du das aber verschlafen. Das war schon zwei Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Da herinnen? Wann war denn das das letzte Mal. Das muss so minimal gewesen sein, dass nicht einmal ich es als Gemeinderätin mitbekommen habe.
Ich denke mir schon, dass dieser Antrag, wenn Sie den ablehnen ist es legitim, aber es ist natürlich auch ein Signal. Es ist genau das gegenteilige Signal in Richtung Offenheit. Wenn der Kollege Kupfer sagt, es wäre ein Anlass überhaupt über dieses Thema zu reden, dann gebe ich ihm auch völlig Recht, nur allein wir dürfen nicht. Wir dürfen ja nicht einmal erfahren, was mit Räumlichkeiten passieren soll, beispielsweise wie es um Reithoffer gegangen ist, weil es dann immer heißt, es ist alles Innerer Dienst. Genauso diese Räumlichkeiten hier im Rathaus sind Innerer Dienst, sind von den Mandataren nicht mitzuentscheiden. Ich finde das wirklich sehr schade, dass man nicht bereit ist, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Was mich allerdings freut ist, dass der Kollege Bremm es mit seiner Argumentation, er hat es wahrscheinlich nicht beabsichtigt, aber er hat es geschafft, dass eigentlich jene, die ursprünglich bei diesem Antrag nicht mitgehen wollten, überzeugt hat, dass sie doch auch für ein offeneres Rathaus sind. Ich bedanke mich Herr Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer zum zweiten Mal.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Vertreter der Presse, der Herr Kupfer hat etwas angesprochen was auch ein bezeichnendes Licht a) auf den Umgang mit der Demokratie und b) den Umgang auch mit der Bevölkerung und den Bürgern wirft. In der letzten Planungsausschusssitzung, und ich muss Sie korrigieren Herr Kupfer, es ist geplant ein zweites Amtsgebäude zu errichten im Reithofferwerk. Als es allerdings darum geht, dass man den Projektverantwortlichen, den Herrn Mag. Zineder, gefragt hat und was passiert dort draußen jetzt in den Stockwerken über der Musikschule, da war die Antwort ganz klar und ich zitiere. Korrigiert mich, wenn das nicht stimmt, weil es waren eh 10, 12 Leute in diesem Ausschuss auch drinnen. Da hat es geheißen: „In den Etagen darüber kommen Büroräumlichkeiten für das Magistrat hinein. Darüber entscheidet die Magistratsabteilung, das ist Innerer Dienst, das hat die Politik nichts anzugehen.“ Wortwörtlich. Das ist der Umgang, den man hier in diesem Haus mit den anderen Fraktionen hat. Man ist nicht einmal bereit, Informationen weiter zu geben, geschweige denn, dass wir darüber mitdiskutieren können, was geschieht mit einem zweiten Amtsgebäude. Das ist die wirkliche Katastrophe und die wirkliche Sauerei in diesem Haus.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Also Herr Mayrhofer, Sie brauchen sich nicht beschweren, weil Sie erfahren mehr als genug. Sie sind überall mit einbezogen. Das möchte ich auch einmal laut in diesem Kreis sagen.

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind immer noch beim Festsaal und es war für mich eine hochinteressante Diskussion. Ich glaube es war einmal notwendig, dass wir über dieses Thema genau reden. Ehrlichkeithalber, wirklich der ehrlichkeits-halber sage ich auch dazu, dass es in Zukunft sicher so sein wird, dass der Bürgermeister über den Festsaal bestimmen wird. Das ist so. Das ist nicht nur in Steyr so, sondern das ist auch in Wels so. Wie es in Linz ist, das weiß ich nicht

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
In Linz macht es das Gebäudemanagement.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gut, dann macht es das Gebäudemanagement. Aber in Steyr, da sage ich jetzt einmal ganz klar dazu, diese Veranstaltungen, die im Festsaal in der Vergangenheit stattgefunden haben, und ich bin

ja fast jedes Mal dabei und ich rede auch im Anschluss mit Leuten und die sagen auch es war ein sehr schöner festlicher Akt. Ich muss dem Herrn StR Mayrhofer Recht geben, es soll nicht inflationär werden. Es soll so sein, dass die Veranstaltungen, die da drinnen stattfinden, natürlich einen entsprechenden öffentlichen und entsprechenden angenehmen Rahmen haben. Die Leute bedanken sich ja bei mir, wenn ich z. B. den Braunsberger-Preis verleihe in diesen Räumlichkeiten, da sind die Leute wirklich froh und berührt von dieser festlichen Veranstaltung. Da soll es in Zukunft nicht so sein, dass man jeden Verein hinein lässt. Es geht ja auch um das, wo ziehe ich dann die Grenzen? Wem lasse ich dann hinein und wem lasse ich nicht in diesen Raum. Das muss ganz klar sein, es muss ein entsprechender öffentlicher Charakter auch hier vorhanden sein und deswegen nehme ich mir heraus, ehrlichkeithalber, dass ich über diesen Raum natürlich auch in Zukunft bestimmen werde. Vielleicht zum offenen Rathaus, weil der Kollege Kupfer das so genannt hat. Also, ich glaube, dass wir uns als Steyrer wirklich nicht verstecken brauchen zum Thema offenes Rathaus. Wir machen sehr viel. Gerade ich habe in der Vergangenheit sehr viele ausländische Delegationen auch hier empfangen, wo es auch um das gegangen ist, dass wir das Rathaus für solche Themen öffnen. Wenn die Schüler zu mir kommen, oder wenn von den Städtepartnern irgendwelche Vereine zu mir kommen, mit entsprechenden Schülern, Frau Gemeinderätin, gerade du warst auch einmal bei mir und ich habe dich mit Schülern aus San Benedetto im Festsaal empfangen. D. h. es werden ganz gezielt auch in Zukunft solche Veranstaltungen stattfinden. Wir werden auch in Zukunft wieder einen Tag der offenen Tür machen, das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, da habe ich überhaupt kein Problem damit und da geht es nicht um das, dass uns irgendetwas zu viel Arbeit wäre oder dass wir mit der Demokratie einen Umgang haben der nicht in Ordnung wäre. Ich bitte über diesen Antrag abzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, 1 Grüne, FPÖ, Bürgerforum. Wer ist dagegen? SPÖ. Wer enthält sich der Stimme? 2 Grüne (GR Fanta und GR Kupfer). Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt eine Pause von 10 Minuten machen.

PAUSE VON 10.43 UHR BIS 11.00 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Bitte die Plätze einnehmen, wir setzen die Sitzung fort. Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei meinem nächsten Antrag geht es um eine Änderung im Stadtentwicklungskonzept. Es gibt ja eine Menge Wünsche. Es hat zu diesem Thema auch ein Bürgerbeteiligungsverfahren gegeben, an dem 30 interessierte Bürgerinnen und Bürger der Stadt teilgenommen haben, wobei auch Anregungen und Wünsche an das Magistrat der Stadt Steyr herangetragen wurden. Im Konkreten geht es um Änderungen im Bereich der Firma BMD, um eine Betriebserweiterung, um Änderung für Franz Schützenhofer, Wirtschaftspark Stadtgut, eine erhebliche Veränderung. Dann in der Wolferner Straße, ebenfalls für Betriebserrichtung, im Bereich Resthofstraße, Standortveränderung Lebensmittelmarkt, Löschung der Ersichtlichmachung Wald im Bereich der Nordspange, Nähe Kreisverkehr Haager Straße, um eine Dauerkleingartenanlage Damberggasse, Änderung zentrumsnahe Tiefgarage, Änderung Gewerbegebiet Haager Straße, Sägewerk Bittermann, Doleschal, Stadtteil Eysnfeld, Gewerbegebiet Ennser Straße, Betriebsansiedelung Blumauergasse, Erweiterung für den Wohnbau in Gleink, Gewerbegebiet Friedhofstraße, Friedhofserweiterung Gleink, Gasthof Baumgartner, Christkindl, Staffelmayrgründe. Das sind die gesamten Vorhaben und ich bitte diese Änderung im Stadtentwicklungskonzept entsprechend zu unterstützen.

13) BauGru-16/04 Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1/03.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1/2003 wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 26. 9. 2005 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 10. 11. 2005 gemäß §§ 33 und 34 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich denke, dass dieser Antrag doch eine gewisse Dimension hat, auch wenn es vielleicht auf den ersten Blick nicht so aussieht. Wer die Geschichte unserer Stadtplanung in den letzten 15 Jahren kennt und sie verfolgt hat, weiß, dass wir am Beginn der 90iger Jahre einer der ersten Städte, überhaupt in Österreich, ein Stadtentwicklungskonzept in Auftrag gegeben haben. Der damalige Bürgermeister, Hermann Leithenmayr, war jahrelang sehr stolz darauf, dass Steyr eine vorausschauende Planungs- und Bodenpolitik betreibt. Es hat dann halt relativ lange gedauert, bis wir wirklich zu einem Stadtentwicklungskonzept gekommen sind. Erst in dieser letzten Gemeinderatsperiode haben wir dann ein Stadtentwicklungskonzept beschlossen. Wer sich erinnern kann, ein Konzept, das dann zum Schluss von einem Beamten des Magistrats gefertigt worden ist. Wir haben über 10 Jahre einen Stadtplaner beauftragt gehabt, der sich aufbauend auf Grundlagen, Überlegungen über die Weiterentwicklung der Stadt Gedanken gemacht hat. Jetzt haben wir vor einigen Jahren, ich weiß es jetzt nicht genau, wie lange es her ist, ist das ein Jahr oder sind das zwei Jahre, dieses Stadtentwicklungskonzept beschlossen. Wir Grüne haben da nicht mitgestimmt. Mit was wir jetzt ständig konfrontiert sind ist das, dass wir jetzt mit Umwidmungswünschen beinahe bei jeder Planungsausschusssitzung und halbjährlich auch mit größeren Umwidmungswünschen konfrontiert sind. D. h., wir haben über 10 Jahre ein Stadtentwicklungskonzept gemacht, wir haben dann die letzten Jahre auch intern herumgewurschtelt und trotzdem ist es notwendig, dass wir ständig dieses Stadtentwicklungskonzept erneuern und überarbeiten. Dass der Rechnungshof und das Land OÖ mit dieser Vorgangsweise nicht glücklich ist, ist verständlich. Meines Erachtens ist es auch ziemlich einzigartig. Ich will jetzt gar nicht so sehr auf die einzelnen Punkte eingehen. Über das Thema Staffelmayr werden wir ja später noch die Gelegenheit haben zu diskutieren. Aber meines Erachtens spiegelt dieser Antrag schon wider, dass die Stadt keine vorausschauende Planungspolitik betreibt. Es kann nicht sein, dass wir ständig mit den diversesten Umwidmungswünschen konfrontiert sind. Wenn wir wirklich eine vorausschauende Planung machen würden, dann würden wir das Konzept, das zugrunde liegt, auch dementsprechend fortsetzen. Das Problem ist, dass dieses Konzept einfach schlecht ist und dass es keine Basis gibt. Darum sind wir auch ständig konfrontiert mit diesen Umwidmungswünschen. Was ich mir wünsche, und was auch von der Fachabteilung für Stadtplanung des Öfteren gefordert wird und es steht auch in jedem Budget drinnen und es wird bei jedem Budget wieder rausgestrichen ist das, dass man sich die Stadtentwicklung auf Stadtteilebene genauer anschaut. D. h., dass man sich wirklich überlegt wie man in den einzelnen Stadtteilen vorgeht, wie die weitere Entwicklung Resthof/Gleink ist, wie die weitere Entwicklung im Münichholz, auf der Ennsleite ect. ist, wie die Entwicklung gewünscht ist. Jetzt ist es so, dass wir ein Flickwerk haben, wo wir dann immer entscheiden ja oder nein, ob wir das jetzt machen oder nicht. Meines Erachtens ist das keine gute Bodenpolitik, keine gute Stadtplanungspolitik. Ich würde wirklich dafür plädieren, dass wir uns auf Stadtteilebene, und wir haben in jedem Stadtteil unsere Probleme aber auch unsere Visionen für die Zukunft, dass wir uns wirklich auch die finanziellen Möglichkeiten geben, dass wir uns diese Dinge auf Stadtteileben anschauen. So bleibt es ein Flickwerk und ist zum Teil auch nicht nur für uns sondern auch für die überregionalen Behörden einfach nicht nachvollziehbar warum wir, sozusagen nachdem wir ein Stadtentwicklungskonzept gerade beschlossen haben, ständig mit neuen Umwidmungswünschen an das Land herantreten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, lieber Herr GR Kupfer, wir haben ein Stadtentwicklungskonzept beschlossen. Wir waren uns auch klar, dass wir bei den Ersten dabei sind und dass natürlich auch, wenn man so ein umfassendes Werk macht, Fehler drinnen sein können. Zusätzlich ist es so, dass ja sehr viele Wünsche von Firmen da sind und ich sage einmal, ich unterstütze natürlich entsprechende Entwicklungen in Steyr sodass sich der Wirtschaftsstandort Steyr auch sehr gut entwickeln kann und sehr viele, wenn Sie das nachlesen in diesem Entwicklungskonzept, bei diesen Änderungen, Wünsche sind in der Richtung gegeben, dass sich Betriebe erweitern wollen, dass Betriebe etwas dazu bauen wollen, zukünftige Flächen schaffen sollen z. B. im Stadtgutbereich, wo für die Zukunft entsprechende Firmen sich ansiedeln können. Das ist im Prinzip eine sehr gute Aktion. Wenn man sagt, dieses Stadtentwicklungskonzept sei nicht vorausschauend, wie du sagst, es ist halt hin und wieder schwer, dass man so vorausschauend denkt, dass man sagt, wie schaut das genau in Zukunft aus. Es hat auch Diskussionen auf Landesebene gegeben, wie genau so ein Stadtentwicklungskonzept sein soll, ob man wirklich genau mit Grenzen das abschließen soll oder ob man nur bestimmte Kreise machen

soll. Ich sage einmal unser Stadtentwicklungskonzept ist ein gutes Konzept, weil man zumindest auch einmal die ganzen Problemzonen sieht. Man sieht einmal wo haben wir einen Bedarf, dass wir was bereinigen. Wir sind auch nach und nach dabei, Konfliktzonen nach und nach auszuschalten. Das sind ja Vorgaben, die für uns als planender Bereich sehr angenehm sind. Wir haben sicher da auch eine Vorreiterrolle gespielt in der Vergangenheit, weil es noch nicht jede Gemeinde geschafft hat, dass entsprechende Konzepte da sind. Ich habe erst vor kurzem gelesen, bei wie vielen Gemeinden in OÖ z. B. ein Entwicklungskonzept noch nicht vorhanden ist. Wir haben eines, wir haben jetzt diesen Entwicklungsbedarf festgestellt und wir haben festgestellt, dass für diese Änderungen es notwendig ist, dass wir uns auch entsprechend gut weiter entwickeln. Ich weise nur darauf hin, dass die Firma BMD schon dringend darauf wartet, dass sie sich erweitern kann.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Das haben wir vor Jahren auch schon gemacht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, solche Themen sollte man auch nicht behindern. Ich glaube, dass das gut ist, dass wir heute diese Änderungen beschließen. Ich bitte darüber abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nun kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, FPÖ. Wer ist dagegen? 4 (3 Grüne, 1 Bürgerforum). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das würde heißen, dass sich die Firmen nicht erweitern können.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Nein, das stimmt nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja freilich, ihr seid gegen Betriebserweiterungen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu meinem nächsten Antrag, Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2, Änderung Nr. 22, Wirtschaftspark Stadtgut Steyr. Hier geht es um eine Fläche von 4,3 ha und die soll von Grünland in forstwirtschaftliche Nutzung und Neuaufforstungsgebiet in ein eingeschränkt gemischtes Baugebiet und Grünfläche mit besonderer Widmung Grünzug umgewidmet werden. Die entsprechenden Erläuterungen sind im Antrag genau angeführt. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

14) BauGru-8/05 Flächenwidmungsplan Nr. 2; Änderung Nr. 22; Wirtschaftspark Stadtgut Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.22 – Wirtschaftspark Stadtgut Steyr – wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 3. 3. 2005 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 10. 11. 2005 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF. beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zum Antrag Flächenwidmungsplan Nr. 2, Änderung Nr. 14, Wohnbebauung Staffelmayr. Ich habe ja schon einiges darüber in den Zeitungen gelesen. Es hat auch entsprechende Diskussionen und Öffentlichkeitsmachung gegeben, im Stadtentwicklungskonzept. Die Bedenken, die alle geäußert wurden sind auch entsprechend in dem Antrag behandelt. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

15) BauGru-6/04 Flächenwidmungsplan Nr. 2; Änderung Nr. 14; Wohnbebauung Staffelmayr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 14 – Wohnbebauung Staffelmayr – wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 22. 3. 2004 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 28. 11. 2005 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Frau Frech hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ja, es gibt mitunter sehr komplexe Themen wo es sich lohnt sich wirklich die Akten genauer anzuschauen. Gerade im vorliegenden Fall kommt man dann eigentlich aus dem Staunen nicht heraus. Man findet nämlich im Prinzip kaum etwas, was für diese Umwidmung spricht, aber jede Menge was dagegen spricht. Und jetzt nicht, was sich einfach irgendein Mandatar ausgedacht hat, sondern was wirklich von den zuständigen Behörden kommt. Das ist sehr weit gestreut. Zum einen einmal die Agrar- und Forstrechtsabteilung des Landes, die eindeutig schreibt: „Aus agrarfachlicher Sicht ist die geplante Wohngebietswidmung über die nördliche Grenze der bestehenden Kleingartenwidmung hinaus abzulehnen.“ Eindeutig. Da steht nicht irgendetwas was man ein bisschen anders machen könnte, sondern eindeutig abzulehnen. Agrar- und Forstrechtsabteilung 6. Oktober 2005. Dann geht es weiter. Abteilung strategische Straßenplanung und Netzausbau, 7. September 2005, Land OÖ. „Wir weisen darauf hin, dass es zu Lärmemissionen auf der Umwidmungsfläche kommen könnte. Dieser Umstand ist dem Umwidmungswerber nachweislich zur Kenntnis zu bringen.“ Ich hoffe, das passiert auch. Wie gesagt, Gefahr von Lärmemissionen. Nächster Punkt: Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, 8. September 2005. „Seitens der Behörde usw. wird kein Einwand erhoben, allerdings, wenn für die Wohnbebauung Staffelmayr ein umfassendes Entwässerungskonzept ausgearbeitet wird.“ Voraussetzung ist ein umfassendes Entwässerungskonzept. Die haben sich auch was dabei gedacht, das zu fordern. Jetzt kommt eigentlich der wesentliche Teil, wo extrem viele Punkte da sind, nämlich die Abteilung Raumordnung, Land OÖ. Wer sich mit den Akten in den früheren Jahren beschäftigt hat, weiß ganz genau, dass bei den Behörden mitunter Einwände kommen. Nur manche Einwände sind halt vielleicht ein bisschen kleiner zu werten oder geringer zu werten, manche stärker. Aber so eindeutig habe ich etwas selten gelesen. Fett gedruckt, und zwar: „Die geplante Änderung widerspricht den Zielsetzungen des Stadtentwicklungskonzeptes. Der Hinweis, dass die Stadtgemeinde über Baulandreserven verfügt, im Ausmaß von ca. 117 ha, hat übrigens auch der Rechnungshof festgestellt, und es deshalb gar nicht notwendig wäre, äußerst ungünstige Entwicklung durch die abgesetzte Lage vom übrigen Siedlungsbestand, äußerst ungünstige Entwicklung - so deutlich schreibt normalerweise die Behörde nicht - aufgrund der Nähe des geplanten Wohngebietes zu einem aktiv betriebenen Landwirtschaftsbetrieb, sind Interessenskonflikte vorprogrammiert. Derzeitige Verkehrsausschließung ist für die geplante großflächige Wohnbauentwicklung unzureichend. Lärmemissionen. Dann, fett gedruckt – Zusammenfassend wird die gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes aus fachlicher Sicht eindeutig abgelehnt.“ Also ohne Zweifel, eindeutig abgelehnt. Ja, nur das spielt anscheinend überhaupt keine Rolle, weil heute soll das ja sang- und klanglos de facto beschlossen werden. Was sich dann z. B. findet ist eine Stellungnahme zu diesem, was ich Ihnen gerade vorgelesen habe, von der Abteilung Raumordnung seitens der magistratseigenen Abteilung. Das ist schon ganz nett, wie man da diese fundierten Argumente des Landes einfach vom Tisch wischt, indem man z. B. schreibt: „Interessenskonflikte, die ich gerade erwähnt habe, sind nicht nachvollziehbar, zumal andernorts vergleichbare Situationen keine derartigen Konflikte nach sich ziehen.“ Welche da gemeint sind – keine Ahnung. Es wird nicht ein Beispiel angeführt. Es wird halt in den Raum gestellt, na ja, kann man eh nicht davon ausgehen, ist nicht nachvollziehbar, dass es da Konflikte geben könnte. Ja und, was schon ganz interessant ist zum Thema Lärmemission. Anscheinend geht man schon magistratsintern davon aus, dass es zu Lärmbeeinträchtigungen kommt, schreibt aber dann hin: „Etwaige Lärmemissionen auf der Umwidmungsfläche sind allenfalls durch bauliche Schutzmaßnahmen zu unterbinden“. Machen wir jetzt überall Lärmschutzwände? Keine Ahnung. Dazu kommt natürlich auch noch, dass nicht nur die Behörde eine negative Stellungnahme abgibt, nämlich die des Landes, die einzelnen Abteilungen, sondern natürlich auch die betroffenen vom Kleingartenverein, Anrainer die sich hier auch massiv eingebracht haben. Weiters gibt es natürlich dann noch einen weiteren Punkt, der ist aber nur mehr am Rande. Aus fachlicher Sicht denke ich mir, wer dem jetzt die Zustimmung geben kann, weiß ich nicht, ob er ein gutes

Gewissen dabei hat. Aus fachliche Sicht, wie gesagt, sind die Argumente schlagend, kommen nicht von parteipolitischer Seite, sondern sind im Akt zu finden. Das was dann vielleicht noch als Drübersteuer ganz interessant ist, ist die Geschichte mit, was heute auch schon ein bisschen in den Medien zu lesen war, dieser Zusammenhang mit einem gänzlich anderen Thema, nämlich mit Baulandentwicklungs AG, wo ich mich schon frage, warum hat es bereits, bevor noch all diese Stellungnahmen eingeholt worden sind, weil die sind ganz aktuell aus dem Jahr 2005, gab es bereits im April 2004 das Ansuchen, nämlich das Ansuchen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung Magistrat Steyr, dass Ansuchen an den Geschäftsbereich für Privatrechtsangelegenheiten, hier einen privatrechtlichen Vertrag abzuschließen. Und zwar einen privatrechtlichen Vertrag wo es unter anderem darum gegangen wäre, dass man bereits Preise festlegt, nämlich den Festlegungen zum ortsüblichen Preis für einen Quadratmeter Baugrund. Das ist schon ganz interessant, bereits im Jahr 2004 aus dem April stammt dieses Ansuchen. Und dann ist das Schreiben von der Privatrechtsabteilung, die dann diesen privatrechtlichen Vertrag hier nicht ins Auge gefasst hat, indem sie nämlich argumentieren, dass es zwar schon möglich ist, dass die Gemeinde etwas abschließt, einen privatrechtlichen Vertrag im Vorfeld beispielsweise mit der Baulandentwicklungs AG, aber das wäre dann, wenn die Gemeinde das Grundstück kauft. Und die Gemeinde kauft ja nicht das Grundstück. Da einen ortsüblichen Preis festzulegen, obwohl die Gemeinde nicht der Käufer ist, wird also hier eindeutig abgelehnt. Interessanterweise gibt es aber, wenn das stimmt, und da würde ich dann den Kollege Mayrhofer um Aufklärung bitten, einen privatrechtlichen Vertrag bereits mit der Baulandentwicklungsfond, ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Irgendeinen Vorvertrag gibt es angeblich, das war heute den Medien zu entnehmen, und den wüsste ich gerne wo der ist, weil im Akt habe ich diesbezüglich nichts gefunden. Das müsste dann wirklich sehr, sehr aktuell sein und über Nacht gekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist GR Kupfer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Liebe Michaela, ich kann dir die Frage schon beantworten, warum es bereits privatrechtliche Vereinbarungen gibt, warum es mittlerweile auch schon einen Bebauungsplan für dieses Grundstück gibt, denn der Deal, die Staffelmayrgründe umzuwidmen, der ist schon einige Monate alt. Er kommt halt erst jetzt in den Gemeinderat. Wir haben es auch schon mehrmals im Stadtplanungsausschuss gehabt. Aber Staffelmayr-Umwidmung hat ja eine längere Geschichte. Ich möchte gleich am Anfang einmal in Erinnerung rufen, speziell jene die damals dabei waren, und der Kollege Bremm war es auf alle Fälle, als Fraktionsvorsitzender. Die SPÖ hat sich jahrelang gewehrt, argumentativ, inhaltlich gestützt auf die Stellungnahmen intern und extern, dass die Staffelmayrgründe umgewidmet werden. Speziell der ehemalige Bürgermeister, Hermann Leithenmayr, ich zitiere ihn heute zum zweiten Mal, war immer strikt gegen eine Umwidmung, weil er genau jene Argumentationen die jetzt vom Land und vom Rechnungshof kommen, auch immer von ihm unterstützt worden sind. Nicht nur von ihm, sondern auch vom damaligen Stadtplaner, vom Architekten Breitling, der sich auch beim Stadtentwicklungskonzept gegen die Versuche diese Fläche umzuwidmen immer quergelegt hat. Und was hat sich geändert seit dieser Zeit? Es hat sich überhaupt nichts geändert. Die Rahmenbedingungen sind völlig gleich geblieben. Das Einzige was sich geändert hat ist das, dass wir mit dem neuen Stadtentwicklungskonzept und jetzt mit der Änderung, die wir vorher auch gerade beschlossen haben, eigentlich viel mehr in unserer Stadt umgewidmet haben. Wir haben viele Grundstücke im Bereich Gleink, Krenngründe umgewidmet. Wir haben das Kasernenareal umgewidmet und mit einem Bebauungsplan versehen. Wir haben ein Entwicklungskonzept für Reithoffer gemacht, einen Bebauungsplan für Reithoffer gemacht. D. h., wir sitzen derzeit auf 117 ha Bauland, das zum Teil nicht verfügbar ist. Da gebe ich der Stadt oder den Schreibern des Amtsberichtes schon Recht, dass es zum Teil nicht verfügbar ist, aber, dass es verfügbar gemacht werden muss. Um das geht es. Wir widmen ja nicht zum Spaß um. Da geht es ja um Wertsteigerungen, um enorme Wertsteigerungen, um Private. Ich kann mich noch erinnern, wie wir die ganze Liste von Umwidmungswünschen gehabt haben, vor einigen Jahren, da ist gesagt worden, wir brauchen jetzt die Umwidmung, speziell auch in den peripheren Lagen, damit diese Grundstücke bebaut werden können. Speziell in Gleink und auch dort, wo wir mit unserer Siedlungsentwicklung begonnen haben, wo wir Lückenschlüsse machen und versuchen, diese Siedlungsgebiete weiter zu entwickeln. Was wir jetzt machen ist genau das Gegenteil. Wir schneiden jetzt mitten auf der grünen Wiese ein neues Siedlungsgebiet an. Ich kann euch jetzt schon

versprechen, das wird nicht das Ende der Fahnenstange sein. Mit der Westspange, die irgendwann kommt, und ich denke in den nächsten 10, 15 Jahren könnte es unter Umständen sein, aber dieser Bereich, südlich oder südöstlich der Westspange, wird auf alle Fälle für viele Bauprojektbetreiber noch ein sehr interessantes Gebiet werden, weil wir jetzt die Eröffnung machen. Wir öffnen jetzt dieses Gebiet für eine Bebauung, wo eigentlich keine Bebauung hin gehört. Die Stellungnahmen des Landes hat ja die Kollegin Frech schon ausgeführt. Ich möchte es noch ein bisschen verbildlichen. Wo ist dort die nächste Schule? Wo ist dort der nächste Kindergarten? Wo ist dort der nächste Nahversorger? Haben wir Probleme im Siedlungsgebiet Gründberg mit dem Verkehr oder haben wir keine Probleme? Kostet die Aufschließung der Stadt was oder kostet die Aufschließung nichts? Ist es im Stadtentwicklungskonzept, wo die Leitlinien beschlossen worden sind, ist das die Richtung wie sich die Stadt entwickeln will? Nein, ist es nicht. Darum wehrt sich auch das Land vehement dagegen. Ein weiteres Problem entsteht auch noch. Wir versuchen im Stadtzentrum und im Stadtkern zu verdichten. Wir wollen, dass Reithoffer bebaut wird, wir wollen, dass das Kasernenareal genutzt wird. Wie können wir diese Grundstücke qualitativ verdichten, mit qualitativ verdichtetem Wohnbau bebauen, wenn wir jetzt wieder eine Fläche aufmachen für jene, die wir eigentlich im Stadtzentrum haben möchten? Die Folgen sind eh allen klar. Verkehr, zusätzliche Kosten ect. Was wir wollen, ist eine Verdichtung im Stadtzentrum. Speziell jene, die in der Gründbergsiedlung wohnen, wissen, wie die Probleme schon derzeit sind und dass die Probleme auch mit der sogenannten Zielgruppe, die man da jetzt anspricht und wo ich mir nicht sicher bin, ob das überhaupt die Zielgruppe ist, nämlich jene die im Krankenhaus arbeiten, dass das verkehrlich nicht einfacher wird durch diese Siedlung zu fahren. Die Geschichte mit der Vorwärts findet man leider in den Akten nicht. Sie wird zwar immer wieder erwähnt. Es ist meines Wissens auch in einem Ausschuss erwähnt worden. Aber dass hier ein Geschäft gelaufen ist, ein mündliches, das ist völlig klar. Weil wie kann es sein, dass sich die Rahmenbedingungen nicht ändern, dass die SPÖ jahrelang dagegen ist und dass sie es auf einmal ist. Das kann mir keiner erklären.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich das jetzt anhört, dann müsste man zur Entscheidung gelangen, nichts mehr umwidmen. Schicken wir unsere Leute weiterhin nach Aschach, nach Ulrich, nach Dietach, überall dort, wo sie einen Grund bekommen. Weil diese Art von Verbauung, die dort geplant ist, für die sind hier bei uns keine Grundstücke zur Verfügung. D. h., keinen sozialen Wohnbau, 4stöckig oder 5stöckig, sondern Einfamilienhausverbauung und Reihenhausverbauung, also verdichteter Flachau. Für diese Art von Verbauung ist das Grundstück dort mit Sicherheit prädestiniert. Es ist eine wunderbare Südwestlage. Im Stadtentwicklungskonzept haben wir definitiv drinnen, und bitte nachzulesen, innerhalb der Westspange sind Umwidmungen in Zukunft möglich. Diese Westspange soll das Ende der Verbauung sein. Außerhalb davon soll keine Verbauung stattfinden, sondern soll Naherholungsgebiet bleiben. Ganz klar.
Sie haben angesprochen, Herr Kupfer, wo ist das nächste Lebensmittelgeschäft. Das ist in der Gründbergsiedlung. Falls Sie es nicht wissen, es gibt eine fußläufige Verbindung, die direkt hinunter geht, der sogenannte Waldweg. Fußläufig, in nicht einmal fünf Minuten, ist der nächste Nahversorger, die nächste Bushaltestelle erreichbar. 10 Minuten zu Fuß, über die Kegelprielstraße, erreichen Sie bitte den Kindergarten und die Schule St. Anna. Wenn wir wissen, wie viele Wege wir mit einem Auto machen, was alles verwendet wird um Distanzen zu überwinden und dann nämlich das, das direkt angrenzt an eine verbaute Lage, der gesamte Hang darunter direkt, das sind 30 Meter weg, ist verbaut und jetzt auf einmal sage ich um Gottes Willen, das ist eine Grüninsel, die können wir nicht verbauen. Entschuldigung, dann muss ich sagen das ist Polemik, das entspricht einfach nicht den Tatsachen. Dass wir eine andere Meinung vertreten haben als eingangs das Land OÖ ist klar. Das wurde aber in den laufenden Gesprächen und Verhandlungen aufgeklärt, restlos aufgeklärt. Unserer Information zufolge wird auch das Land unserem Beschluss folgen und die Umwidmung vornehmen. Das würde sie nicht bitte, wenn sie auf ihren Einwendungen besteht, wenn sie nicht umgedacht hätte, wenn wir nicht belegen hätten können, dass es in Ordnung ist, dass es richtig und zukunftsweisend ist. Darum ersuche ich um Zustimmung.

Eines noch, auf die Frage von der Michaela Frech, da muss ich passen, ich wurde in den Verhandlungen nicht beigezogen, auch als betroffener Referent wurde ich nicht beigezogen. Das wird uns der Bürgermeister beantworten. Ich kann daher auch keine Auskunft über Vorwärts oder irgendetwas geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Eines möchte ich auch noch sagen, das ist vergessen worden. Das Landeskrankenhaus hat ja auch einen Kindergarten. Die Erweiterung, die jetzt im Krankenhaus vorgenommen wird, also die Bauten, brauchen natürlich die auch ein Haus, wo sie wohnen können und das LKH hat einen Betriebskindergarten, das ist auch nicht erwähnt worden.

Frau Kollegin Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Es ist ja bezeichnend, dass nicht einmal der zuständige Referent in Verhandlungen eingebunden wird. Dann kann man sich ungefähr vorstellen, wie die Informationsflut zu den einfachen, gewöhnlichen Mandataren aussieht. Ich bin gespannt dann auf die Aufklärung des Bürgermeisters Forstenlechner oder Bremm. Eine Frage hätte ich dazu schon noch. Wenn der Andy Kupfer sagt, du kannst mir diese Frage mit einem Deal beantworten. Na ja, selbstverständlich weiß ich auch, dass da ein Deal laufen soll. Nur was du mir leider nicht beantworten kannst, wo gibt es den Beweis dafür. Weil im Akt, wie gesagt, findet sich ja nichts dazu. Deshalb auch meine Frage. Was ist der aktuelle Stand bezüglich dieses Baurechtsvertrages, der damals abgeschlossen worden ist, mit der Bürgschaft? Gab es da schon Zahlungen? Gab es keine Zahlungen? Was ist der aktuelle Stand? Ich habe mich heute erkundigt in der Privatrechtsabteilung, beim Dr. Schmoll, der hat gemeint, er hat damit nichts mehr zu tun. Aber es müsste irgendwo ja klar sein und beantwortet werden können, seitens der Politik, was ist der aktuelle Stand im Zusammenhang mit dieser Geschichte, dieser unendlichen, mit Vorwärts.
Und noch einen kurzen Sidestep zum Kollegen Mayrhofer. Also ich finde schon Gunter, es ist polemisch zu sagen man will da jetzt auf der grünen Wiese nichts haben und so, weil ich denke mir die Argumente vom Land OÖ sind schon sehr schlüssig. Eines ist schon sehr interessant, wenn du sagst es ist gelungen, Gunter, das Land zu überzeugen, dann muss das sehr rasch gegangen sein, weil sämtliche dieser Stellungnahmen, die ich zitiert habe, stammen aus Ende Oktober und waren massivste Einwende. Also auch hier verdichtet sich dann wirklich ein bisschen der Eindruck eines Deals. Das mit der grünen Wiese, was sicherlich noch dazu kommen wird, was sie ein bisschen verschönern wird, wahrscheinlich, ist, dass die Energie AG ja auch eine Stellungnahme abgegeben hat und darauf hingewiesen hat, dass eine Trafostation samt Anschlussleitungen wahrscheinlich notwendig werden wird. So viel zur Infrastruktur.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema Staffelmayr, zu diesen ganzen Einwendungen, da hat ja der Herr StR Mayrhofer eigentlich auch schon sehr ausführlich noch einmal Auskunft gegeben. Es ist wirklich so, dass zu jedem dieser Punkte noch einmal eine Stellungnahme gegeben wurde und dass ich davon ausgehe, dass das öffentliche Interesse in diesem Fall überwiegt gegenüber Einzelinteressen bzw. auch Interessen von Gruppen. Es ist einmal so, dass es unterschiedliche Interessen gibt. Wir sind dazu aufgerufen, diesen Interessensausgleich herzustellen. Ich bin der Meinung, dass das auch hier passieren sollte.
Bezüglich Aufschließungsübereinkommen mit der Bauland AG haben wir hier schon einen Beschluss gefasst. Der ist hier bei einer GR-Sitzung gefasst worden. Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Vorwärts?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Mit Vorwärts hat das nichts zu tun.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:
Es gibt keinen Tagesordnungspunkt Vorwärts.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich möchte nur die Frage beantwortet haben, was der aktuelle Stand ist,

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der aktuelle Stand ist noch so wie vor zwei, drei Jahren. Da gibt es keinen aktuelleren Stand.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, FPÖ. Wer enthält sich der Stimme? Wer ist dagegen? 4 (3 Grüne, 1 Bürgerforum). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Punkt geht es um die Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr ab dem Jahr 2006. Das ist eine Kanalbenützungsgebühr die uns entsprechend der Landesregierung vorgeschrieben wird. Ich bitte dieser Kanalbenützungsgebühr zuzustimmen.

16) GemKan-26/98 Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr ab dem Jahr 2006.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 3. November 2005 wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Kanalbenutzungsgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 2006 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1. des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ich wiederhole mich, wenn ich nochmals festhalte, dass es in den letzten Jahren, speziell seit der Gemeinderatswahl 2003 kaum eine GR-Sitzung gegeben hat, in der nicht Tarife und Gebühren angehoben wurden. Ich habe auch vorhin erklärt, welchen Erhöhungsanträgen unter welchen Bedingungen wir die Zustimmung gegeben haben. Dennoch hat sich am Budget der Stadt Steyr nichts verbessert, trotz dieser massiven Gebührenanhebungen auf allen Ebenen. Im Gegenteil, die budgetäre Situation, und wir werden heute noch darauf zu sprechen kommen, hat sich verschlechtert. Der Schuldenstand ist höher geworden, die Abdeckung des ordentlichen Haushaltes wird immer schwieriger und die Rücklagen sind nahezu völlig aufgebracht. Ich wiederhole mich, wenn ich im Zusammenhang dieses Antrages auf die Wasserbezugsgebühr zu sprechen komme, denn die Wasserbezugsgebühr bzw. die Berechnung der Kanalbenützungsgebühr erfolgt ja nach dem entnommenen Wasser. Ich darf noch daran erinnern, dass wir dieser Wasserbezugsgebühr deswegen negativ gegenübergestanden sind, weil die Stadtwerke, sprich Wasserwerk, einerseits Tarife anhebt und andererseits nicht unerhebliche Mittel zur Verlustabdeckung der Bäder und Kunsteisbahn bereitstellt. Laut Vorlage dieses Budgets für das Jahr 2006 wird diese Summe, was Bäder- und Kunsteisbahnverlustersätze betrifft, 781.600 Euro ausmachen. Das sind immerhin 10,75 Millionen Schilling. Daher haben wir diese Tarifanhebung abgelehnt.

Nun aber zur Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr ab 1. 1. 2006. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine derartige Erhöhung, noch dazu über einen Zeitraum von 5 Jahren, ist durch keine wirtschaftliche Kalkulation und durch keine sonstige Begründung gerechtfertigt und nachvollziehbar. Ich darf doch etwas näher darauf eingehen, denn es ist schon interessant, wenn man berücksichtigt, dass ab 1. 1. 2006 ein Kubikmeter Wasser, den ich entnehme und gleichzeitig entsorge, dann einen nicht unerheblichen Betrag ausmachen wird, nämlich insgesamt 4,43 Euro. Das sind 60,95 Schilling. Ich sage bewusst jetzt auch die Schillingbeträge dazu, denn es ist noch gar nicht so lange her, vor einigen Jahren hat diese Benützung des Kanals und die Wasserentnahme noch 36 Schilling pro Kubikmeter gekostet. Wenn man jetzt weiter rechnet, wird dann im Jahr 2010 ein Kubikmeter bezogenes Wasser inkl. der Entsorgung durch den Kanal 5,24 Euro kosten und das sind 72,10 Schilling. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da kann ich nur laut und deutlich sagen, wir werden diesem Antrag nicht die Zustimmung geben, denn das ist wirklich ein starkes Stück Steyr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Die Frau Kollegin Frech hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Herr Kollege Eichhübl, ich darf Sie beruhigen, man hat denke ich mir schon auch ein bisschen ein schlechtes Gewissen bei diesem Antrag, weil auf der einen Seite findet sich keinerlei Gegenüberstellung wie die Gebühr bisher war, nicht einmal um wie viel Prozent sie steigt. Das möchte man gar nicht reinschreiben anscheinend, weil so ist es halt viel einfacher wenn man schreibt die Höhe der Sätze lauten jetzt ab 1. 1. 2006 2,80 Euro pro Kubikmeter, ohne dass man dazuschreibt wie viel es bisher war, wie die Entwicklung über die Jahre war, nicht einmal die Prozentsumme steht da. Bei dem einen Antrag, den wir heute schon gehabt haben, wo keine Gegenüberstellung war, war zumindest die Prozentsumme da, damit man ein Gefühl bekommt. So liest sich das relativ locker und man hofft halt, man hinterfragt das nicht. Man ist auch damit nicht in einen Ausschuss gegangen. Ich kann mich erinnern, früher, wie ich in den Gemeinderat gekommen bin, war es schon üblich, dass man Tariferhöhungen im jeweiligen Ausschuss auch diskutiert hat. Da ist nur zu lesen, nach Rücksprache mit dem für das Finanzwesen zuständigen politischen Referenten, ich nehme an Bürgermeister Forstenlechner wird das gewesen sein, ist das eben abgesprochen worden. Ansonsten ist es nicht diskutiert. Ich denke mir, es ist den Bürgerinnen und Bürgern wirklich nicht mehr zuzumuten, wie stark ihnen von Jahr zu Jahr in die Tasche gegriffen wird und werde deshalb auch hier gegen diesen Antrag stimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, zu den Ausführungen von der Frau Gemeinderätin, es gibt ein Schreiben von der Landesregierung, Förderungsrichtlinien des Landes OÖ für den Bau kommunaler Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen, Festlegung der Mindestsätze für Anschluss- und Benützungsgebühren bis zum Jahr 2010. Wenn Sie diese Zahlen vergleichen mit den Zahlen die uns als Mindestgebühren hier vorgeschrieben sind, dann finden Sie exakt genau die gleichen Zahlen. Also da steht wirklich herinnen 2006 – 2,80 Euro, steht genauso bei uns auch im Antrag und das ist so. Das haben wir so übernommen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Beim Wasserbezug sind wir drüber.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne. Wer ist dagegen? 2 FPÖ (GR Payrleithner war bei der Abstimmung nicht anwesend) und 1 Bürgerforum. Wer enthält sich der Stimme? 6 ÖVP. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke.

Ich würde jetzt vorschlagen, weil das war der letzte Punkt vor dem Budget, dass wir jetzt 1 ½ Stunden Mittagspause machen und dann mit dem Budget fortsetzen.

GR Fanta verlässt um 11.40 Uhr die Sitzung

PAUSE VON 11.40 UHR BIS 13.15 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
So, meine Damen und Herren, ich ersuche nun unseren Bürgermeister und Finanzreferenten um seine Budgetrede.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates und des Gemeinderates, verehrte Gäste, geschätzte Vertreter der Medien. Bei der Erstellung des Budgets 2006 ist natürlich der Spargedanke im Vordergrund gestanden. „Auf Sparen folgt Haben“ steht auf dem Berliner Rathaus geschrieben und ich bin überzeugt, dass diese Weisheit auch auf Steyr zutrifft und wir mit unserem ausgewogenen und ökonomisch effizienten Haushaltsplan auf dem richtigen Weg sind.
Es war keine leichte Aufgabe, das Zahlenwerk für 2006 aufzubauen und deshalb bedanke ich mich

bei allen, die daran mitgearbeitet haben, speziell bei Herrn Finanzdirektor Mag. Helmut Lemmerer und seinem Team.

Bevor wir uns mit dem kommenden Jahr beschäftigen, möchte ich noch kurz einen Blick auf das jetzt zu Ende gehende Jahr 2005 werfen. Wir haben den Haushalt des heurigen Jahres sehr gut im Griff, die Finanzen entwickeln sich positiv, wir werden laut Nachtrags-Voranschlag den im Voranschlag budgetierten Abgang im ordentlichen Haushalt von 3,59 Millionen Euro auf 1,47 Millionen Euro reduzieren und möglicherweise verbessert sich dieses Ergebnis gegen Jahresende noch weiter. Das heißt, dass wir weniger Rücklagen entnehmen müssen und das beweist, dass wir 2005 vorsichtig budgetiert haben und dass unsere Sparmaßnahmen beim Personalaufwand voll gegriffen haben. Beim Voranschlag 2005 war der Anteil der Kosten für aktives Personal im ordentlichen Haushalt 27,75 Prozent, beim Nachtrags-Voranschlag haben wir diesen Wert auf 26,65 Prozent gesenkt.

30 Prozent der Personalkosten einzusparen und damit jeden dritten der etwa 1000 Magistrats-Bediensteten zu feuern, wurde über die Medien gefordert. Dieses Ansinnen hat natürlich mit der Realität nichts zu tun. Abgesehen von den persönlichen Schicksalen hätte eine derartige Aktion katastrophale Auswirkungen sowohl für die ohnehin angespannte Lage auf dem Steyrer Arbeitsmarkt als auch für die Bürger unserer Stadt. Mit einer um ein Drittel reduzierten Belegschaft müsste man Leistungen wie Müllabfuhr, Straßendienst, Straßenbau, Busverkehr und vieles mehr radikal zurückfahren. Das würde die Lebensqualität der Steyrerinnen und Steyrer dramatisch verschlechtern. Wie sparsam die Stadt bei der Gestaltung der Personalkosten vorgeht, zeigt ein Vergleich mit der Bundesregierung: Laut einer ORF-Online-Meldung vom 7. Dezember dieses Jahres sind die Personalkosten für den Mitarbeiterstab der Regierung von 7,6 Millionen Euro im Jahr 2001 auf 12,03 Millionen Euro im Jahr 2004 gestiegen, das ist eine Explosion von 57,9 Prozent. Einer der großzügigsten Arbeitgeber ist laut ORF übrigens Vizekanzler Gorbach. Seine Ausgaben für Mitarbeiter stiegen von 230.600,-- Euro im Jahr 2004 auf 311.600,-- Euro im September 2005, eine Steigerung von knapp 35 Prozent innerhalb nur eines Jahres.

Ich möchte gleich auf Bundesebene bleiben und einige Daten zur gesamtösterreichischen Wirtschaft präsentieren, die sich natürlich auch auf die wirtschaftliche Situation in den Gemeinden auswirken - speziell was das Steueraufkommen betrifft. Laut den aktuellen Daten des Wirtschaftsforschungs-Institutes ist das Wirtschaftswachstum in Österreich sehr mäßig. Das reale Wachstum ist für das kommende Jahr mit etwa 1,8 Prozent prognostiziert, im Jahr 2005 gibt es ein schwaches Plus von 1,7 Prozent. Der Anstieg der Erdölpreise dämpft die Realeinkommen, der private Konsum expandiert langsamer als im langfristigen Durchschnitt, real um nur 1,7 Prozent. Viele Menschen sind verunsichert, speziell die Entwicklung der Energiepreise macht Angst.
Auch die Summe der Investitionen entwickelt sich bundesweit eher schwach. Bei den Ausrüstungs-Investitionen ist heuer sogar ein Wert von real minus ein Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnet worden. Leichte Verbesserungen gibt es nur im Wohnbau und im Renovierungssektor, der Tiefbau profitiert leicht durch die Ausweitung der Infrastruktur-Investitionen. Eine schwache Entwicklung ist im Industriebau zu verzeichnen.

Kurz noch zur Entwicklung des bundesweiten Steueraufkommens: Im heurigen Jahr haben sich Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer und Lohnsteuer negativ entwickelt, für 2006 erwartet das Wirtschaftsforschungs-Institut allerdings wieder einen Anstieg. Die Umsatzsteuer hat sich 2005 günstig entwickelt, die Einnahmen aus der Mineralölsteuer sind allerdings hinter den Erwartungen zurückgeblieben, für 2006 erwarten die Wirtschaftsforscher einen leichten Anstieg. Die Kommunalsteuer ist abhängig von der Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme. Für 2006 wird eine günstigere Entwicklung erwartet als für die Jahre davor.

Aber nun wieder nach Steyr zum Budget für das Jahr 2006: Die Eckdaten sind ja bekannt, ich möchte nur kurz einige Zahlen anführen. Für den ordentlichen Haushalt werden in Summe knapp 91,5 Millionen Euro bereitgestellt, für den außerordentlichen Haushalt sind 12,6 Millionen Euro vorgesehen. Die Gesamtsumme: 104,1 Millionen Euro. Die Vergleichszahlen aus dem Voranschlag des Jahres 2005: Ordentlicher Haushalt 86,2 Millionen Euro, außerordentlicher Haushalt 11,5 Millionen Euro, gesamt 97,7 Millionen Euro.
Die größten Ausgaben-Summen im außerordentlichen Haushalt für das Jahr 2006 betreffen den Straßen- und Brückenbau mit 2,13 Millionen Euro, den Kanalbau mit 1,73 Millionen Euro, die Mülldeponie mit 1,45 Millionen Euro und die Pflichtschulen mit 770.000,-- Euro. Für das Projekt Reithoffergebäude und Musikschule sind 430.000,-- Euro budgetiert und für die Renovierung des Stadtsaales 600.000,-- Euro.

Zu den wichtigsten Zukunftsthemen unserer Stadt zählt das Projekt Hochwasserschutz: Wir haben heuer ein Hochwasserschutz-Vorhaben begonnen, das man ohne weiteres als Jahrhundert-Projekt bezeichnen kann. Das Rückhaltebecken im Bereich Dorningerbach ist bereits so gut wie abgeschlossen. Dieses Bauwerk wird die Hochwassergefahr im Bereich des Baches entscheidend verringern und kostet insgesamt 400.000,-- Euro, die Stadt beteiligt sich daran mit 20 Prozent oder etwa 80.000,-- Euro. 80 Prozent der Kosten werden vom Land Oberösterreich abgedeckt. Das Schutzprojekt am Ramingbach im Bereich Haratzmüllerstraße bis zur Stadtgrenze ist bereits beauftragt und in Arbeit. Die Stadt wird vorfinanzieren. Begonnen hat auch schon der Bau des Schutzdammes entlang des Gsangwassers gegenüber dem Steinbruchweg. Der Damm soll verhindern, dass die Steyr bei Hochwasser zwischen Kugelfang und Kalkofenbrücke ins obere Eysnfeld eindringen kann. Die Kosten für dieses Projekt: 100.000,-- Euro, der Beitrag der Stadt: 20.000,-- Euro. Im Universitäts-Institut für Hydraulik in Wien im Haus Muthgasse wird gerade ein etwa 30 Meter langes Modell der Steyr-Au gebaut. Anhand dieses Modells wird probiert, wie sich ein Entlastungsgerinne für die Steyr und die Hochwasser-Situation in unserer Stadt auswirken wird. Dieses Gerinne ist im Bereich Himmlitzer Au geplant und soll als Geschiebefang funktionieren.

Im Bereich Zwischenbrücken wird demnächst der Steinwurf beim Mittelpfeiler der Ennsbrücke entfernt. Diese Maßnahme wird bei einem hundertjährigen Hochwasser den Wasserstand um etwa 30 Zentimeter im Bereich Untere Kaigasse/Stadtplatz verringern. Der Auftrag ist bereits erteilt, die Arbeiten werden nach den Weihnachtsfeiertagen beim nächsten Niedrigwasser der Enns durchgeführt. Ein Absenken des Flussbettes im Bereich der Rederinsel, eine Aufweitung des Innenbogens gegenüber der Ramingbach-Mündung und eine Verkleinerung der Ennsinsel zwischen Münichholz und Ufergasse ergeben laut Machbarkeitsstudie eine Gesamtabsenkung von 80 Zentimetern bei Zwischenbrücken im Fall eines hundertjährigen Hochwassers. Das generelle Projekt zur Planung dieser Maßnahmen ist heuer in Auftrag gegeben worden, es wird Anfang 2006 vorliegen. Nach den heurigen Hochwasser-Ereignissen haben unsere Flüsse wieder vermehrt Schotter abgelagert. Deshalb ist im Mitterwasser der Steyr bereits ausgebaggert worden, im Bereich Steyrmündung werden die Ablagerungen im kommenden Jänner entfernt. Die Grundlagen für den neuen Gefahrenzonen-Plan der Stadt Steyr liegen seit kurzem vor. 2006 wird der Gefahrenzonen-Plan neu erstellt.

In Zusammenhang mit dem Hochwasser steht auch der Neubau der Kupferhammer-Falle. Das Bauwerk ist im August 2002 von den Wassermassen schwer beschädigt worden. Im November 2005 haben die Arbeiten für den Neubau der Falle bei der Direktionsbrücke begonnen. Das Vorhaben kostet etwa 585.000,-- Euro, es wird im April 2006 abgeschlossen.

Im Straßenbau haben wir im vergangenen Jahr sehr viel erledigen können. Die größten Projekte waren dabei die Errichtung des Kreisverkehrs bei der Nordspange, an der sich die Stadt mit etwa 340.000,-- Euro beteiligt hat und die Sanierung der Punzerstraße und Penselstraße, für die wir rund 272.000,-- Euro ausgegeben haben. Beim dritten Teil der Generalsanierung der Schönauerbrücke ist der oberwasserseitige Randbalken erneuert und auf drei Meter verbreitert worden. Auch Radfahrer können ihn jetzt benutzen. Außerdem haben wir den Fahrbahnbelag auf der Brücke und in den Anschlussbereichen erneuert. Baukosten: 358.500,-- Euro.
In Steyr ist heuer auch ein neues, modernes Tierheim errichtet worden. Auf dem Gelände des alten Tierheims ist das Gebäude mit einer Nutzfläche von 580 Quadratmetern gebaut worden. Die Gesamtkosten für den Neubau betrugen rund 1,2 Millionen Euro. Die Stadt hat 18 Prozent dieser Kosten und zusätzliche Arbeitsleistungen übernommen.

Fixiert wurde heuer, dass die neue Musikschule im Jahr 2007 im Reithoffer-Gebäude errichtet wird. Der Finanzierungsplan mit den zuständigen Referenten des Landes ist ausverhandelt. Das Ergebnis: Jeweils ein Drittel des 5,8 Millionen-Euro-Projektes bezahlen die Kulturabteilung des Landes und das Gemeinde-Ressort des Landes. Ein Drittel muss die Stadt Steyr beisteuern. Auch der Ausbau des zweiten Amtsgebäudes und des Stadtarchivs im Reithoffer-Gebäude ist auf Schiene. Der Bau des zentralen Stadtarchivs und die Adaptierung von Proberäumen werden vom Land zusätzlich mit 240.000,-- Euro gefördert. Die Gesamtkosten für diese beiden Projekte betragen etwa 1,1 Millionen Euro. Für den Kauf des Reithoffer-Gebäudes bekommt die Stadt rückwirkend vom Gemeinderessort des Landes eine Förderung in der Höhe von 200.000,-- Euro. Einem Baubeginn im Jahre 2007 steht somit nichts mehr im Weg. Schon im nächsten Jahr werden die Planungen vorangetrieben.

Wichtig für Steyrs Zukunft ist auch das nun aktualisierte Verkehrskonzept.
Vor kurzem haben Mitarbeiter der Technischen Universität Graz dieses Konzept an die Stadt Steyr übergeben. Die Stadt hat schon in den Jahren 1989 bis 1993 vom Ingenieurbüro Stickler ein

umfassendes Verkehrskonzept ausarbeiten lassen. Da sich die Verkehrsprobleme in Steyr in den vergangenen zehn Jahren geändert und zum Teil verschärft haben, haben wir bereits im Sommer 2003 die TU Graz beauftragt, das Verkehrskonzept zu aktualisieren. Das nunmehr fertig gestellte Gesamtverkehrskonzept Steyr 2005 ist ein Strategiekonzept, das sowohl den Fußgänger- und Radverkehr, als auch den Öffentlichen Verkehr und den privaten Kraftfahrzeugverkehr behandelt; für den Bereich Wehrgraben ist ein spezielles kleinräumiges Konzept erarbeitet worden. Bei der Arbeit am neuen Verkehrs-Konzept ist auch die Steyrer Bevölkerung miteinbezogen worden. Durch Befragungen haben wir einen guten Überblick über die Wünsche und die Einschätzungen der Steyrerinnen und Steyrer zum Thema Verkehr und Verkehrsinfrastruktur gewonnen.

Ein paar Sätze möchte ich zum Projekt Tiefgarage im Stadtzentrum sagen:
Auf die Bedingungen der möglichen Betreiber konnte die Stadt nicht eingehen. Ich wollte mich als Finanz-Referent nicht auf Kosten der Steyrer Bürger auf ein Finanz-Abenteuer mit ungewissem Ausgang einlassen.
Das gesamte Tiefgaragen-Projekt hätte für die Errichter-Gesellschaft etwa 6,2 Millionen Euro gekostet. Der Beitrag, den die Betreiber von der Stadt forderten, betrug 1,7 Millionen Euro plus jährlich auf unbestimmte Zeit etwa 260.000,-- Euro aus den Einnahmen der Parkraum-Bewirtschaftung im Bereich Ennskai. Die Fachleute im Magistrat schätzen, dass außerdem Kosten in der Höhe von etwa 1,5 Millionen Euro für Zufahrten und Verbesserungen im Stadtplatz-Bereich für die Stadt entstanden wären. Dazu kommt noch, dass die Stadt den Stadtplatz für das Tiefgaragen-Vorhaben kostenfrei zur Verfügung stellen hätte müssen. Auch wenn man die Stadt nach 15 Jahren an den Parkhaus-Einnahmen beteiligt hätte, wäre dieses Projekt für die Stadt immer ein Zuschuss-Projekt geblieben.
Die Stadt wird eine Parkgarage weder bauen noch betreiben. Wir suchen aber weiterhin potenzielle Betreiber und zeigen Möglichkeiten auf, wo Parkgaragen gebaut werden können.

Ich möchte auch erwähnen, dass wir im Sozialbereich sehr viel weitergebracht haben und unserem Ruf als soziale Musterstadt im heurigen Jahr wieder gerecht werden konnten.
Unter dem Motto „Steyr – soziale Zukunft aktiv gestalten“ ist unter anderem das von Steyrer Sozial-Einrichtungen erarbeitete soziale Leitbild der Stadt Steyr vom Gemeinderat beschlossen worden. Mit diesem Werk hat man eine Basis geschaffen, auf der nun weitere strategische Entscheidungen im Sozialbereich getroffen werden können. Für die Politik ist das soziale Leitbild eine sehr wertvolle Hilfe. Es wird wie ein Kompass verwendet, der die Richtung anzeigt, in die man sich bewegen muss. Mit dieser Arbeit wird aber auch eindrucksvoll bestätigt, wie vielfältig und leistungsfähig die Steyrer Sozial-Szene ist.
Zu den wichtigsten Vorhaben im Sozialbereich Steyr zählt das Projekt „Betreubares Wohnen“ in Münichholz. Die Anlage mit 30 modern ausgestatteten Wohnungen wird von der GWG der Stadt Steyr gleich neben dem Alten- und Pflegeheim Münichholz errichtet. Das heißt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner auch das umfassende Angebot des Alten- und Pflegeheims nützen können.
Dieses Konzept ist zukunftsweisend und optimal an das Sicherheitsbedürfnis der älteren Generation angepasst. Die Wohnanlage soll bis Herbst 2006 fertig sein.

In Zusammenhang mit den Leistungen im Sozialbereich möchte ich auch das Lift-Nachrüstprogramm der GWG erwähnen.
Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat die GWG insgesamt 39 Wohnhäuser mit Lifteinrichtungen ausgestattet, allein heuer sind für die Nachrüstung mit Liften 2,3 Millionen Euro ausgegeben worden. Diese Lifteinrichtungen sind sehr wichtig, sie tragen dazu bei, dass speziell älteren oder behinderten Menschen das Alltagsleben erleichtert wird und dass diese Menschen länger in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.

Ich habe schon eingangs erwähnt, dass die Erstellung des Zahlenwerks für 2006 nicht einfach war. Ein großes Problem ist dabei die immer weiter zu unseren Ungunsten auseinander klaffende Schere bei den Landestransfers. Ich möchte Ihnen diese Entwicklung anhand einiger Zahlen verdeutlichen. Im Jahr 2003 haben wir bei den Landestransfers im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt 7,48 Millionen Euro eingenommen und 14,36 Millionen Euro ausgegeben. Das bedeutete ein Minus von 6,88 Millionen Euro. Dieses Minus wächst und wächst. Im Jahr 2004 auf 8,63 Millionen Euro, im Jahr 2005 auf 8,84 Millionen Euro und im nächsten Jahr erwarten wir eine Belastung von 10,52 Millionen Euro. Das ist die ganz wesentliche Veränderung.

Betrachtet man die Entwicklung der Ertragsanteile des Bundes, sieht man eine für die Stadt Steyr ebenfalls ungünstige Tendenz. Im Jahr 2002 haben wir 32,6 Millionen Euro bekommen, im Voranschlag für 2006 scheinen 32,8 Millionen Euro auf. Das bedeutet: Im Jahr 2002 bedeckte dieser

Betrag 38,8 Prozent des ordentlichen Haushalts, im Jahr 2006 nur noch 35,8 Prozent. Also auch in diesem Bereich müssen wir ein deutliches Gefälle zur Kenntnis nehmen.

Es gibt aber auch ein weiteres Problem, dass alle österreichischen Städte betrifft, und das natürlich auch in Steyr stark zu spüren ist: Die Zahl der Menschen, die eine sogenannte einmalige Sozialhilfe-Leistung beziehen, steigt dramatisch an. Ein Vergleich: Im Juli 2001 haben die Mitarbeiter der Sozialabteilung im Magistrat 35 Sozialhilfe-Bezieher betreut, im Juli 2005 waren es bereits 151. Parallel zu der Zahl der Sozialhilfe-Bezieher steigen auch die Kosten. So rechnen wir heuer mit etwa 740.000,-- Euro für einmalige Sozialhilfe-Leistungen. Im Jahr 2001 waren es noch 143.248,-- Euro. Die Kosten haben sich also innerhalb von vier Jahren verfünffacht. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, wo die Probleme unserer Stadt herrühren. Die Gründe für diese Entwicklung im Sozialbereich: Es wird für Sozialhilfe-Bezieher immer schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden, außerdem suchen immer mehr Bezieher von geringfügigen Notstandshilfen um Aufzahlung auf den Sozialhilfe-Richtsatz an.

Ich möchte nun einige Teilbereiche des Budgets 2006 betrachten und dabei gerade rücken, was in der Öffentlichkeit verzerrt dargestellt oder falsch berechnet worden ist.
Zum Schuldenstand: In den Medien sind die Stadtschulden mit Gesamtschulden verglichen worden, was finanztechnisch und mathematisch natürlich unzulässig ist. Die Gesamtschulden umfassen die Schulden der Stadt inklusive die der ausgelagerten Bereiche, bei den Stadtschulden wird die finanzielle Situation der ausgelagerten Betriebe nicht berücksichtigt. Tatsache ist: Die Stadtschulden betrugen Ende 2004 47,8 Millionen Euro, sie werden im Budget 2006 mit 62,7 Millionen Euro beziffert. Die Gesamtschulden betrugen Ende 2004 63,1 Millionen Euro, im Budget 2006 sind Gesamtschulden in Höhe von 76,8 Millionen Euro ausgewiesen. Der Schuldenstand steigt deshalb, weil – wie schon erwähnt - die Schere bei den Transferzahlungen immer weiter zu Ungunsten der Stadt aufgeht, und weil sich die Großprojekte Seniorenzentrum Münichholz sowie Stadthalle auch heuer auf den Stadthaushalt auswirken.

Zu den Rücklagen: Auch hier hat Stadtrat Mayrhofer versucht, auf unzulässige Weise mit Zahlen zu jonglieren. Tatsache ist: Im Rechnungsabschluss für das Jahr 2004 sind 8,75 Millionen Euro Rücklagen ausgewiesen. Die aktuelle Situation für das Jahr 2005 zeigt der Nachtrags-Voranschlag mit 7,2 Millionen Euro. Im Voranschlag für 2006 sind 3,42 Millionen Euro an Rücklagen vorgesehen. Die Zahl 1,2 Millionen Euro, die kolportiert worden ist, ist nicht mehr aktuell, sie ist durch den Nachtrags-Voranschlag 2005 korrigiert worden. Der Abgang für das Jahr 2006 reduziert sich demnach von 3,8 auf 3,7 Millionen Euro. Als Begründung für die sinkenden Rücklagen gelten die selben Tatsachen wie für den steigenden Schuldenstand.

Zu den Zinsen: Wir hatten 2004 ein günstiges Zinsniveau, aber in der jetzigen Phase müssen wir ein Ansteigen der Zinsen zur Kenntnis nehmen. Die Europäische Zentralbank hat vor kurzem die Leitzinsen um ein Viertel Prozent erhöht. Es ist zu erwarten, dass auch unsere Banken nachziehen werden. Diese Zinserhöhung müssen wir natürlich einkalkulieren. Rein mathematisch wirkt sich eine Erhöhung der Zinsen um ein Viertel Prozent mit 25 Prozent auf unseren Zinsaufwand aus. In absoluten Zahlen bedeutet die in den Medien veröffentlichte Zahl von 71 Prozent Erhöhung eine Steigerung von 564.000,-- auf 966.000,-- Euro. Derzeit haben wir mit durchschnittlich einem Prozent ein sehr niedriges Zinsniveau, seriöserweise muss eine Erhöhung natürlich ins Budget eingerechnet werden.

Zu den Personalkosten: Ich habe schon erwähnt, dass wir den Anteil der Personalkosten am ordentlichen Budget des heurigen Jahres durch den Nachtrags-Voranschlag von 27,75 Prozent auf 26,65 Prozent gesenkt haben. Diesen guten Wert werden wir auch im Voranschlag 2006 beibehalten. Konkret sind für Personalaufwendungen im Voranschlag 2006 24,2 Millionen Euro budgetiert, das sind exakt 26,45 Prozent des gesamten ordentlichen Haushalts.

Meine Damen und Herren, grundsätzlich ist das Budget immer eine Vorschau, erst der Rechnungsabschluss zeigt den tatsächlichen Ablauf des Finanzjahres. Wir erwarten 2005 einen ausgeglichenen Haushalt und wir haben auch die Situation für das kommende Jahr trotz schwieriger Wirtschaftssituation gut im Griff. Natürlich haben wir auch für 2006 vorsichtig budgetiert, immer mit einem genauen Blick auf die Kostenstruktur.
Das umfangreiche Zahlenwerk für das kommende Jahr ist der finanzielle Leitfaden, der nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde und in dem – davon bin ich überzeugt - kein Projekt, kein Vorhaben enthalten ist, das nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist.
Deshalb darf ich Sie ersuchen, diesem Budgetvorschlag mit möglichst breiter Mehrheit zuzustimmen.

17) Fin-100/05 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2006

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2006 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von EURO 90.405.600,--

und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von EURO 12.345.600,--

ausgeglichen – im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvorschlägen ausgewiesen sind – festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen „Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages“.
b) Die „Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2006 – 2008“ mit Einnahmen bzw. Ausgaben im ordentlichen Haushalt in der Höhe von EURO 86.550.100,-- bzw. EURO 90.405.600,-- im Jahr 2006, EURO 88.351.500,-- bzw. EURO 92.362.000,-- im Jahr 2007 und EURO 90.265.500,-- bzw. EURO 94.416.000,-- im Jahr 2008 sowie Vorhaben im mittelfristigen Investitionsplan in der Höhe von EURO 12.345.600,-- im Jahr 2006, EURO 14.953.300,-- im Jahr 2007 und EURO 17.313.300,-- im Jahr 2008.
c) Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt EURO 18.392.400,--, der Investitionsplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von EURO 2.884.700,--, der Wirtschaftsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt EURO 4.839.373,05, der Wirtschaftsplan des Alten- und Pflegeheimes Münichholz mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt EURO 4.390.600,--, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben:

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 500 v. H.

Grundsteuer B für andere Grundstücke 500 v. H.

ABÄNDERUNGSANTRAG

der nachfolgend unterfertigten im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Fraktionen

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2006

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, Fin-100/05, Mag.Le/ha, beschlossen in der Sitzung des Stadtsenates vom 10.11.2005, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2006 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 90.405.600,-- mit EURO 91.458.900,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

sowie im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 12.345.600,-- mit EURO 12.661.100,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen festgestellt.

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinem Fall möglich sind.

Weiters werden sämtliche andere sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2006 genehmigt.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlages für das Rechnungsjahr 2006 bleiben unverändert.

Für die SPÖ-Fraktion

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass fünf Erinnerungen zum Budget 2006 eingebracht worden sind, es geht dabei um das Thema Tiefgarage, um das Integrationszentrum Paraplü und um Themen aus dem Kultur- und Baubereich. Wir werden darüber hier und heute im Gemeinderat noch Gelegenheit haben zu diskutieren.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich bitte Sie schon Herr Bürgermeister, diese Erinnerungen zu konkretisieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Sie müssen nicht verlesen werden, aber wenn Sie wollen, kann ich sie noch einmal vorlesen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, aber zumindest worum es inhaltlich geht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, das kann ich noch einmal bringen, das ist kein Problem.
Eine Erinnerung gibt es zum Thema Kulturverein Röda, wo dieser die Erinnerung zur Anhebung der Kulturausgaben generell einfordert. Er sagt dann in der Erinnerung an unseren Antrag: „Mit 50.000,-- Euro sollte aus seiner Sicht budgetiert werden."
Dann gibt es eine Erinnerung zum Thema Paraplü: „Ich möchte Sie erinnern, dass Caritasdirektor Mühlberger im Schreiben vom .... ersucht hat, die Subvention für das Jahr 2006 auf 15.000,-- Euro zu erhöhen."
Eine Erinnerung Hotel Minichmayr zum Thema Citygarage: „Der Stadtkern ist in seiner wirtschaftlichen Existenz bereits seit Jahren aufs Höchste bedroht.", und die Folgen für die Zukunft, falls nicht in absehbarer Zeit etwas passiert.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ist das sinngemäß oder wortwörtlich?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wortwörtlich sind es ja Seiten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich meine, es geht ja um den Inhalt und den hat der Herr Bürgermeister jetzt dargestellt, um was es geht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Eine Erinnerung habe ich da, wo steht: „Ich möchte auf eine ganz einfache und billige Variante hinweisen. Bei der Parkgarage, gegenüberliegend der Ennsleite, beim Paddlerhaus unter der Dukartstraße; ohnehin sanierungsbedürftig; auf mehrere Ebenen einfach halboffene Stellplätze zu errichten mit Begrünung. Einbahnauffahrten und somit Anbindung an die Umfahrungsstraße wären leicht zu erstellen, Errichtung einer breiten Fußgängerbrücke in der Nähe der vorhandenen Gehsteigunterführung bei der Post." Da beschreibt er noch einmal die Vor- und Nachteile, aber der sagt, er ist z. B. für die Errichtung einer Parkgarage im Dukartstraßenbereich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das waren jetzt die ganzen Erinnerungen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das waren jetzt die Erinnerungen und inhaltlich habe ich sie dargestellt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich bitte Sie zu entschuldigen, dass ich mich als erste zu Wort melde und nicht das normalerweise übliche Ritual einhalte, dass sich die stimmenstärkste Fraktion und dann abgeschwächt zu Wort meldet. Einfach deshalb, weil ich Sie um Verständnis dafür bitte, dass ich auch noch einen sogenannten Brotberuf habe und heute um 16.00 Uhr Elternsprechtag habe, meiner diesbezüglichen Verpflichtung seitens der Schule natürlich nachkommen möchte und deshalb meine Wortmeldung vorziehe. Herr Bürgermeister, ich muss ehrlich gestehen, das was ich mir im Vorfeld überlegt habe, zu diesem Budget zu sagen, werde ich hintan halten. Einfach deshalb, weil ich mir denke, es wird andere Kollegen hier herinnen geben, die diese Themen noch zur Sprache bringen, mir ist ad hoc etwas anderes viel wichtiger. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich bin betroffen darüber, wie man mit Bürgeranliegen in dieser Stadt umgeht. Dass man mit Gemeinderatsanliegen so umgeht, das habe ich inzwischen schon gemerkt, mit den einfachen Mandataren, das ist auch heute in der Ursprungssitzung schon spürbar geworden, auch von anderen Kollegen, aber dass man nicht einmal diese wenigen Erinnerungen, die 5, die Sie erwähnt haben, tatsächlich zur Sprache bringt – denn hätten wir jetzt nicht einen Zwischenruf gemacht, hätten Sie nur diese Eingangsbemerkung gemacht, es sind ein paar Erinnerungen zum Thema A, B, C gekommen und das war es schon. Natürlich weiß ich schon, dass diese laut Statut nicht verlesen werden müssen, im Statut steht nur drinnen, sie müssen in der Debatte berücksichtigt werden. Nur ergibt sich aus dem Tatbestand, dass man es berücksichtigen soll meines Erachtens schon, dass man es vorher weiß, denn ich kann nur etwas berücksichtigen was ich weiß. Ich denke mir schon, dass es selbstverständlich sein müsste, dass man diese Erinnerungen verliest; und wenn sie schon so umfangreich sind, es waren 5 haben Sie gesagt Herr Bürgermeister, wenn man die schon nicht verliest, dann zumindest im Vorfeld so exzerpiert, dass der wesentliche Inhalt sichtbar wird und man nicht einfach so drüber hinwegfährt. Aber es sagt sehr viel darüber aus, denke ich mir, wie man mit dem Bürger umgeht. Auf der anderen Seite hat man sehr wohl Zeit über die Bundesregierung zu reden und über irgendwelche Entwicklungen, man müsste fast schon den Eindruck kriegen, da wird demnächst jemand in den Nationalrat weggelobt, weil wir uns eigentlich schon mehr auf Nationalratsebene befinden, als im Steyrer Gemeinderat. Aber wie gesagt, Herr Bürgermeister noch einmal, ich würde Sie wirklich bitten, in Zukunft solche Erinnerungen ernst zu nehmen, weil dass nur 5 gekommen sind und nicht mehr, hat ja auch den Grund darin, dass dieses Instrument der Bürgerbeteiligung kaum bekannt wird, auch seitens der Stadt Steyr nicht bekannt gemacht wird. Man wird weder im Amtsblatt darauf hingewiesen, dass man die Möglichkeit hat, diese Erinnerungen einzubringen, man wird nicht auf der Homepage der Stadt Steyr darauf hingewiesen, sondern man hofft ganz einfach, der Bürger weiß dieses Recht eh nicht und dann bringt er auch keine ein. Wenn dann einmal 5 eingebracht werden, dann fegt man es eigentlich fast vom Tisch, indem man es nur ganz kurz einmal erwähnt und nicht einmal inhaltlich darauf eingeht. Ich finde das gegenüber dem Bürger wirklich höchst blamabel.
Es scheint aber auch nicht zu interessieren, was die Bürger wirklich wollen. Anscheinend wird dieser Gemeinderat immer mehr – und das wage ich jetzt zu behaupten, nachdem ich 8 Jahre da herinnen sitze – zum Selbstzweck, aber immer mehr geht der Blick darauf verloren, was sind die Bedürfnisse der Menschen draußen, wie weit sind sie betroffen von diesen Entscheidungen, die hier herinnen getroffen werden und ich muss schon sagen, Herr Bürgermeister, wenn Sie – ich kann es wirklich nicht mehr hören, entschuldigen Sie, aber ich kann es nicht mehr hören – ständig Steyr als die soziale Musterstadt zitieren und im selben Atemzug sagen Sie, dass es immer mehr Sozialhilfebezieher gibt, dann stimmt das. Nur, diese Sozialhilfebezieher werden ja auch gemacht und sie werden nicht nur durch die Bundesregierung gemacht, sondern die werden auch durch die Stadt selbst gemacht, weil schauen sie bitte, was die Stadt Steyr ...

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das ist ja unglaublich, so ein Blödsinn!

Unverständlicher Zwischenruf von GR Gerald Hackl

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Kollege Hackl, es sei Ihnen unbenommen, eine andere Meinung als ich zu vertreten, aber zu einem Mandatar, der eine Kritik anbringt, sofort zu sagen, er ticke nicht mehr richtig, bedeutet für mich

eigentlich auch, dass es in diesem Haus nicht einmal mehr eine gewisse Gesprächskultur gibt, die früher zumindest hier herinnen war, dass man seine Meinung sagen kann, ohne persönlich attackiert zu werden, ohne dass man ins Lächerliche gezogen wird, oder dass man einem gleich die Psychiatrie androht. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, die Mehrheit zu haben, heißt nicht immer unbedingt Recht zu haben. Ich glaube, es sollte ein Grundprinzip menschlicher Kommunikation sein und gerade auch in einem Gemeinderat, in einer öffentlichen Sitzung, dass man den anderen ausreden lässt. Sie haben jederzeit die Möglichkeit dagegen etwas zu sagen, das sei Ihnen unbenommen, aber wenigstens eine Meinung gelten zu lassen und nicht bevor man überhaupt noch etwas gesagt hat, nur angehoben hat, etwas zu sagen ...

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Ich werde Sie daran erinnern, wenn Sie den nächsten Zwischenruf machen. Aber ich entschuldige mich, wenn Sie sich angegriffen fühlen, das habe ich nicht gewollt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Herr Kollege Hackl, ich halte das aus, aber ich sage es nicht nur für mich, sondern ich sage es auch für die anderen Kollegen in diesem Gemeinderat, weil ich denke mir, jeder hier herinnen hat das Recht, seine Meinung zu sagen. Gerade wenn Sie sich heute – und der Herr Bürgermeister hat es erwähnt – die Sozialszene in Steyr ansehen, die sehr stark ist, Gott sei Dank ist sie stark und Gott sei Dank wird sehr viel von dem abgefedert, über private Institutionen, die es in dieser Stadt gibt, die sich sehr stark engagieren. Nur Faktum ist auch, Herr Bürgermeister, dass wir unsere Gebühren, unsere Tarife in all den letzten Jahren extrem angehoben haben und damit auch vieles verbunden ist. Wenn Sie jetzt beispielsweise daran denken, im Bereich der Mieten, die steigen und das ist für sozial Schwächere sehr wohl eine Hürde, oder Kanalgebühren, Wassergebühren, Bustarife, egal was, wir haben alles erhöht. Das etwas teurer wird, ist schon klar, aber eines ist auch klar, die Menschen verdienen real nicht mehr, sondern zum Teil weniger ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Und daran ist die Stadt Schuld?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Es gibt eine Reihe von Faktoren, aber die Stadt hat auch ihren Beitrag dazu geleistet, man kann nicht sagen, dass die Stadt da überhaupt heraußen ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich höre schon auf damit, weil ich stoße bei Ihnen ohnehin auf taube Ohren. Es ist auch klar, Herr Kollege, weil man es im Endeffekt nicht hören will und man will es deshalb nicht hören, weil der eine oder andere vielleicht doch weiß, dass an dem etwas dran ist, was ich sage. Nur warum wollen Sie es nicht hören, weil Sie sich im Endeffekt inzwischen eine Realität aufgebaut haben, zum Teil eine, die auch wirklich hier herinnen geglaubt wird. Es entwickelt sich alles so toll, das mit den Schulden stimmt ja gar nicht. Dass jeder Steyrer inzwischen mit rund 2.000,-- Euro verschuldet ist, nämlich verschuldet ist aufgrund der Schulden der Stadt, das wird irgendwie negiert.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wegen 2.000,-- Euro?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ungefähr, also so locker überschlagen würde ich sagen, um die 2.000,-- Euro ist jeder Steyrer inzwischen verschuldet, das ist nicht wenig. Die Rücklagen, die wir inzwischen haben, die liegen – in Schilling noch, weil ich glaube, da wird es etwas sichtbarer – bei 13 bis 15 Mio. Schilling, wahrscheinlich geschätzt im Jahr 2007. Das ist nicht wirklich viel für die Stadt Steyr, aber das will man natürlich nicht hören, weil man sich eine eigene Realität aufbaut und darum will man auch diese Erinnerungen der Bürger nicht hören. Das alles hat ein gewisses System. Wenn ich jetzt wirklich das alles so hinnehmen würde, Herr Bürgermeister, wie Sie das jetzt gesagt haben, es entwickelt sich alles so toll, es ist ja alles wunderbar, Steyr ist die Kulturstadt, die soziale Musterstadt ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das hat er nicht gesagt!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Doch, das hat er gesagt. Dann frage ich mich schon, warum in diesem Budget Dinge drinnen sind, oder nicht drinnen sind, wie beispielsweise ein Sommerhort der Drehscheibe, der gestrichen wird, den man sich anscheinend nicht mehr leisten kann, oder leisten will. Warum Straßensanierungen nicht in dem Ausmaß durchgeführt werden können? Gerade wenn Sie sagen, Steyr als Kulturstadt – wir haben letztens Kulturausschuss gehabt – nächstes Jahr Musikfestival, wird es wieder 2 Veranstaltungen im Alten Theater geben, schauen Sie sich bitte den Straßenzustand vor dem Alten Theater an. Den bekommen dann aber sehr wohl auch jene mit, die extra für diese musikalischen Veranstaltungen nach Steyr kommen. Wir können uns diese umfassende Straßensanierung nicht mehr leisten.
Beleuchtung: Wir können uns eine Beleuchtung Ennskraftmeile, Steinwändweg nicht mehr leisten. Wir überlegen, die Straßenbeleuchtung sogar zu reduzieren, damit es letztlich früher finster bzw. später hell wird. Ist so etwas wirklich notwendig, wenn sich die Finanzen ohnedies so gut entwickeln? Wenn wir ohnedies eine so große Vorbildwirkung haben? Dass wir in Zukunft überlegen, dass das Amtsblatt nicht mehr von der Homepage herunter ladbar sein soll, weil das zu viele Kosten verursacht; dass man nicht einmal mehr das Volkshochschulprogramm dem Amtsblatt beilegt, weil das zu teuer kommt. Das kann doch nicht sein, dass ich bereits in diesen Bereichen sparen muss, wenn sich auf der anderen Seite alles so toll entwickelt. Das kann es doch wirklich nicht sein, Herr Bürgermeister. Es gäbe zu diesen Punkten noch sehr viel zu sagen, eines aber nur abschließend. Ich habe in dieser Stadt immer mehr den Eindruck, dass der Bürger immer weniger zählt, die Mandatare immer weniger zählen, die Eigeninteressen immer mehr zählen und es im Prinzip eigentlich nur darum geht, die Macht, die man hat, auszubauen und für sich zu nutzen. Ich glaube, jeden hier herinnen sollte eigentlich bewusst sein, dass er von der Bevölkerung gewählt ist, um das Bestmögliche für die Stadt zu erreichen und nichts anderes. Die Diskrepanz dieser Schere, finde ich, geht immer mehr heraus und man merkt es auch im Umgang mit den Mandataren, mit den Bürgern und auch mit dem, was ich schlichtweg als Stillstand bezeichnen möchte. Herr Bürgermeister, Sie haben den Bereich Tiefgarage angesprochen. Ich glaube ja gar nicht mehr an eine Garage und unabhängig davon ob man findet, die ist wichtig oder nicht, ich würde mir einfach einmal erwarten, dass man sagt, ja, wir wollen eine, oder nein, wir wollen keine. Weil jetzt ist die Situation, dass man sagt, ja wir zeigen Betreibermöglichkeiten auf, nur sehr viele andere Dinge passieren gar nicht, mit dem Verweis auf die Garage. Solange jetzt diese Garage am Stadtplatz ein Thema war, hat es geheißen, wir können nicht darüber nachdenken, über Parkraumoptimierung, weil jetzt müssen wir abwarten, was mit der Garage ist. Wir können nicht weiter machen in Richtung Stadtplatzgestaltung, weil dann wird ja vielleicht für die Garage aufgegraben. So, jetzt ist die Garage Stadtplatz vom Tisch, jetzt sind wir plötzlich beim Garagenprojekt Dukartstraße. Jetzt wird das Nächste sein, wir müssen wieder abwarten, was da passiert usw., das heißt, viele Dinge passieren nicht mehr. Wir haben unzählige Schubladenkonzepte, wenn nur 10 % von diesen Konzepten realisiert werden würden, wäre ich schon sehr froh, aber nicht einmal diese 10 % werden realisiert. Diese ganzen Jahrhundertprojekte, wo sind sie denn? Aufstiegshilfe Tabor, Steg über die Enns, Restschule ...

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Volksschule Resthof; darum sage ich ja Restschule, weil es wird ja nie eine geben, es ist ein Rest von Hoffnung der bleibt, dass es sie irgendwann einmal geben wird. Wo ist das denn wirklich? Wenn man heute in einem Ausschuss die Frage stellt, wie geht es denn weiter im Bereich von verschiedenen Dingen, wie schaut es aus mit Folgekostenrechnungen usw.? Dann heißt es immer, das werden wir dann schon sehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das haben wir noch nie gesagt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Dieses, werden wir dann schon sehen, ist mir eigentlich etwas zuwenig und ist dieser Stadt auch nicht würdig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster bitte. Fangen wir heute von hinten an, Herr Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, werte Gäste. Diese Budgetvorlage für das Rechnungsjahr 2006 übertrifft alles bisher da gewesene. Aber nicht so sehr was die Höhe der

beiden Haushalte, nämlich des ordentlichen und des außerordentlichen Haushaltes betrifft, sondern vielmehr was den immer höher werdenden Abgang im ordentlichen Haushalt betrifft, was die Entwicklung des Schuldenstandes betrifft, auf die ich noch zu sprechen komme, und was die minimierte Rücklagensituation anlangt. Hier, Herr Bürgermeister, gehört schon sehr viel Mut dazu, von einer guten Budgetentwicklung zu sprechen. Da diese vorhin genannte Feststellung und Kritik bereits die ursprüngliche Ausgabe dieses Rechnungswerkes für 2006 betroffen hat, inzwischen gibt es ja einen Abänderungsantrag, der lediglich eine Erweiterung, aber keine Einsparung vorsieht, aber auch darauf werde ich noch zu sprechen kommen, habe ich beim ersten Budgetgespräch im Namen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion Einsparungen auf allen Ebenen verlangt, vor allen Dingen aber auch eine 15 – 20 %ige Kreditsperre für alle Subventionsnehmer. Ich habe auch sehr deutlich gemacht, dass man in dieser prekären Situation, in dieser prekären Finanzlage, in der sich die Stadt befindet, doch auch den Mut aufbringen müsste und auch den Vereinen reinen Wein einzuschenken und zu sagen, dass man gezwungen ist, ihre bisherigen Gaben zu reduzieren; weil diese mehr oder weniger in Größenordnungen von nicht gleich zurückzahlbaren Schulden sind, sondern daran werden auch noch spätere Generation zu knabbern haben. Oder aber, wenn man das nicht will, Bürgermeister Leithenmayr ist heute schon ein paar Mal zitiert worden, der hat es gemacht, es hat eine Verbesserung des Budgets gebracht, dann muss man eben andere Einsparungsmöglichkeiten finden, oder andere Möglichkeiten finden, die Stadtkasse mehr zu füllen. Selbstverständlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, soll dieses Einsparung auch so wie bisher für die politischen Fraktionen gelten. Wir haben ja für heuer bereits eine 10 %ige Kreditsperre beschlossen und das auch so zur Kenntnis genommen. In Anbetracht dieser schwierigen Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir daher auch auf ungedeckte Forderungen verzichtet. Wir haben keine Forderungen gestellt, die das Budget ausweiten würden, denn es wäre unfair, wenn man einerseits kritisiert, dass der Schuldenstand steigt, dass die Rücklagen sinken und auf der anderen Seite aber Forderungen stellt, die das Budget noch mehr verschärfen. Allerdings, das ist schon auch erstaunlich und ich habe auch bereits darauf hingewiesen, liegt es nun ja schriftlich vor, hat sich beim zweiten Gespräch mit dem Finanzreferenten herausgestellt, dass keinerlei Einsparungsmaßnahmen gesetzt werden, sondern im Gegenteil, dass man sogar bereit ist, diesen Haushalt, als Gesamtes gesehen, auszuweiten und Erhöhungen in Kauf zu nehmen. So wird unter anderem dem Museum Arbeitswelt anstelle von bisher € 109.000,-- nun € 180.000,-- gegeben, für den laufenden Betrieb. Ich möchte das schon sehr deutlich sagen, das hat mit den Umbauten nichts zu tun, sondern da geht es um den laufenden Betrieb. Aber ich kann mir schon vorstellen, warum man das macht, weil man sich nämlich ganz offensichtlich der Diskussion entziehen möchte, die es in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren gegeben hat. Denn es war schon erstaunlich, dass der Verein Museum Arbeitswelt zwar zur Kenntnis genommen hat, dass diese 109.000,-- Euro gegeben werden und am Ende des Jahres ist man draufgekommen, dass man mit diesem Geld nicht auskommt und hat dann entsprechend die Nachforderungen gestellt, ich brauche nicht näher auf die Größenordnungen eingehen. Da hat es auch sehr massive Kritik von SPÖ Mandataren gegeben, ich erinnere mich noch sehr gut, nämlich im Wissen, dass es ja für das Museum Arbeitswelt vonseiten des Bundes, vonseiten des Landes, vonseiten der Arbeiterkammer Unterstützungen gibt. Der Kollege Bremm hat mich jetzt so über den Brillenrand angeschaut, ich weiß schon, was er jetzt dann sagen wird, dass die Bundesförderungen entsprechend eingeschränkt wurden, und er wird auch die Größenordnungen nennen, nehme ich an, aber das wird schon seinen Grund haben. Aber warum macht das die Stadt nicht? Die Frage wird er mir dann vielleicht auch noch beantworten. Dennoch, wie gesagt, trotz dieser schwierigen Budgetsituation – ich bin der Letzte, der irgendjemanden etwas wegnehmen will – aber man kann und muss sich nach der Decke strecken und das wird in Zukunft immer schwieriger werden. Andererseits, ist auch recht erstaunlich, sind in der ursprünglichen Fassung des Budgets verschiedene Positionen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, nicht beinhaltet gewesen. Ich nenne auch nur ein paar Beispiele: Da geht es um das umfangreiche Verkehrskonzept, da sind jetzt € 70.000,-- berücksichtigt worden. Da hat sich offensichtlich der zuständige Referent Oppl dann doch durchgesetzt. Ursprünglich jedenfalls war nichts vorgesehen. Auch für die Drogenprävention – um ein zweites Beispiel zu nennen – war ursprünglich nichts vorgesehen. Jetzt hat man zumindest einen Anerkennungsbetrag, möchte ich sagen, eingesetzt. Aber von zukunftsweisenden Projekten, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie einer Tiefgarage, wie der Umgestaltung des Stadtplatzes oder des Grünmarktes ist weit und breit nichts zu sehen. Jedenfalls, aufgrund dieser Beurteilung, ergibt sich folgendes Bild, es wurde bereits darauf hingewiesen: Trotz ständiger Tarif- und Gebührenanhebungen beträgt der Abgang im ordentlichen Haushalt rund 4,5 Mio. Euro, in dem gelben Buch kann man noch 3,8 Mio. Euro nachlesen. Der um € 315.000,-- auf € 12.660.000,-- ausgeweitete außerordentliche Haushalt kann überhaupt größtenteils nur mehr durch eine Neuverschuldung abgedeckt werden. Von dem geringen Teil der noch verbleibenden Reste der Rücklagen, ich glaube das sind € 56.000,--, möchte ich gar nicht reden und näher darauf eingehen. Der Schuldenstand der Stadt, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Bürgermeister hat es

ja schon gesagt, ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Rücklagen, stimmt nicht.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich komme schon noch darauf, Herr Bürgermeister, was mit den Rücklagen so hin und her geschoben wird. Aber, der Herr Bürgermeister hat ja bereits darauf hingewiesen und hat es gesagt, was die Entwicklung des Schuldenstandes betrifft. Man kann aufgrund der Unterlagen sehr deutlich feststellen, dass vor 2 Jahren, nämlich 2004 dieser Schuldenstand noch 47,8 Mio. Euro betragen hat und er wird am Ende 2006 auf rund 62,55 Mio. Euro plus der Erweiterung, das sind 62,7 Mio. Euro ansteigen. Daran, an dieser Schuldenstandentwicklung, Herr Bürgermeister, wird sich auch nichts ändern, trotz der Ankündigung, dass der Rechnungsabschluss für 2005 etwas besser ausfallen wird. Es wird sich am Schuldenstand deswegen nichts verändern und das ist die dramatische Entwicklung. Denn um jetzt die Rücklagen anzusprechen, das ist ja der einzige Effekt, dass man jetzt durch diese Verbesserung zwar nicht mehr so viel Rücklagen braucht, um den ordentlichen Haushalt abzudecken, aber das ist an und für sich eine – ich möchte es banal sagen – hin und her Schieberei zwischen dem ordentlichen Haushalt und den Rücklagen. Wobei generell zu sagen ist, auch wenn es jetzt wieder um etwas mehr ist, die Rücklagen sind massiv gesunken, das kann man nicht in Abrede stellen, das ist so. Aufgrund dieser ständigen Entwicklung, nämlich Gebührenerhöhung und Tarifanhebungen in allen Bereichen einerseits, massive Erhöhung des Schuldenstandes, Auflösung der Rücklagen andererseits, keine echten Einsparungen; um doch in den nächsten Jahren Zukunftsprojekte angehen zu können, werden wir vonseiten der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion diesem Voranschlag für 2006 die Zustimmung verweigern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, nachdem ein Teil des vorhin von mir angesprochenen gelben Buches sich auch mit den Stadtwerken beschäftigt, möchte ich auch hier einige Anmerkungen machen. Auch in den Stadtwerken ist in mehreren Bereichen sehr deutlich eine geringere Ertragslage festzustellen. Besonders dramatisch entwickelt es sich im Betriebeverbund Gas und Verkehr. Durch die Gasliberalisierung einerseits, ich habe ja schon des öfteren gesagt, was ich von dieser Gasliberalisierung halte, ich möchte das auch heute noch einmal darlegen. In ein, zwei Sätzen ist das gesagt: Diese Gasliberalisierung dient lediglich dazu, dass man auf politischer Ebene ein Gremium beschäftigt, das sich teilweise mit sich selbst beschäftigt, sehr viel Geld kostet und nämlich den kleinen und mittleren Einkommensbezieher massiv belastet, durch eine höhere Tarifgestaltung und nur einigen wenigen Großabnehmern dient. Die Rechnung müssen allerdings dann die Kleinen bezahlen. Tatsache ist jedenfalls, dass aufgrund dieser Entwicklung hier in Steyr, Betriebeverbund Gas und Verkehr, durch dir geringer werdenden Einnahmen im Gaswerk die immer höher werdenden Ausgaben im Verkehrsbetrieb nicht mehr in dem Ausmaß abgedeckt werden können wie bisher und das bedeutet, dass das gute Angebot, das vonseiten der Stadtwerke im öffentlichen Verkehr geboten wird, sehr stark gefährdet ist. Daher halten wir es für unbedingt erforderlich – und ich habe ja die Möglichkeit mich am kommenden Montag in einer Verwaltungsausschusssitzung der Stadtwerke noch einmal mit dem Thema zu beschäftigen, weil wir diesbezüglich einen Antrag gestellt haben – dass sich die Stadtwerke als traditioneller Energielieferant ein neues Standbein sucht, um zu neuen Einnahmen zu kommen, beispielsweise eine Beteiligung an Biogasanlagen und das wäre durchaus eine Möglichkeit eine Verbesserung in diesem Bereich zu erwirken, um wie gesagt das gute Angebot im Verkehrsbetrieb in Zukunft nicht zu gefährden. Tatsache ist aber auch, und das habe ich heute auch bereits angesprochen, dass vom Wasserwerk für Bäder und Kunsteisbahn ein immer größer werdender Verlustersatz geleistet wird und der bereits, wie ich vorher schon gesagt habe, 10,7 Mio. Schilling nach dem alten Geld im Jahr 2006 ausmachen wird. Auf der anderen Seite hebt man die Tarife an, wir halten das für nicht gerechtfertigt, daher haben wir auch in der letzten Gemeinderatssitzung gegen diese Anhebung der Wasserbezugsgebühren gestimmt. An sich wäre das, was diese Verlustersätze betrifft, Sache der Stadt und das war auch bis vor einigen Jahren so, aber da hat der Herr Lemmerer, ich sage es auch sehr banal, den Herrn Direktor Zeilinger ordentlich über den Tisch gezogen, mit dem Tausch des Wasserschillings gegen den Verlustersatz. Der Kollege Lemmerer hat gut lachen, denn der hat ein gutes Geschäft gemacht, das ist schon in Ordnung wenn er lacht, aber mir ist da eher nicht zum Lachen zumute, denn dieser Wasserschilling hat etwa 3,5 Mio. ausgemacht und die Verlustersätze sind bereits bei 10,8 Mio. Schilling, wie ich auch bereits mehrmals gesagt habe. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Herr Kollege Bremm wird schon unruhig, aber ich höre nicht deswegen auf, sondern ich hätte schon noch einiges zu sagen. Aber ich möchte weitere Ausführungen, meine sehr geehrten Damen, Ihnen und mir heute ersparen und zwar deswegen, weil es ja noch nächstes Jahr sehr viele Möglichkeiten geben wird, wenn Anträge eingebracht werden, im

Zusammenhang dieses heute vorliegenden Budgets, sich zu Wort zu melden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Kurt bitte. Wir haben ja heute von hinten angefangen, weil die Frau Frech als Erste reden wollte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wenn ich eingeladen werde.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Bitte Herr Kollege, würdest du so nett sein.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Danke schön. Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich habe meinen Vorrednern ja andächtig gelauscht und ich könnte jetzt eigentlich die kürzeste Budgetrede halten, die wahrscheinlich jemals hier im Gemeinderat gehalten worden ist. Ich könnte sagen, wir sind dagegen, will Sie aber trotzdem noch ein bisschen informieren, wie zumindest die Grünen versucht haben, im Budget das Eine oder Andere, oder vieles noch so zu verändern, dass wir das Gefühl gehabt hätten – auch mit sämtlichen Sparmaßnahmen und finanzieller Situation der Stadt, Bund und Land etc. – unter dieser Prämisse wesentlichen Einrichtungen, wesentlichen Grundsatzbeschlüssen insofern Rechnung zu tragen, dass zumindest halbwegs ein Weiterleben gewährleistet gewesen wäre. Ich sage wäre, weil in Anbetracht dessen, was ich jetzt als Abänderungsantrag hier sehe, bin ich da nicht so zuversichtlich, dass das passiert. Vielleicht zum Anfang gleich ein Punkt, der auch schon in den Vorreden zu hören war, dass wir eine fast schon unübersichtliche Masse an Grundsatzbeschlüssen, Papieren und Untersuchungen einfach in der Tischlade haben, die wir schwer zeitverzögert herausziehen. Es ist ja so, dass ja das Verkehrsproblem in Steyr und die Maßnahmen, dieses Problem zu verbessern, ja durchaus als ein dringendes Anliegen für uns auf dem Tisch liegt. Der ursprüngliche Voranschlag, was die Umsetzung anbelangt, war ja auf Null gestellt. Jetzt frage ich mich, mir ist schon klar, dass wir nicht alles Geld der Welt haben, aber ein Problem in Steyr, das ständig immer wieder auftaucht, die Parkplatzgeschichte sowieso, das ist das, wie bekommen wir unseren Verkehr in Griff. Wie schaffen wir das in einer Stadt wie Steyr und ich denke mir, dass auch zu den vordringlichsten Maßnahmen gehören würde, auch diese Module, die wir unlängst im Grundsatzbeschluss beschlossen haben, auch umzusetzen. Wie gesagt, die waren auf Null gestellt und jetzt sehe ich, jetzt haben wir sozusagen die ursprüngliche Annahme Modul 2, 3, Fußgänger, Radfahrer, öffentlicher Verkehr, motorisierter Individualverkehr, jeweils € 200.000,--, das wären im Grunde genommen € 600.000,--. Jetzt kann man sagen, na gut, das ist ein bisschen viel, wer weiß, vielleicht können wir 2006 auch Teile umsetzen. Wenn man hingegen aber, und ich nehme an, dass das jetzt so pauschal angenommen ist, Herr Stadtrat Oppl, du hast jetzt da drinnen stehen € 70.000,--...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, auf € 90.000,--, das ist natürlich die Frage, ob du damit zurecht kommst. Da wünsche ich dir viel Glück

STADTRAT WALTER OPPL:
Da musst du aber die Beträge auch sehen, die schon übertragen sind.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Also das können wir ja vielleicht noch klären. Was uns auch ein Anliegen war, das ist das Gaswerkareal, weil da haben wir ja im Grunde genommen eine sehr aktive, ich will nicht sagen Bürgerbewegung, aber sehr aktive Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich um das Gaswerkareal Gedanken machen. Das ist auch gut so, denke ich mir, dass sich die Leute in ihrem Umfeld auch – ich sage jetzt einmal politisch – äußern und sagen, wir hätten diese und jene Vorschläge. Ich denke mir, als Stadtregierung ist man da ja nicht schlecht beraten, wenn man diese Stimme auch hört. Ist aber leider nicht so, ist auf Null gestrichen worden, ein Nutzungskonzept.

Schiffmeisterplatz: Ich kann mich an diese tolle Ausstellung erinnern, die wir hier gesehen haben, wo man gesagt hat, das ist jetzt einmal internationale Architektur, die wir da haben. Super, geht uns in Steyr ja irgendwie ein bisschen ab. Wenn wir so rundherum schauen, ist ja so manches nicht von einer europäischen Reife, was man so an Architektur hier sieht und das war damals auch ein wichtiger Schritt und ein Zeichen gegenüber der Öffentlichkeit. Sozusagen, wir öffnen uns und sagen,

wir laden uns Architekten ein, die uns so ein bisschen den Hauch der weiten Welt hineinbringen und außerdem brauchen wir ohnehin einmal ein Hotel und wie könnte das Ganze draußen ausschauen. Es ist immer nur so, dass ich oft so das Gefühl habe, man hängt ein Stück Zucker auf eine Schnur und dann bewegt man sich eine Zeit lang in diese Richtung, wo dieser Zucker hingehalten wird und auf einmal ist er weg. Also, von was sollen wir uns ernähren? Man kann nicht einerseits sagen, wir wollen hier irgendwie etwas ein bisschen moderner haben, wir machen uns Gedanken über diesen Platz und auf der anderen Seite sagt man, okay das war es dann. Schön anzusehen, aber leider nicht umsetzbar bzw. vorerst noch nicht. Eines der Themen, die uns immer wieder bewegen und bewegen sollte, ist der Stadtplatz. Stadtplatz im Aufbruch, eine schöne, zwar sehr mühsame, aber demokratisch wertvolle Einrichtung, dass sich die Bürger und Bürgerinnen beteiligen können. Ähnlich wie beim Gaswerk, haben wir gesagt, wir wollen endlich Geld haben für diese Maßnahme. Ein bisschen ein Geld, damit wir das umsetzen können, dass die Menschen, die sich hier an dem Leben dieser Stadt beteiligen, auch die Hoffnung nicht sinken lassen, dass das, was sie sozusagen an Beteiligungsarbeit geleistet haben, dass diese Arbeit auch ihren Niederschlag in der Stadtpolitik findet. Dass die Stadtpolitik und Politikerinnen hier herinnen auch ein Zeichen nach außen setzen. Gut, ihr habt euch stundenlang, tagelang, wochenlang, monatelang zusammengesetzt und jetzt versuchen wir in ersten Schritten, dass wir das umsetzen.

Das Museum Arbeitswelt war uns auch ein hohes Anliegen, ich sehe aber, dass im Voranschlag schon Beträge drinnen sind, darum kann ich mir das insofern jetzt ersparen.
Natürlich geht man im Budget her, hält nicht nur die Hand auf und sagt, das wollen wir haben, sondern man macht auch Vorschläge. So wie es jeder Fraktionsobmann oder Fraktionsobfrau mit einem Gutteil an Verantwortung macht, weil wenn man einerseits die Hand aufhält und auf der anderen Seite sagt, ich mache aber keine Vorschläge wie es unter Umständen billiger werden könnte, dann ist man, glaube ich, schlecht beraten.
Natürlich haben wir, und das ist heute ja schon ausführlich erörtert worden, mit den Staffelmayrgründen keine Freude. Natürlich nicht, weil das wird uns irgendwann einmal am Kopf fliegen, die ganze Geschichte. Ich habe ja mit Verwunderung vernehmen müssen, dass sich das Land überzeugen hat lassen. Ich habe eine andere Wahrnehmung, ganz ehrlich gesagt. Es ist jetzt egal, ob das jetzt mit Vorwärts oder sonst etwas zusammenhängt, ich glaube, dass dieses ganze Projekt für die Leute in Gründberg der helle Wahnsinn wird. Weil Sie glauben doch nicht im Ernst, dass dieses sogenannte Waldwegerl von irgendwem benutzt wird, der beim Hofer unten einkaufen geht und dann vielleicht mit den ganzen Packerln wieder hinaufgeht. Wo will er denn fahren, wenn er keinen Hubschrauber hat? Durch die Reindlgutstraße und somit ist das, was ich schon eingangs gesagt habe, wie wir dieses Verkehrskonzept beschlossen haben, dieser Wohnbereich Gründbergsiedlung schon wieder konterkuriert. Ich kann dort nicht eine Riesensiedlung hinbauen und auf der anderen Seite sagen, beim Gründberg tun wir aber Verkehrsberuhigen. Das ist ein Wahnsinn, wer das glaubt, dass das so ist. Also, waren wir im Grunde genommen dagegen.
Ich sage jetzt nur so zur Erinnerung, ich habe es mir erspart, dass ich das jetzt schriftlich abgebe, aber die Ennskraftmeile, denke ich mir, haben wir jetzt schon das zweite Jahr drinnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Schon öfter!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Schon öfter, gut, danke für den Hinweis. Vielleicht haben wir es nächstes Jahr wieder drinnen.
Was aber hoch interessant ist, und das ist im Abänderungsantrag nicht ersichtlich, was tun wir denn mit der Schwimmschule? Tun wir was, tun wir nichts? Das steht nicht drinnen. Wir haben es an und für sich in unserem Verhandlungspapier drinnen gehabt, dass es nicht so sein kann, dass die Stadt sagt, okay wir zahlen. Das ist ein Abkommen, das schon Jahre alt ist und dann streichen wir es aus dem Budget heraus. Dann haben wir es wieder hineingetan und jetzt ist es wieder heraußen. Also, ich weiß nicht ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Also unter der Prämisse, wenn wir mitgestimmt hätten, wäre es drinnen gewesen. Lassen wir jetzt nächstes Jahr das Wasser aus, oder wie?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Dafür wird der Kollege Leithenmayr schon sorgen, dass nächstes Jahr wieder Wasser drinnen ist.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, jedes Mitglied bekommt ein Küberl und dann gehen sie zur Steyr hinunter. Oder wie ist das? Also, im Budget ist nichts drinnen.
Der Stadtsaal: Das ist natürlich auch so ein Thema, wo wir uns, glaube ich, schon heftig darüber ausgesprochen haben, dass man im Grunde genommen nicht einfach eine Zahl hineinschreiben kann und es wird nirgendwo besprochen, wie und was und wann usw. Das ist schon okay, wenn man es unter Umständen sozusagen als Erinnerung hineinschreibt, aber wie das Ganze einzurichten ist und ob das alles in dem Maße sein soll, ist halt noch sehr diskussionswürdig.
Was eine eigene Spezialität ist, und da erinnere ich wieder an unsere Grundsatzprogramme, die wir seinerzeit schon gemacht haben, das ist diese Initiative, die wir ins Leben gerufen haben, diese Teens-Open-Space, wo es gelungen ist, die Jugendlichen der Stadt Steyr zu versammeln und ihre Eindrücke, ihre Bemühungen und ihre Wünsche nieder zu schreiben und für die einzelnen Stadtteile Projekte zu planen. Also, ich denke mir, grüne Politik hat sehr viel mit Nachhaltigkeit zu tun und ich lese da z. B., dass jetzt lobenswerterweise € 16.000,-- für Drogenprävention drinnen sind. Wenn es schon einmal so weit ist, denke ich mir, dass man lieber auf die Schiene geht und der Jugend in unserer Stadt nicht die notwendigen Freiräume gestalten hilft und die notwendigen Gelder dafür bereitstellt, dann werden wir wahrscheinlich in dem Punkt Drogenprävention noch mehr Geld brauchen. Weil was ist denn unsere Zukunft? Das ist die Jugend und wenn wir unserer Jugend nicht gestatten, auf ihren Plätzen, die sie selbst ausgesucht haben, auch konform mit der Stadtregierung, diese Plätze einzunehmen und zumindest so zu gestalten, dass sie dort auch ihre Aufenthaltsräume bilden können, dann wird es grauslich. Es ist schon ein Betrag drinnen, € 70.000,--, also fast 1 Mio. Schilling für ein Häusel, für ein Klo. Also, dass ein Klo 1 Mio. kostet, ist mir irgendwie ein Rätsel, aber ich möchte jetzt nicht genauer auf diese Symbolik eingehen. Wenn es Jugendgruppierungen gibt, die sagen, wir wollen diesen Platz z. B. oben im Schlosspark, wir wollen den so und so gestalten, dann sagt die Stadtregierung, ja, ihr bekommt ein Klo. Was heißt das im Kopf? Das möchte ich nicht näher ausführen. Also da hätten wir auch versucht, dass wir gesagt haben, ja meinetwegen ein Klo, aber das rundherum gehört ja auch gemacht und nicht nur ein bombensicheres Klo um 1 Mio. Schilling.

Das Röda: Heute haben wir eine sehr trocken vorgetragene und auf das Heftigste reduzierte Erinnerung des Röda vernommen. Es ist ein bisschen schade, dass man diese Erinnerung nicht wortwörtlich vorlest, weil vielleicht könnte sich dann der Eine oder Andere ein besseres Bild über die Situation unserer Kultureinrichtungen machen. Wir haben darum gekämpft, dass es mehr Geld für das Röda gibt, denn mehr Geld bedeutet immer wieder, dass das an mehr auch vom Land verdoppelt wird. Ich will jetzt gar nicht genauer darüber eingehen, welchen Stellenwert das Röda hat, ich glaube, das weiß jeder. Aber ich denke, das ist so ähnlich wie bei dem Klo im Schlosspark, das ist so ein Jein. Wenn ich heute hergehe und z. B. die € 5.000,--, was wir noch für das Röda verlangt hätten – wenn ich das Klo meinetwegen um € 65.000,-- baue, dann ist das ein ganz ein anderes Zeichen, wie wenn ich ein bombensicheres Vollmetallklo um 1 Mio. Schilling hinaufstelle. Das ist schon ein ganz anderes Zeichen.
So, dann können wir auch gleich das AKKU machen, ähnliche Situation. Eine Einrichtung, die ein Ganzjahresprogramm liefert, zum Unterschied von unserem Musikfestival, das vielleicht nur 1 bis 2 Monate stattfindet, kein Vergleich. Es ist schon ein Unterschied, ob ich mich heute für 1 Monat in eine Stadt begebe, dort ein Festival mache und dann wieder abziehe, als wie wenn ich das ganze Jahr qualitative Arbeit leiste, und ich glaube darüber herrscht überhaupt kein Zweifel, dass dort wie im Röda auch qualitative Arbeit passiert. Dass ich da hergehe und sage, wir sind so gezwickt von den Bundesertragsanteilen, da können wir leider keine € 5.000,-- drauflegen.

Die Aufstockung der Heimhelfer: Wie lange haben wir diese € 300.000,-- schon im Budget? Jahrelang haben wir die schon drinnen. Uns wird das auch irgendwann einmal auf den Kopf fallen, wenn fachlich gut ausgebildete Menschen Mistkübel austragen, oder Jausensemmerl einkaufen müssen für unsere Alten, für unsere Senioren und Seniorinnen. Dazu sind sie nicht ausgebildet, dazu werden die Heimhelfer ausgebildet. Aber wir legen nicht zu, obwohl wir unter Plan liegen. Ich weiß schon, dass die Sozialabgaben immer höher werden und irgendwann einmal unsere Nachfolger und Nachfolgerinnen, in 10 oder 20 Jahren, werden bei der Budgetrede da heraußen stehen und das wird so ein Heft sein, und wir werden nur mehr über Soziales diskutieren und über alles andere, da weiß ich nicht, ob wir das überhaupt noch durchführen können. Darum sage ich ja, Nachhaltigkeit ist gefragt, also Dinge, wo wir uns auf Dauer etwas ersparen, was unseren älteren Menschen auch etwas bringt. Der Pflegedienst ist dort 1 Stunde, wenn er von dieser 1 Stunde, die er normal für die Pflege braucht, ¼ Stunde abzwicken muss, weil er dem alten Menschen etwas kaufen muss, dann geht ihm das ab. Natürlich wird er nicht nein sagen, aber diese ¼ Stunde geht bei der Pflege ab.

Der oberösterreichische Kriegsopferverband; da will ich jetzt nicht näher darauf eingehen, aber ich

glaube, dass es dringend notwendig ist, dass die Stadt hier ein Zeichen setzt und mit dem oberösterreichischen Kriegsopferverband, Zweigstelle Steyr, ein ernstes Wort spricht. Wir kennen das eh aus der Zeitung usw., aber sie sollen sich endlich einmal von bestimmten Vereinen mit braunster Vergangenheit distanzieren. Es ist kein gutes Zeichen, denke ich mir, wenn man heute auf den Steyrer Friedhof geht und man sieht überall Tafeln stehen, als Erinnerung an eine äußerst unschöne Zeit. Ich will jetzt nicht die einzelnen Menschen verurteilen, aber diese K IV ist eine Institution, die im Nürnberger Prozess auf das Heftigste verurteilt worden ist. Also, es wäre recht und billig und das ist ein Wort oder mehrere Wörter der Stadtregierung, wenn sie sagt, Freunde, uns gefällt das nicht, alleine schon aus ideologischen Gründen, uns gefällt das nicht und es ist kein gutes Zeichen und wenn ihr davon nicht Abstand nehmt, dann bekommt ihr von uns keine Subvention; aus basta. So haben es die Welser gehalten, so hält es das Land Oberösterreich bei bestimmten Athletikvereinen, die sich nicht distanzieren wollen, also wäre es auch nur recht und billig, wenn es auch die Stadt Steyr tun würde.
Es gäbe so viel zu sagen.
Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Vielleicht ein bisschen etwas noch.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Man soll ja in einer Rede, damit es nicht fad wird, ein bisschen visuell arbeiten. Kann das jeder lesen? Gibt es eine Erinnerung? Der graue Schleier der Vergangenheit, wird der jetzt weggewischt, wenn ich das herzeige?
Soziales Leitbild der Stadt Steyr: Der Herr Bürgermeister sagt stolz geschwelgter Brust, wir sind eine soziale Musterstadt. Na, nach welchem Muster? Das ist die Frage. Eine ganze Reihe von wirklichen Fachpersonen setzt sich zusammen, unentgeltlich, macht sich Gedanken über das soziale Leitbild der Stadt Steyr, ausgezeichnet. Dann gibt es eine Vorstellung dieses sozialen Leitbildes und dann sagt die Frau Vizebürgermeisterin Mach: „Ich verspreche, dass das nicht in der Tischlade verschwindet.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Verschwindet eh nicht, das muss ich aber schon sagen!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ist eh noch da. Aber wo ist sie im Budget?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Im Budget stehen € 50.000,-- drinnen, die da drinnen stehen. Dann hast du es dir nicht ordentlich angeschaut.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Also, ich schaue mir das fast tagtäglich an.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich bin sehr glücklich, dass du nichts anderes zu tun hast.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Überhaupt vor Budgetsitzungen, das baut mich auf, was da passiert ist.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Das ist egal, aber wir wissen schon seit einem halben Jahr, dass wir heute Budgetsitzung haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Und?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Bis dahin kann ich es mir immerhin noch tagtäglich anschauen. Ich sage es gleich vorweg, es ist im Budget nichts drinnen. Entschuldigung an alle anderen, die sich heftig bemüht haben. Ich muss mich

da einfach entschuldigen, ich habe es nicht zustande gebracht, dass das im Budget drinnen ist, als Zeichen für alle Institutionen, für diese 5 Gruppierungen, die gesagt haben, ja, wir wollen etwas für diese Stadt tun. Ich entschuldige mich öffentlich, es tut mir Leid, es ist nichts drinnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das stimmt nicht!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Als Abschluss vielleicht ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das wird deine längste Budgetrede.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Das wird meine längste Budgetrede? Ist euch leicht schon fad, oder was?
Bei dir rege ich mich auch nie auf, wenn du da stundenlang heraußen stehst.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Wirklich?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wirklich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Jetzt wird’s schon recht.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Jetzt wird’s schon recht. Okay, ich hoffe ich habe euch mürbe gesprochen. Also, ich bin kein Verfasser von Erinnerungen, weil ich sage, man sollte das Menschenmögliche tun, dass es überhaupt keine Erinnerungen gibt. Ich habe versucht, noch das Eine oder Andere zu ändern, natürlich könnte man mehr machen, es ist letzten Endes das geworden, was es geworden ist, Die Fraktion hat gesagt, nein, das ist zuwenig.
Ein Satz sei mir zum Abschluss noch vergönnt. Ich bin jetzt schon seit längerer Zeit im Gemeinderat, das ist eh kein Verdienst, aber ich sage, ein bisschen Erfahrung nimmt man auch auf, ich frage mich nur, wie es weiter gehen soll. Man kann darüber streiten, man kann ein Budget ablehnen, man kann zustimmen etc.; aber was mich ein bisschen stört ist das, was über die Presse so nach außen dringt. Wenn ich heute höre, die Stadt ist bankrott, oder so ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Pleite!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Oder der Herr Bürgermeister ist unser Schuldenkaiser, oder so.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
König! Mach mich nicht zum Kaiser.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Der Kaiser ist, glaube ich, auch von Gott gesegnet, der ist noch höher.
Ich weiß nicht, ob das gut ist, geht das nicht ein bisschen netter? Ich denke mir, im Grunde genommen, tun wir uns selbst nichts Gutes dabei. Da muss ich wieder – weil er heute schon öfters zitiert wurde – den Altbürgermeister Leithenmayr zitieren; er war ein harter Knochen, das stimmt schon, aber bei verschiedensten Dingen hat er die Strömungen verstanden und hat gewusst, man muss sich mit den Leuten zusammensetzen und man muss mit ihnen sprechen. Die Hälfte der SPÖ-Fraktion ist aus dem gewerkschaftlichen Lager, schätze ich jetzt einmal, und eigentlich Menschen, die durchaus diskussionsgewöhnt sind, das ist okay, aber in der Diskussion kommen die Leute zusammen und können sich äußern. Wenn man sich nur die Geschichten über die Presse mitteilt, dann ist das fad. Also, vielleicht können wir in Zukunft, Budget 2007, eine andere Form finden, weil ich glaube, dass das Budget der Stadt und das Gedeihen der Stadt eigentlich im Grunde genommen jedem von uns am Herzen liegen müsste. Es ist natürlich einfach zu sagen, wir sind dagegen, aber im Grunde genommen tragen wir alle die Verantwortung, auch wenn wir dagegen sind. Vielleicht wäre es

ein Weg, intensiver und vielleicht verantwortungsvoller miteinander umzugehen, es bringt nichts, wenn wir uns gegenseitig zurufen: „Ihr Schuldenkaiser“, oder „die Stadt ist bankrott.“ Das interessiert die Leute da draußen überhaupt nicht, gerade im Gegenteil, wenn es Betriebe gibt, die sich in einer bankrotten Stadt ansiedeln, ich weiß nicht, wie es ihnen dann geht.
Also bitte, ich bin am Ende.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich danke. Frau Braunsberger bitte.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Die kürzeste Budgetrede, die ich je gehört habe, wie schnell man so etwas vergisst, wenn man die Chance zum Shootingstar bekommt.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, hohes Präsidium, werte Gäste. Ich kann meinen Vorrednern großteils eigentlich nur Recht geben, die Luft ist gewaltig dünn. Fakt ist, ...

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na warte, dann tun wir lüften.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Faktum ist, dass die Rücklagen drastisch gesunken sind und der Schuldenstand massiv gestiegen ist. Und das, lieber Herr Bürgermeister, sind Ihre Zahlen und nicht die Zahlen meines Kollegen StR Mayrhofer. Es verwundert einem diesbezüglich aber schon sehr, dass eigentlich kein Thema im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss bis kurz vor Budgetende gewesen ist. Es verwundert einem schon, dass erst 5 Minuten vor Schluss der Herr Bürgermeister die Fraktionen zu sich bittet und sagt, welche Vorschläge habt ihr. Wenn man dann anfragt und ersucht Informationen von Beamten zu bekommen ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So war es nicht, ich habe mit dem Herrn Mayrhofer 2 Gespräche gehabt.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Ja wann, das war ja schon im Herbst dieses Jahres, das ist für mich am Ende des Budgetjahres.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ach so ist das.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Jetzt haben wir Winter, das war vor 2 Monaten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist nicht ausreichend?

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Wenn man von den Beamten, besser gesagt vom Herrn Bürgermeister, von ganz oben, von der Spitze der SPÖ-Fraktion untersagt bekommt, dass wir nicht einmal von den Beamten Informationen einholen dürfen, um unsere Ideen als Vorschlag zu präsentieren, als Sparmaßnahme zu präsentieren, dann denke ich mir schon, dass eigentlich gar kein Wille da ist, uns mit einzubinden, uns im Sparkurs, der dringend notwendig wäre, eine Chance zu geben, dass wir diesbezüglich mitreden. Aber wahrscheinlich, wie ein leitender Beamter es schon zu sagen pflegt, das geht die Politik nichts an, oder das geht die Politik, die nicht SP-Politik ist, nichts an. Wie sollen wir da unsere Bürger vertreten, ohne Informationen zu bekommen. Wahrscheinlich nicht, aber das ist wahrscheinlich in Ihrem Sinne. Wie eingangs schon gesagt, die Luft ist gewaltig dünn, aber man sollte halt sparsam damit umgehen und nicht zukunftsweisende Projekte in der Schublade ersticken lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das ist aber ganz schnell gegangen. Danke, Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Gäste, Vertreter der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Nur eine kleine Bemerkung, das ist so schnell gewesen, wie die Budgetgespräche deinerseits stattgefunden haben, die waren auch so kurz. Aber nicht, weil es an uns gelegen ist, sondern das ist schon an euch gelegen. Zurück zum Budget, ich glaube, dass wiederum ein Budget vorliegt, das sicherlich nicht die Möglichkeiten eines Aha-Erlebnisses beinhaltet. Das kennen wir, das wissen wir, das ist auch nicht überraschend, es ist auch nicht so gewesen, dass irgendwo besondere Umstände eingetreten wären, damit man irgendwelche Aha-Erlebnisse ins Budget hineinschreiben hätte können. So oder so, halb leer oder halb voll gesehen. Es ist aber so, dass wiederum ein Budget vorliegt, wo man sagen kann, dass die Betriebsbereitschaft in allen Bereichen aufrecht erhalten ist, dass alle Einrichtungen unserer Stadt, egal in welchem Bereich, ob Verwaltung oder Wirtschaftsbetriebe, Stadtwerke und dergleichen, dass das in der Weise auch 2006 funktionieren wird und auch aufrecht erhalten wird, wie das 2005 oder 2004 gewesen ist. Es wird sicherlich nicht so, wie die Zeitung angekündigt hat, dass vielleicht ab 1. Jänner das Licht ausgehen wird, das wird auf keinen Fall sein, außer es ist eine Sicherung durchgebrannt. Das ist aber nicht im Einflussbereich der SPÖ oder von der Stadt. Es ist, wenn man sich das Budget ansieht, und ich glaube dass gerade auf der politischen Seite der außerordentliche Haushalt wesentlich aussagekräftiger ist, wie der ordentliche Haushalt. Wir wissen ja, dass im ordentlichen Haushalt der Spielraum auf der politischen Seite relativ gering ist, außer man würde sagen, dass man ganze Funktionen von der Stadt her nicht mehr aufrecht erhalten will, dass man die vielleicht weggeben will, dass man das nicht mehr den Bürgerinnen und Bürgern anbieten möchte, es sind aber bis zum heutigen Tag in der Form keine wesentlichen Vorschläge gekommen, außer die kleinen Unkenrufe aus der Zeitung, man soll die Stadtwerke privatisieren, was sicherlich nur eine Zeitungsente ist, weil das meint, zumindest in diesem Kreis, nicht wirklich wer ernsthaft, dass man die Stadtwerke, den öffentlichen Verkehr privatisieren soll. Wir reden im Verkehrskonzept ja von Verbesserungen und Verschlechterungen und auch die ganze Debatte hat das ergeben. Wir haben im außerordentlichen Haushalt auch im heurigen Jahr, oder für das Jahr 2006 wieder eine ganze Reihe von Projekten, Straßenbau etc., aber das ist eh in gewohnter Weise. Ich hoffe, dass sich aus dem Grund die Budgetrede deiner Kollegin so kurz gehalten hat, weil dein Ressort ist ja eh bestens ausgestattet, wie jedes Jahr. Du hast immer das meiste Geld von allen drinnen. Der Kollege Mayrhofer schreit zwar immer am meisten ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das zeigt wieder einmal, dass du dir das Budget nicht einmal durchgelesen hast!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Straßenbau, Kanalbau alleine sind das schon fast 4 Mio. Euro, was du da drinnen hast und Brückenbau etc., also das gibt es in keinem anderen Ressort, was wir so im außerordentlichen Haushalt ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Na ja, vielleicht in der Liegenschaft!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Na ja, nicht einmal da, das ist ein Klacks, was wir in der Liegenschaft haben. Also, Straßenbau, Pflichtschulbereich, Wirtschaftsförderung, Stadtsaal; was auch in der Diskussion angeschnitten worden ist, ist nicht nur eine kleine Erinnerung. Wir haben im Budget € 500.000,--, das geht schon über den Bereich der Erinnerung hinaus, das ist schon mehr als ein kleiner Budgetansatz und wir haben auch vor, dass wir im nächsten Jahr den Stadtsaal sanieren. Da wird es dann auch in den Gremien dementsprechende Informationen geben. Ich verstehe zwar die Ungeduld, die man in dem Bereich hat, ich auch, aber bevor man in ein Gremium geht, muss auch die Vorbereitung dementsprechend aufbereitet oder getroffen werden. Es müssen Pläne daliegen, es muss eine Zeitschiene gegeben sein, damit man dann auch dementsprechend informieren kann.
Die Musikschule, Reithoffergebäude, also da haben wir auch einen kräftigen Budgetansatz. Altenpflege, Heimsanierung Tabor, also wir haben wieder eine ganze Reihe von Projekten, die 2006 eingeleitet oder auch umgesetzt werden sollen. Wir sind also weit davon entfernt zu sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind in einer katastrophalen Situation. Ich möchte da natürlich auch nicht eine Lobeshymne singen und den Eindruck vermitteln, dass eh alles in bester Ordnung ist, wir leben in einer heilen Welt, das ist sicherlich nicht der Fall, das Budget ist nicht überraschend, das Budget ist angespannt, die Spielräume, die vielleicht in Zeiten wo wirtschaftlich andere Rahmenbedingungen waren, wo man wesentlich mehr Spielräume gehabt hat, die sind zum jetzigen

Zeitpunkt nicht gegeben. Aber eines ist auch, wenn man sich die Zahlen anschaut, der Herr Bürgermeister hat es in seiner Budgetrede ja auch erwähnt, dann ist schon sehr wohl feststellbar, dass gerade was die Finanzen in der Stadt anbelangt, dass sich seit der Wende 2000 und 2001, wo das spürbar war, dass sich die Finanzen in der Stadt dementsprechend verschoben haben. Auf der Einnahmenseite nämlich dementsprechend verschoben haben und auf der Ausgabenseite noch dramatischer verschoben haben. Da kann man sich nicht einfach herstellen und sagen, da ist die SPÖ-Fraktion oder da ist der Bürgermeister der Schuldige, sondern da muss man schon die Zahlen genauer betrachten, was sind die Hintergründe, dass das passiert ist. Gerade in der letzten Gemeinderatssitzung, wenn ich es richtig im Kopf habe, hat sich der Kollege Altmann herausgestellt und hat locker vom Hocker da berichtet und informiert, dass bei den Ertragsanteilen von Bund und Land alles in bester Ordnung ist, dass die Geldflüsse eh gegeben sind, wir in der Stadt können nur schlecht haushalten damit. Das kann man vielleicht so darstellen, sie sind ja ein sehr geschulter und sehr gut ausgebildeter Mann und sie wissen selber, glaube nur der Statistik, die du selbst gefälscht hast. Man muss sich nämlich gerade im Finanzbereich längere Zeiträume anschauen, das wissen sie auch sehr genau, und das Budget ist halt eine Gelegenheit, da auch eine Betrachtung über einen längeren Zeitraum, jetzt nicht über 20 Jahre, sondern nur über 3 bis 4 Jahre, dann ist das schon repräsentativ und aussagefähiger. In diesem Zusammenhang muss man eines auch sagen, dass sich die Bundestransfers sehr stabil halten, aber wenn man natürlich die Inflationsrate aufrechnen würde, dann weiß man auch, dass die Geldentwertung über einen Zeitraum von 1997 bis 2006 dementsprechend fortgeschritten ist und dass in diesem Zeitraum, der ist zwar lang, ich komme dann zu ein paar kürzeren Zeiträumen, die Bundesanteile, Ertragsanteile, Bundestransfers prozentuell gemessen an den außerordentlichen Haushalt, von 39 % auf rund 36 %, ich sage jetzt nicht die Kommastellen dazu, sondern nur die ganzen Zahlen, also auch ca. um 3 % verringert haben und das sind halt bei unseren Budgets, bei unseren Beträgen nicht ein paar Tausend Euro, sondern das geht meistens in Millionen Euro. Wenn wir uns vor Augen halten, um was wir diskutieren und wie wir feilschen um Tausende Euro, hat das natürlich dementsprechende Auswirkungen. Aber das ist eigentlich in einer vernachlässigbaren Größenordnung. Es ist schon sehr dramatisch, wie die Schere bei den Landestransfers auseinandergeht, der Bürgermeister hat es ja gesagt und ich möchte es auch wirklich noch einmal betonen, weil wie die Debatte jetzt stattgefunden hat, habe ich eigentlich keinen gehört, dass er gesagt hat, außer der Eichhübl Roman, der hat sich sehr vornehm zurückgehalten, hat aber auch kritisiert, dass wir nicht zukunftsweisende Projekte machen und das wissen wir, Projekte kosten immer Geld, umsonst ist der Tod und der kostet das Leben, aber alle Debattenredner haben sich darüber geäußert und kritisiert, dass wir dieses und jenes nicht machen. Ich habe von keinem gehört, dass er gesagt hätte, da könnten wir kräftig einsparen und dort könnten wir kräftig einsparen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Das habe ich aber schon gesagt!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ja, das sind so verbale Einsparungen, aber konkrete Vorschläge, was meinen wir, wenn wir über das Einsparen reden, was meinen wir wirklich, was wir als Stadt nicht mehr an Leistungen bringen sollen. Außer die nicht ganz ernst gemeinten Vorschläge vom Kollegen Mayrhofer über die Rundschau und Nachrichten, 30 % vom Personal einzusparen. Er hat das dann ja selber korrigiert, dass das nicht ganz möglich sein wird, aber die Debatte kann man natürlich immer führen, beim Personal einzusparen. Wobei er dann auch dazusagen müsste, wenn ich wirklich gravierende Personalkosten einspare, was meine ich dann, was ich nicht mehr mache. Das muss man dazusagen, weil sonst ist die Debatte nicht anständig und nicht fair.
Jetzt zu den Landestransfers; da möchte ich die Zahlen schon noch einmal verdeutlichen und noch einmal in Erinnerung rufen, weil sie schon sehr dramatisch sind, wie es der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, wie die Schere auseinandergeht. Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn man nur von 1997 bis 2006 schaut, was die Stadt mehr an Leistungen an das Land bezahlen muss, wie wir zurückbekommen, die Differenz bewegt sich um die 98 Mio. Euro. Wenn wir da immer gleich viel bezahlt hätten und zurückbekommen hätten, dann hätten wir überhaupt keine Schulden, sondern wir hätten einen Überschuss und hätten noch so manches zahlen können. Da sieht man schon, wie das dramatisch auseinandergeht, in den einzelnen Jahren hat es der Herr Bürgermeister erwähnt und wenn man dann fairerweise schaut, was die Stadt mehr bezahlt hat wie das Land, im ordentlichen Haushalt und außerordentlichen Haushalt, weil wir ja auch im ao.H. dementsprechende Förderungen bekommen, bewegt sich der Betrag noch immer bei 70 Mio. Euro, was die Stadt mehr an das Land überwiesen hat, wie wir zurückbekommen haben. Also, das sind Fakten und Daten, über die kann man reden, Zahlen an und für sich in dieser Klarheit lügen nicht, nur Statistiken lügen. Die nackten Zahlen lügen in Wirklichkeit nicht und dann gibt es natürlich da eh die Auflistung, wo sich das überall

dramatisch verändert hat, Krankenanstaltbeitrag udgl., das wissen wir, wo wir immer mehr zur Kasse gebeten werden. Ich möchte schon auch darauf hinweisen, wir haben uns schon auch kräftig bemüht, gerade in den letzten paar Jahren, wo die Schere kräftiger auseinander gegangen ist, dass im Personalbereich – weil dort kommt immer die Kritik, dass im Personal nicht gespart wird, oder dass der Personalaufwand steigt – in den Jahren 2003, 2006, gemessen am o.H., eine Reduzierung stattgefunden hat. Lieber Kollege Mayrhofer, das steht da in der Zeitung, da bist du zitiert worden, dass der Personalaufwand mit 30,8 Mio. schon 34 % des Budgets vom o.H. beträgt, oder 90 Mio., das ist da nicht ganz klar, was damit gemeint ist. In Wirklichkeit ist es aber so, dass für den Personalaufwand gemessen im o. H. 26,77 % für das Jahr 2006 budgetiert sind. Jetzt kann man da auch sagen, die Prozente im ao.H. gemessen, kann man natürlich auch infrage stellen, aber wir haben gerade beim Personal, meine sehr verehrten Damen und Herren, in absoluten Zahlen im Vergleich von 2002 bis 2005 auf der beschäftigten Seite dementsprechende Einsparungen zu verzeichnen gehabt. Im Magistratsbereich sind die Beschäftigten von 654 auf 610 zurückgegangen, an Köpfen, weil dann können die Statistiker natürlich sagen, ja das sind ja weit mehr an Köpfen, also die 654 sind umgerechnet auf Vollzeitbeschäftigte, an Köpfen ist eine Einsparung von 693 auf 649 Kolleginnen und Kollegen, also eine dementsprechende Einsparung. Über das ganze Magistrat hin gerechnet, über alle Betriebe, die Wirtschaftsbetriebe, die Kindergärten, APT, APM, RHV, Stadtwerke, alles zusammen, ist auch ein Rückgang von 1.103 Beschäftigten auf 1.095 zu verzeichnen. Die Zahl ist zwar nicht so hoch, was den Rückgang betrifft, wenn man aber in Betracht zieht, dass wir zusätzlich jetzt ein Alten- und Pflegeheim im Münichholz haben und dass das ja nicht 1 : 1 vom Tabor umzusetzen war, ist diese Ansparung im personellen Sektor dementsprechend groß und ich glaube, dass das auch ein Dank an die Beschäftigten ist, dass das unter gleicher Aufgabenstellung, unter gleicher Arbeit geschehen ist. Also, es ist nicht so, dass da nichts geschieht und dass da keine Anstrengungen sind.
Die Entwicklung bei den Schulden und Rücklagen, wie sie so dramatisch dargestellt werden, stimmen in Wirklichkeit in keinster Weise. Das hat eh der Herr Bürgermeister schon aufgeklärt und hat die Zahlen auch genannt, dass der Vergleich, wie es da im Neuen Volksblatt, das ist sicherlich nicht so ganz unsere Zeitung ...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
In der Beilage von der Arbeiterzeitung!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Beilage von der Arbeiterzeitung, dann ist die mir bisher vorenthalten worden, wo drinnen steht, dass die Schulden innerhalb von 2 Jahren von 47,8 Mio. auf 78,7 Mio. Euro explodiert sind. Also, weil da schon sehr viel gejammert wird, wir jammern auch, weil wir so viele Dinge, die wir auch als SPÖ-Fraktion machen möchten, nicht realisieren können, aber so, wie da in der Öffentlichkeit mit Zahlen, Daten und Fakten umgegangen wird, wenn das jemand in einem Privatbetrieb tun würde, wenn das z. B. ein leitender Angestellter bei der MAN machen würde, der wäre so schnell draußen bei der Tür, dass er gar nicht schauen könnte, weil das nämlich zum Teil schon rufschädigend ist. Ich glaube, dass man gerade mit Zahlen schon sorgfältiger umgehen sollte und da nicht den Leuten irgendetwas vorgaukeln sollte, was in keinster Weise stimmt, da kann man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen udgl. Die Michaela Frech hat das gesagt, ich bin da bei dir Michaela, in vielen Dingen nicht, aber in dem Punkt schon, dass man schon eine gewisse Kultur an den Tag legen sollte und dass das, was man kritisiert, auch Hand und Fuß haben sollte. Bei allen politisch unterschiedlichen Anschauungen die man haben kann, aber wenn es um Daten und Zahlen vom Rathaus und unserem Budget geht, dann sollte man das auch so darstellen, wie das tatsächlich der Fall ist.
Nur ein Vergleich, wenn ich da z. B. lese, steht irgendwo in eurer Postille, die jetzt vor Weihnachten gekommen ist, Abbruch der Sporthalle 160.000,-- Euro, ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Da gibt es einen Beschluss!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein, das steht im Budget, kein Beschluss, lieber Kollege Mayrhofer, da bekomme ich direkt Emotionen, da stellt es mir die Haare auf, weil das so bewusst falsch dargestellt wird. Das stimmt nicht, im Stadtsenat haben wir etwas anderes beschlossen. Wenn es im Budget steht, dann ist das in Ordnung, dann kann man das so darstellen, wir haben aber im Stadtsenat beschlossen, was der Abriss der Halle kostet und dann kommen noch die Kosten für die Energie AG dazu, weil dort ja ein Trafogebäude drinnen ist und das macht in Summe – Kollege Kremsmayr hilf mir da ein bisschen – ich glaube,
€ 110.000,-- oder € 115.000,--, beide Bereiche zusammen. Also, der Abriss kostet ungefähr €

80.000,--, Angebot – beschlossen im Stadtsenat und ca.
€ 30.000,-- kostet der Trafo und dann steht da, € 160.000,-- kostet der Abriss und dann tut man so, wie wenn wir nicht zusammenzählen könnten und das finde ich in dieser Form nicht in Ordnung. Gestattet mir auch ein paar Anmerkungen zu machen, es steht mir zwar nicht ganz zu, aber doch auch ein bisschen, zur Erinnerung, was nämlich jetzt in der Debatte gesagt worden ist, zu den anderen habe ich nichts zu sagen. Die Kollegin Frech ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Jetzt bist aber nicht mehr bei mir, oder?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Also, wenn da von deiner Seite kritisiert wird, Gemeinderat als Selbstzweck und wir gehen nicht auf die Wünsche der Bürger ein, also das ist auch wieder eine deiner typischen Formulierungen ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, wie man darum kämpfen muss, dass diese Erinnerungen jedem Gemeinderat bzw. jeder Fraktion zugehen ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Hast eh zweimal in der Zeitung schreiben lassen, dass darauf aufmerksam gemacht werden muss, dass es Erinnerungen gibt, sonst wüsste es eh keiner.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Genau das ist der Punkt!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Es ist ja eh geschrieben worden. Das ist ja nur ein ganz kleines Körnchen. Es geht darum, dass der Gemeinderat nicht zum Selbstzweck hier ist, sondern dass wir sehr wohl auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger in einem hohen Ausmaß eingehen. Die Kritik, soziale Musterstadt und gleichzeitig steigen die Sozialhilfeempfänger, also das ist es, man kann das natürlich so darstellen, aber es ist nicht korrekt, weil es überhaupt nichts miteinander zu tun hat. Ob wir jetzt eine soziale Musterstadt sind oder nicht, das kann man unterschiedlich sehen. Ich halte sowieso nicht viel von Musterstädten, weil die sind nur am Papier, in der Realität gibt es sie sowieso nicht. Man kann nur sagen, ob ich ein gutes qualifiziertes Angebot an sozial schwächere, bedürftigere Menschen habe, oder ob ich das nicht habe und da könnte man schon Quervergleiche mit österreichischen Städten herstellen und da brauchen wir bei unseren Leistungen das Licht überhaupt nicht unter den Scheffel stellen, da sind wir sehr gut und in vielen Bereichen sind wir Vorreiter gewesen. Vielleicht würde der Ausdruck, dass wir Vorreiter im sozialen Bereich sind, besser passen und nicht Musterstadt. Aber das gleichzeitig mit der Entwicklung der Sozialhilfeempfänger in Verbindung zu bringen, das ist nicht korrekt, weil man genau weiß, wie die Sozialhilfeempfänger entstehen. Eines geht natürlich schon auch an die Adresse, lieber Kollege Mayrhofer und Kollege Eichhübl, zwar nicht jetzt, aber vor einem Jahr seid ihr doch noch in der Bundesregierung verantwortlich gewesen, das sehen wir natürlich schon ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Leider ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Sonst wäre es eh anders, sonst hätte es sich eh anders entwickelt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Sonst wären die Schulden der Stadt Steyr getilgt, wenn ich was zu sagen hätte.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Natürlicherweise schlägt sich da die derzeitige Politik der Bundesregierung dementsprechend nieder. Die dramatische Entwicklung bei den Arbeitslosen, das wiederspiegelt nämlich den Sozialhilfebereich, weil immer mehr Leute durch den Rost fallen. Es verlieren immer mehr Leute den Arbeitsplatz, sie werden an den Rand gedrückt, nach dem Notstand fallen sie heraus und werden dann Sozialhilfeempfänger in der Stadt und dann haben wir sie als Kommune. Das ist nämlich der Hintergrund, das ist die Wirtschaftspolitik und die Arbeitsplatzpolitik, die zurzeit betrieben wird. Wenn

man sich die Programme, Prognosen und Botschaften anschaut, dann wird sich da in den nächsten Jahren nichts ändern, wenn nicht irgendeine Wende im nächsten Jahr zustande kommt. Das ist der wahre Hintergrund, warum die Sozialhilfeempfänger steigen und warum das für uns auch ein Problem ist.
Eines ist auch interessant, wenn man hier schon länger in dieser Funktion sitzt, als kleiner Gemeinderat bin ich 1990 hier eingetreten, dann ein Jahr Unterbrechung und jetzt sitze ich solange herinnen ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Du warst dann aber auch einmal weg.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Habe ich ja gesagt, hast wieder nicht zugehört. Ich habe gesagt, ein Jahr war ich einmal weg, auf Entwöhnung, hat mir aber nicht gut getan, ich bin wieder zurückgekehrt.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Da kann ich mich noch erinnern und eine Reihe anderer Kollegen können sich auch noch erinnern, im Verwaltungsausschuss, vorher hat er anders geheißen, das war der gemeinderätliche Ausschuss für kommunale Betriebe, da haben wir immer sehr moderate Tarife gehabt. In vielen Bereichen haben wir moderate Tarife gehabt und dann ist halt der Zeitpunkt gekommen, wo man die Tarife anheben musste und da hat die Welt noch ganz anders ausgesehen, wie der Eichhübl Roman dort Referent geworden ist, wie jetzt wo er als Opposition dasitzt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Wir haben Tarife, die gerechtfertigt waren, immer mitbeschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Und heute bestimmst du, was gerechtfertigt ist.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Auf einmal ist nichts mehr gerechtfertigt.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Wenn ich 10 Mio. Schilling von einem Kredit abzweigen kann, dann brauche ich die Tarife nicht erhöhen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Da denkt keiner mehr an die Debatten hier herinnen, wo es geheißen hat, ist eh klar, ihr Sozialdemokraten, habt da ja nichts getan, habt alles vernachlässigt, alles habt ihr unterdrückt, keine Tarife angehoben, so ein Wahnsinn, Sauerei und da gehört alles anders. Michaela, du hast das selbe Lied dazu gesungen, da kann ich mich noch daran erinnern.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Da war ich noch gar nicht da!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Da war sie ja noch gar nicht da.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Freilich, ist die Michaela Frech schon seit 1997 da.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR Mag. Michaela Frech

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ja, die Jahre sind dazwischen vergangen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Es bleibt nicht alles stehen, es bewegt sich alles.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn GR Roman Eichhübl

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
1979, da hast du schon gewartet.
Ich glaube, dass auch die Tariferhöhungen, die wir da vornehmen müssen, gerechtfertigt sind. Wie ich vorher, bei den Amtsberichten von meinem Bereich, wo es um die Tariferhöhungen der Abfallwirtschaft geht, gesagt habe, lieber Eichhübl Roman, ich werde mich da erkundigen, ich kann das jetzt mittlerweile mitteilen: Die Tarife, die wir in der Abfallwirtschaft haben, bewegen sich bei weitem nicht dorthin, dass wir eine 100 %ige Überdeckung haben, sondern wir decken dort nur den Aufwand, den wir haben, mit den Gebühren ab und da sind keine zusätzlichen Erlöse drinnen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Darum haben wir in weiser Voraussicht zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Weil du eh gewusst hast, dass wir da ehrliche Politik betreiben.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Drehscheibe Kind ist auch das Thema. Ich glaube, da muss man auch klar Bekenntnis beziehen. Wir haben auch in der Stadt Einrichtungen, weil das kritisiert wird, dass wir der Drehscheibe Kind jetzt die € 4.000,-- für die Ferienbetreuung wegnehmen, ich meine, es haben sich die Zeiten verändert. Wir haben heute in unseren städtischen Einrichtungen, in unseren Horten, durch den Geburtenrückgang freie Kapazitäten, wir haben in den Kindergärten freie Kapazitäten, wir haben Kindergärten zugesperrt, was kritisiert worden ist. Hätten wir sie nicht zugesperrt, dann hätten sie auch kritisiert, die sind nicht ganz bei Trost, die führen Kindergärten, die wirtschaftlich untragbar sind. Also, wie man es macht, macht man es falsch, aber ich glaube, wir für unseren Teil werden es schon richtig machen. Wir haben auch in dem Bereich was Horte anbelangt freie Kapazitäten und wir können und werden, und haben das diesen Sommer auch schon getan, auch in dieser Flexibilität wie das Private machen, wir bieten den Steyrer Bürgerinnen und Bürgern, die in dem Bereich Bedarf haben, das an. Wir würden grob fahrlässig handeln, wenn wir etwas extern bezahlen, wo wir selber Kapazitäten frei haben und wir haben trotzdem die Kosten. Also, da würden wir wirklich grob fahrlässig handeln und darum haben wir auch diesen Schritt gemacht und haben gesagt, wir bieten diese Ferienbetreuung über unsere eigenen Einrichtungen an. Natürlicherweise hat es vielleicht in früheren Zeiten, das kann ich jetzt nicht ganz nachvollziehen, Kapazitätsengpässe gegeben, da muss man sich auch anderer Einrichtungen bedienen, aber das kann ja nicht heißen, dass das bis zum Nimmerleinstag so sein muss. Wir müssen unsere Aufgaben nun einmal erfüllen und wir haben das auch dementsprechend wirtschaftlich zu betreiben und die Verantwortung zu übernehmen.
Bei der Tiefgarage hast du gesagt: „Betreibermöglichkeiten aufzeigen.“ Das tun wir ja.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wir haben auch nie etwas anderes gesagt und ich nehme das für unsere Fraktion in Anspruch, wir haben immer klare Position bezogen. Wir werden nicht dafür stehen, dass wir Tiefgaragenerrichter oder Tiefgaragenerbauer werden, wir werden für die Rahmenbedingungen eintreten, dass die gegeben sind. Wir haben da auch konkrete Beschlüsse gefasst, wir haben gesagt, das ist auch im Gemeinderat beschlossen worden, dass der Standort beim Werndlpark ist, mittlerweile geistern natürlich viele herum und es hat sich noch jeder ernste Betreiber oder Errichter verabschiedet, weil die Rahmenbedingungen einfach das überzogen haben, was wir von unserer Seite bereit gewesen wären zu tun. Das gilt auch für die Zukunft, wir werden jedem Interessenten die Möglichkeiten aufzeigen, es ist aber für uns schon legitim, dass wir sagen, bis dahin und nicht weiter. Das kann nicht der Betreiber oder Errichter bestimmen, was wir zu tun haben, sondern das werden schon wir da im Gemeinderat festzulegen haben, welche Bedingungen wir bereit sind dort einzugehen. Die Stadtplatzdebatte hat sich eigentlich eh totgelaufen, in Wirklichkeit hat jeder, der nur ein bisschen eine wirtschaftliche Verantwortung übernimmt, gesagt, das ist undenkbar und unvorstellbar, und das Restrisiko steht auch in keiner Relation dazu.
Ich möchte noch ein paar Dinge sagen, wo ich auch als zuständiger Referent betroffen bin.

Gaswerk: Der Kurt Apfelthaler, in seiner Kürze, wie er das gemacht hat – Gaswerk – Nutzungskonzept, wir haben diese Debatte auch geführt und es gehört auch zum sozialen Leitbild dazu. Wir haben auch als SPÖ-Fraktion das größte Interesse, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass sich auch Interessensgruppen, Bürgerinitiativen, oder wie man sie nennen will, dass sich die in die Diskussion mit einbringen. Wir haben daran wirklich größtes Interesse, aber man muss natürlich schon auch relativieren, es kann dann nicht dort enden, dass uns gesagt wird, was wir zu tun haben. Wir wollen alle Meinungen mit hineinbringen und gerade im Wehrgraben, Gaswerkareal haben wir den Weg beschritten, wir haben auch die Ausstellung in der Fachhochschule gehabt, wir sind auch mit der Bürgerinitiative so verblieben, wenn irgendwelche Planungen, Vorstellungen, irgendwelche weiteren Schritte gesetzt werden, dann werden wir mit ihnen die Diskussion führen. Wir werden auch im kommenden Jahr einmal zwanglos die Debatte führen. Aber die Gefahr ist natürlich immer, wenn wir so eine Debatte führen, dann wird sie ein wenig verpolitisiert, weil dann springen ein paar auf, dann wird Druck gemacht und versucht Tempo zu machen. Dasselbe wie beim Sozialleitbild; ich habe das auch in der Diskussion, auch innerhalb unserer Fraktion, zum Ausdruck gebracht. Man muss überhaupt einmal das Grundverständnis dafür haben, was ein Leitbild ist. Es ist kein Forderungskatalog, sondern das ist einfach ein Niederschreiben, ein Feststellen, wo soll die Sozialpolitik in Zukunft in der Stadt Steyr hingehen und das soll auch das Leitbild sein, bei den Entscheidungen darauf Rücksicht zu nehmen, was ist unsere Grundphilosophie zu den verschiedenen Themen und nicht dass dann jährlich bei der Budgeterstellung ein Forderungskatalog kommt, was man alles macht. Das wird so nicht funktionieren und das ist richtigerweise auch angeklungen und angeführt worden. Wer soll das denn einmal bezahlen, in 5 oder 6 Jahren, das wird sein, wenn ich schon in der Pension bin, ohne dass das jetzt zeitlich so ernst zu nehmen ist, ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich weiß nämlich noch nicht genau, wann ich gehe. Aber, dass man dann einmal sagt, man braucht nur mehr so ein dünnes Büchlein, wo nur mehr Sozialbereich drinnen steht und für alles andere haben wir eh kein Geld mehr. Es kann nicht so sein und es wäre unverantwortlich. Ihr habt uns halt bei den letzten Budgets den Rucksack jetzt umgehängt, voriges Jahr haben wir zumindest ein einstimmiges Budget gehabt, leider Gottes werden wir das heuer nicht haben, ...
Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das wird heuer nicht der Fall sein, aber wir haben da halt auch die Verantwortung zu tragen, dass die Finanzen auch stimmen, dass wir die Finanzen auch halbwegs im Griff haben und dass sie uns nicht entgleiten. Wir können da keine Abenteuer machen und es kann auch nicht heißen, dass wir überall nur aufdoppeln und aufdoppeln. Zu dem neigen wir aber stark als politisch Verantwortliche, weil die Debatte zu führen, was tun wir weg, wo senken wir ab, bei dieser Debatte halten wir uns sehr zurück, die führen wir ja nicht gern. Darum muss man das schon auch aus dieser Sicht sagen.
Zum Röda muss ich auch noch kurz etwas sagen, weil die Debatte haben wir auch schon seit Jahren. Wir stehen auch als Sozialdemokraten 100 %ig zu dieser Einrichtung und wenn wir uns nur die Entstehungsgeschichte anschauen, dann weiß man auch, wer das dort war, der das eingefädelt hat, der dafür marschiert ist; unser Altbürgermeister Hermann Leithenmayr.

Zwischenruf: Nicht alleine!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein, nicht alleine, aber als Verantwortlicher war er maßgeblich beteiligt. Natürlich war die Forderung da, Forderungen gibt es viele, aber er war maßgeblich daran beteiligt und wir haben es dann auch im Gemeinderat beschlossen. Wir haben ein Haus angekauft, um damals 5 Mio. Schilling haben wir das Röda gekauft und haben eine Vereinbarung gemacht, die dann eh nicht lange gehalten hat, weil das nicht finanzierbar war. Dann haben wir das Haus auch unterstützt, bei den Reparaturen, bei den Instandhaltungen udgl. Da haben wir einmal geglaubt, aus den Einnahmen der Taubenmühle wird das refinanziert, die Subvention was der Röda bekommt. Das ist auch nicht eingetreten, jetzt haben wir das Haus für Röda gekauft. In Ordnung, wir stehen auch dazu, sie bekommen eine der höchsten Subventionen der Vereine in der Stadt Steyr. Sie bekommen
€ 40.000,--, das ist doch ein schöner, ansehnlicher, anständiger Betrag. Wenn wir das Geld in Hülle und Fülle hätten, dann täten wir noch ein wenig verteilen, aber es gibt noch eine ganze Reihe anderer Vereine, die dieselben Wünsche, Anliegen und Forderungen hätten. Beim Röda wird hervorragende Jugendarbeit geleistet, ich will das in keinster Weise infrage stellen, aber nicht nur beim Röda. In den meisten unserer Vereine wird hervorragende Jugendarbeit betrieben und für die haben wir es nicht,

dass wir die Subventionen erhöhen. Das hat nichts mit der Leistung, mit der Arbeit und mit der Qualität von Röda zu tun, sondern es ist einfach nicht möglich, wir können nicht überall bei den Subventionen aufdoppeln.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Freilich wäre es möglich, wenn gleichzeitig ein Vorschlag käme. Man müsste die Budgetdebatte sowieso in dieser Form abändern, wenn einer etwas dazu möchte, dann muss er gleichzeitig sagen, wo wir uns das einsparen. Das wäre ganz interessant.
Beim Kriegsopferverband, möchte ich auch dazu sagen, da bin ich weitgehend bei eurer Position. Wir sollten in Steyr Vereine haben, die sich von irgendwelchen rechtslastigen Einrichtungen distanzieren. Ich bin nicht dafür, dass man gleich droht und sagt, wenn ihr das nicht tut, wird die Subvention gestrichen, aber dort muss man halt an die Verantwortlichen appellieren. Wir haben das zu gegebenen Zeitpunkt auch dementsprechend erwähnt und haben dort auch als SPÖ-Fraktion Position bezogen.
Damit möchte ich auch schon aufhören. Ich habe gesagt, heute rede ich ein bisschen länger, weil die letzten Budgetdebatten sind eh so kurz gewesen. Ich kann mich erinnern, wenn wir bis 0.00 Uhr oder 01.00 Uhr gesessen sind, das waren die schönsten Budgetdiskussionen, die wir geführt haben. Jetzt sind sie eh ein bisschen kurz gewesen. Ich bin sowieso nicht einer, der öffentlichkeitswirksam sein möchte und ich bin auch nicht so fotogen ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Abschluss aber einen Abänderungsantrag einbringen, er liegt ja schon auf, dann ersparen sie mir, dass ich die einzelnen Punkte vorlese. Ich darf nur eines dazusagen, damit wir uns das dann nicht nachsagen lassen müssen, für die Schwimmschule haben wir nichts über und da tun wir nichts. Für die Schwimmschule gibt es eine Vereinbarung mit der Stadt Steyr, dass wir 10 Mio. Schilling in 10 Etappen für die Sanierung bezahlen. Ich bin selber ja auch Kassier in der Schwimmschule, beim Verein Schwimmschule, ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Bitte wir lüften jetzt 5 Minuten durch.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Also ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Bist noch nicht fertig?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wenn die Aufmerksamkeit ein bisschen schwindet, dann müssen wir wirklich lüften, das ist richtig. Also, zur Schwimmschule; es ist in der Schwimmschule so, und das wisst ihr genauso, das weißt du, Kurt Apfelthaler und du, Andreas Kupfer, dass die weiteren Sanierungsschritte in der Schwimmschule auch von Förderungen des Landes Oberösterreich abhängen. Weil mit dem von der Stadt alleine, können die weiteren Sanierungsschritte nicht realisiert werden und es gibt bis zum jetzigen Zeitpunkt noch keine endgültige Vereinbarung, keine endgültige Zusage vom Land Oberösterreich, wie die ganze Finanzierung weitergeht und aus diesem Grunde haben wir für das Budget 2006 für die Schwimmschule nichts vorgesehen, aber das heißt nicht, dass wir die Schwimmschule aus unserer Subventionsliste streichen wollen. Wir stehen zu dem, was wir ausgemacht haben und wenn es wirklich wider Erwarten anders kommen sollte, dass doch eine Finanzierung möglich sein wird, dann werden wir uns auch dementsprechend darüber einig sein, weil es sind ja alle Fraktionen im Verein

Schwimmschule vertreten und wenn wir dann eine Kreditüberschreitung machen müssten, wird sich sicherlich keiner daran stoßen und etwas zu kritisieren haben.
Wir haben uns wirklich bemüht, auch als SPÖ-Fraktion, und das möchte ich auch noch einmal anführen, weil immer so dargestellt wird, wir handeln nach dem Motto, wir sind wir und die Bauern lassen wir ackern, das ist in keinster Weise so.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Dieses Image, was ihr versucht uns anzuhängen, stimmt in keinster Weise. Wir haben uns wirklich bemüht, in den Budgetverhandlungen zu einer Einigung zu kommen, wir haben da schon auch Kompromissbereitschaft gezeigt. Wir wissen schon, dass ein Kompromiss nicht so sein kann, dass unsere Vorschläge 1 : 1 übernommen werden müssen, das ist uns schon klar, aber es ist halt nicht möglich gewesen, aus Gründen wie immer. Ich verstehe schon, dass es leichter ist, beim Budget Opposition zu betreiben, wenn man eh weiß, dass es eine Fraktion gibt, die dann eh alleine das Budget beschließen muss, aber es war nicht unser Bestreben, nicht unsere Absicht, leider Gottes müssen wir halt einen Abänderungsantrag einbringen, der nur von unserer Fraktion ist. Vielleicht gibt es den einen oder anderen Kollegen im Gemeinderat, der nicht der SPÖ-Fraktion angehört und dann bei der Abstimmung unseren Vorschlag unterstützt.
In diesem Sinne, danke für die Aufmerksamkeit.

PAUSE VON 15.25 UHR BIS 15.38 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Die Frau GR Frech hat ersucht, dass sie vorgereiht wird, weil sie weg muss. Ich erteile ihr das Wort.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Herzliches Dankeschön an meine Kollegen, dass sie es ermöglicht haben, dass ich noch eine Wortmeldung tätigen kann und mich vorgelassen haben, weil ich eben weg muss.
Ja, es gibt hier in der Opposition anscheinend eine Gesprächskultur, auch über Meinungsunterschiede hinweg, dass man zumindest gewisse höfliche Standards macht.
Ja, ich fasse mich sehr kurz, ich möchte meine zweite Wortmeldung rein für diese Erinnerungen verwenden. Und zwar deshalb, weil ich für wichtig erachte, dass das, was die Bürger hier einbringen, auch tatsächlich bei der Debatte hier berücksichtigt wird und wenn es schon nicht berücksichtigt wird, zumindest in einem Gemeinderatsprotokoll nachzulesen ist. Der Bürger hat ohnedies nur einmal im Jahr die Möglichkeit, dass er sich in diesem Gemeinderat über diese Erinnerungen zu Wort meldet und dann soll er dieses Recht auch bekommen. Aus Zeitgründen werde ich eine kleine Kürzung vornehmen, mich allerdings bemühen, den Inhalt dadurch nicht zu verändern. Eine Erinnerung ist gekommen, die wurde schon erwähnt, vom Kulturverein Röda und zum Kollegen Bremm, der jetzt leider noch nicht anwesend ist, es ist sehr wohl so, dass der Kulturverein Röda diese € 40.000,-- Jahresförderung als beachtliche Leistung sieht, das steht auch in dieser Erinnerung. Würde man das verlesen, wüsste man das auch. „Die € 40.000,-- Jahresförderung für das Jugend- und Kulturhaus, sowie für die Arbeit des Kulturvereines Röda sind eine beachtliche Leistung. Nichts desto trotz erfordert die professionelle Abwicklung der Aufgaben sowie die Instandhaltung dieser Einrichtung Aufwendungen, die mit diesen Mitteln langfristig nicht gedeckt werden können. In vielen Verhandlungen haben wir darauf in den letzten Jahren hingewiesen und nach einem erneuten Jahr der Personalfreistellungen und unausgezahlten Weihnachtsgeldern muss auch an dieser Stelle auf den Bedarf des Vereines nach mehr Mitteln vor einer Kommune dokumentiert werden. Erst dieser Schritt ermöglicht auch aus überregionalen Töpfen neue Mittel zu lukrieren.“ Erlauben Sie mir dazu eine Anmerkung; das sollten Sie bitte auch berücksichtigen, dass es hier auch darum geht, wenn Vereine heute von uns weniger finanzielle Mittel bekommen, als sie benötigen und als sie beantragt haben, bekommen sie auch weniger Mittel vom Land, oder weniger Mittel vom Bund, weil vieler dieser Subventionen einfach gekoppelt sind an diese Drittelfinanzierung.
Ja, und Erinnerung eben, seitens des Kulturvereines Röda, statt mit 40.000,-- Euro mit 50.000,-- Euro budgetiert zu werden. Weiters weisen sie darauf hin, dass sie aufgrund des Budgets entnommen haben, dass es 2006 Euro 50.000,-- weniger Ausgaben für den Bereich der Kultur insgesamt gibt und dass das ein Alarmsignal ist, weil Kultur ein gesellschaftlicher Faktor ist und abseits von Arbeit und Freizeit wesentlich zum Klima einer Stadt beiträgt.
Zweite Erinnerung vom Hotel Minichmayr, die ist sehr kurz, ich denke mir, die kann ich vollinhaltlich vorlesen.
„Sehr geehrte Damen und Herren des Steyrer Gemeinderates! Wir erlauben uns nochmals höflich

darauf hinzuweisen, dass die seit mittlerweile Jahrzehnten geforderte Cityparkgarage im Zentrum der Stadt unabdingbar für eine positive Weiterentwicklung der Stadt ist. Der Standort Dukartstraße ist nicht akzeptabel und wurde schon einmal von ganz Ennsdorf abgelehnt. Da dieses Stadtviertel durch den benötigten Fußgängersteg über die Enns wirtschaftlich abgeschnitten wird und den gleichen Untergang befürchtet, wie Steyrdorf und auch bald der Stadtplatz. Der Stadtkern ist in seiner wirtschaftlichen Existenz bereits seit Jahren auf das Höchste bedroht, siehe leerstehende Geschäftslokale etc. und die Folgen für die Zukunft, falls nichts passiert, sind nicht mehr absehbar. Wir ersuchen um entsprechende Berücksichtigung dieses dringend anstehenden Projektes in der Budgetplanung für 2006."
Verein Paraplü: „Ich möchte Sie höflich daran erinnern, dass Caritasdirektor Mathias Mühlberger mit Schreiben vom 11. Mai 2005 sie ersucht hat, die Subvention für das Jahr 2006 für Paraplü auf € 15.000,-- zu erhöhen. Seit Bestehen des Paraplü 1994 haben das Land Oberösterreich und das BMI ihre Subventionen merklich erhöht. Lediglich die Stadt Steyr konnte sich bis jetzt zu keiner Erhöhung durchringen, trotz der bekannten Inflationsrate."
Eine weitere Erinnerung ist noch zum Thema Garage eingetroffen und zwar ein Vorschlag. „Ich möchte auf eine ganz einfache und billige Variante hinweisen." Die stammt vom Herrn Klaus Haider. „Gegenüberliegende Ennsseite beim Paddlerhaus und der Dukartstraße auf mehreren Ebenen einfache, halboffene Stellplätze mit Begrünung. Einbahnauffahrten und somit Anbindung an die Umfahrungsstraße wären leicht zu erstellen. Errichtung einer breiten Fußgängerbrücke in der Nähe der vorhandenen Gehsteigunterführung bei der Post. Vorteile: Geringe Baukosten, da mitgebaut bei der Sanierung der Dukartstraße. Keine großartigen Abrisse, Umsiedelungen, Geschäftsstörungen, Kanalverlegungen udgl. Sehr direkter Fußweg auch von der Ennsleite in die Stadt. Bei passenden Tarifen auch sichere Refinanzierung. Ennskai würde massiv entlastet. Nachteile: Abgang Brücke Stadtplatzseitig wäre eine architektonische Chance für das Stadtbild, daher aufwendig. Möglicherweise steht dieses Projekt anderen Ideen im Weg, dies ist aber meines Erachtens eine Frage der Prioritäten."
Letzte Erinnerung, ganz kurz, eingebracht von Karin Bilek, im Sinne der Anrainer, wo eine Unterschriftenliste nachgereicht wird. „Unsere Familie bewohnt seit 1920 ein Haus in der Damberggasse mit dazugehörigen Garten, der bis zur Katzenwaldgasse reicht. Als die Umfahrung Klotzberg – Schönauergasse – Katzenwaldgasse errichtet wurde, wurde uns versichert, dass ein Lärmschutz für die Anrainer errichtet wird. Leider sind Jahre ins Land gezogen, der Lärm und die Schadstoffbelastung durch den stark zunehmenden Schwerverkehr wird immer eklatanter und es passiert einfach nichts zum Schutz der Bewohner in dieser Region. Ich bin mir sicher, dass es auch in ihrem Interesse als Bürgermeister der Stadt Steyr liegt uns zu helfen und Lärmschutzmaßnahmen zu ermöglichen."
So, ich denke mir, diese Zeit hätte man wohl haben können, diese Erinnerungen zu behandeln und ich bitte Sie, Herr Bürgermeister, zumindest im nächsten Jahr, das als Selbstverständlichkeit zu sehen, dass zu Beginn der Gemeinderatssitzung jeder Mandatar diese Erinnerungen die einlangen auf seinem Tisch liegen hat und das damit auch Berücksichtigung findet.
So, damit ist meine Wortmeldung zu Ende, ich bedanke mich bei meinen Kollegen, dass sie mich vorgelassen haben. Kann bei der Abstimmung aus beruflichen Gründen nicht mehr da sein, aber ich würde natürlich diesem Budget auf jeden Fall die Zustimmung verweigern. Nicht weil ich gegen etwas bin, sondern weil ich für viele Dinge bin, die in diesem Haus leider nicht passieren.

Frau GR Mag. Michaela Frech verlässt um 15.44 Uhr die Sitzung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium. Im Gegensatz zum Vorjahr findet heuer eine sehr interessante und spannende Diskussion statt, ich glaube, das ist der positive Aspekt. Der negative Aspekt ist der, dass wie im vorigen Jahr mit großer Wahrscheinlichkeit auch dieses Budget nur von der Mehrheitsfraktion beschlossen wird. Es ist schon symptomatisch, wie seit der Wiedererringung der absoluten Mehrheit hier in Steyr politisch mit den anderen Parteien umgegangen wird. Zum Kollegen, Nochbetriebsratsvorsitzenden, Bremm, weil er wieder einmal gemeint hat – und wir haben fürwahr wirklich nichts mehr am Hut mit dieser Regierung, aber sich immer wieder herzustellen und es sich so einfach machen, das Land ist schuld bzw. die Bundesregierung. Da muss man mal sagen, andere Kommunen haben die selbe Regierung, lieber Kollege Bremm ...

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Denen geht es eh noch schlechter!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
In Linz sind ähnliche Mehrheitsverhältnisse und wenn ich mir die Berichte des Finanzreferenten der Stadt Linz über die Budgetpolitik für das kommende Jahr anschaue, der hat sich sehr wohl einiges einfallen lassen, nicht nur einen dreistelligen Personalabbau, ich habe gelesen 116 Leute, Zusammenlegung von ganzen Abteilungen und vieles mehr. Wir vermissen das in Steyr und unsere Fraktion ist auch die einzige, weil das heute wieder in Abrede gestellt worden ist, die keine neuen Projekte verlangt hat, sondern sehr wohl Einsparungsvorschläge eingebracht hätte, aber man hat es ja nicht der Mühe wert gefunden, mit unserer Fraktion länger zu verhandeln und wie sich heute herausgestellt hat, auch mit den anderen war die Bereitschaft nicht all zu groß.

Herr GR Mag. Gerhard Klausberger verlässt um 15.48 Uhr die Sitzung

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Man könnte sich das jetzt wirklich einfach machen und sagen, nur dort wo die SPÖ regiert, wie in Linz und Steyr, haben wir die höchste Arbeitslosigkeit. Wir tun das natürlich nicht, weil die Dinge eben nicht so einfach sind und eure Freunde in der Bundesrepublik, von der Struktur durchaus vergleichbar mit Österreich, die fahren ganz andere Arbeitslosenzahlen und haben auch nicht die große Lösung gefunden, wahrscheinlich liegt da die Problematik schon etwas anders.
Der Herr Bürgermeister hat die Hochwasserschutzmaßnahmen heute in seiner Budgetrede des Langen und des Breiten erklärt, vorgeschlagen und auch gepriesen, aber ich muss dieses Thema jetzt noch einmal anschneiden, weil es doch für die Stadt sehr wichtig ist. Ich möchte auf einen speziellen Umstand schon besonders hinweisen, weil er uns ganz wichtig sein muss, nämlich betreffend das Stadtbild; wann diese Maßnahmen, und ich bin ja gespannt, ob die dann umgesetzt werden, wirklich stattfinden werden, und zwar der Eingriff unterhalb der Rederbrücke, weil er wird nämlich viel Geld kosten müssen, weil die Billigvariante, dort nur den Felskamm abzuschremmen und sozusagen wie in einer Badewanne das Wasser auszulassen, hätte natürlich katastrophale Auswirkungen auf das Stadtbild und dort unten hätten wir dann wahrscheinlich eine Rattenrennbahn, weil sowenig Wasser drinnen wäre.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Das geht nur im Einklang mit Wehranlagen und die kosten sehr viel Geld und bevor es zu diesen Maßnahmen kommt, muss das in den Gremien wirklich eingehendst debattiert und besprochen werden. Es gibt ja auch einen Hochwasserbeirat, der zu meiner Verwunderung bis jetzt nur einmal getagt hat, ich weiß nicht, was aus diesem Gremium wieder geworden ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nach jeder Planungssitzung!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Wir werden sehen, ob das dann so ist, auf alle Fälle ist das ein ganz wichtiger Aspekt der Hochwasserschutzmaßnahme. Wir hoffen alle, dass sie wirklich auch alle umgesetzt werden, weil uns trifft das natürlich alle fast jedes Jahr, 60 bis 80 cm wäre eine gewaltige Verbesserung für uns. Wir würden uns wahrscheinlich die kleinen Hochwasser alle ersparen und bei großen machen 80 cm natürlich auch viel aus. Aber wie gesagt, das Stadtbild darf auf keinen Fall in dieser, von mir geschilderten Weise dann beeinträchtigt werden.
Kollege Apfelthaler, eines muss ich heute schon sagen, ich habe im Budget keinen Budgetposten gesehen, wo steht K IV so und soviel Euros. Ich weiß nicht, ob man die Politik nicht lieber da herinnen lassen soll, wo sie hingehört und nicht die Parteipolitik auf den Friedhof hinauftragen, wenn ein paar alte Herren, die über 80 Jahre sind, dort einen Kranz für ihre gefallenen Kameraden hinlegen, dann ist das, glaube ich, eine christliche Tugend, dass man denen das zugesteht und sich nicht dort hinstellen und dort eher miserable Parteipolitik betreiben. Man muss ein bisschen aufpassen, was man hier herinnen sagt, Kollege Apfelthaler. Ich brauche ja niemanden verteidigen, aber man muss ein bisschen aufpassen, was man hier herinnen sagt, ich sage das in aller Klarheit. Es gibt da nämlich ein Wortprotokoll, gell Kollege Kupfer, das ist ganz wichtig, so ein Wortprotokoll.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Du hast heute hier in diesem Gremium gesagt, dass die K IV – in bin dort nicht Mitglied und brauche

sie auch nicht verteidigen, aber man sollte bei der historischen Wahrheit bleiben – eine verbrecherische Organisation ist.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Laut „Nürnberger Prozess“.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Die K IV ist keine verbrecherische Organisation ...

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Lass mich ausreden, komm heraus und sag es selber. Die K IV ist 1954 unter der ausdrücklichen Billigung der Alliierten, des alliierten Rates und der Besatzungsmächte gegründet worden. Ich sage das nur, damit das einmal klar ist, die ist erst 1954 gegründet worden und ist als vierter Wehrmachtsteil damals mit ausdrücklicher Billigung der Besatzungsmächte erlaubt und gegründet worden, die – soweit ich weiß – kein anderes Ziel verfolgte, als wie diejenigen, die damals gefallen sind, in Erinnerung zu halten und ich glaube, das sollte man diesen Menschen auch zubilligen und der Gemeinderat sollte sich mit den wichtigen Themen beschäftigen, in Steyr haben wir eh genug andere Probleme, als wie primitivste Parteipolitik auf dem Rücken von ein paar Leuten, die sich nicht mehr wehren können, zu betreiben.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Vor ein paar Jahrzehnten, wie der Kreis dieser ehemaligen Waffen-SS Angehörigen noch größer war, hat man sich sehr wohl dieser Menschen bedient. Gerade in der SPÖ-Fraktion, im ersten Kabinett Kreisky, sind sogar ein paar Waffen-SS-ler drinnen gesessen, unter anderem der erste Landwirtschaftsminister. Jetzt auf diesen Menschen herum zu trampeln, weil sie sich nicht mehr wehren können, ist niederste Politik.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Diese Feststellung stimmt nicht, wir werden uns das im Protokoll anschauen. Es ist eh nicht unsere Aufgabe, dich zu klagen, ich mache dich nur darauf aufmerksam, dass das so nicht stimmt, wie du es gesagt hast.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine geschätzten Kollegen des Gemeinderates, liebe Presse. Ich glaube, man kann die bisherigen Wortmeldungen zusammenfassen und sagen, entweder man will, oder man will nicht. Ganz offensichtlich, da hat die Kollegin Frech natürlich schon Recht, allein der Umgang mit diesen Erinnerungen zeigt, dass man eigentlich nicht will. Unsere Akten bekommen wir elektronisch, es heißt, es ist kein Problem, wenn so etwas hereinkommt, eine Erinnerung, dass man das den anderen Fraktionen auch zukommen lassen könnte. Genauso wenig wäre es ein Problem, wenn man will, diesen Abänderungsantrag zur Vorbesprechung der jeweiligen Fraktionen schon auflegen zu lassen, wenn man will. Ganz offensichtlich wollte man heuer auch nicht, weil sonst ist es wirklich nicht vorstellbar, dass 4 Fraktionen, dass man unter 4 Oppositionsfraktionen mit niemanden eine Gesprächsbasis findet, dann kann man sagen, alle 4 sind mehr oder weniger indiskutabel. Vielleicht könnte man aber auch einmal den Umkehrschluss überlegen, vielleicht liegt die Schuld dann doch bei der Mehrheitsfraktion, wenn man nie jemanden anderen findet, der mit einem gemeinsam das Budget macht und das jetzt schon das zweite Jahr in Folge.
Lieber Kollege, Vizebürgermeister Bremm, im Stadtsenat und im Gemeinderat wurde beim Abbruch der alten Sporthalle beschlossen, Euro 147.000,-- exkl. USt., das sind inkl. USt. € 176.400,-- freizugeben und den Auftrag mit € 81.810,-- exkl. USt. an die Fa. Hasenöhrl Bau, St. Pantaleon, zu vergeben und an die Energie AG mit € 65.000,-- exkl. USt. Das ist hier in diesem Raum beschlossen worden. Wenn du den Zahlen, die ich sage, nicht glaubst, vielleicht willst du sie selbst lösen. Stimmen sie?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Die stimmen nicht!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das was da beschlossen wurde, was in der Auftragsvergabe und in der Ausschreibung drinnen war, stimmt nicht. Sehr gut, dann nähern wir uns wirklich Zuständen, wo ich sage, dann brauchen wir bald einen Kommissär. Das ist beschlossen worden und was du zuerst gesagt hast, auch hier verweise ich auf die Worte vom Payrleithner Hans, du hast abgestritten, dass dieser Betrag beschlossen wurde. Da hast du es, es ist beschlossen worden.
So, und jetzt gehen wir zum Budget. Es war schon sehr interessant, den Ausflügen des Finanzreferenten zuzuhören, die Exkursion Richtung Bund und die Hinweise, wo es überall nicht passt und wie gut es doch bei uns ist. Er hat natürlich Recht, vor allem die Einnahmenseite schaut ja nicht einmal so schlecht aus. Die Ertragsanteile sind von 2004 auf 2006 von 26,6 Mio. auf 29,8 Mio. Euro gestiegen, das heißt, binnen 2 Jahren sind die Ertragsanteile um 3,2 Mio. Euro gestiegen. Da drinnen, bitte schön, ich habe sie extra mit, weil wenn jemand sagt, die Zahlen stimmen nicht, dass wir sie gleich vorzeigen können, ob sie stimmen oder nicht. Bei den Steuern, und ich glaube, beim Budget ist es sicher richtig, und der Herr Bürgermeister hat ja damit begonnen, dass man sagt, man muss auch einen längeren Zeitraum betrachten, z. B. eine mittelfristige Finanzplanung sind 5 Jahre. Ich habe im vorigen Jahr schon urgiert und habe gesagt, es wäre gut und wichtig, wenn man ähnlich wie in der Gemeindeordnung für 440 Gemeinden vorgesehen auch bei uns gleichzeitig mit einem Voranschlag eine adaptierte Finanzplanung für die nächsten 5 Jahre vorlegt. Denn nur eine Tendenz gibt eine wirkliche Aussagekraft, wohin man sich entwickelt und wohin sich ein Budget entwickelt. Das Budget hier, wenn man sich anschaut, die Steuern haben sich von 2002 auf 2006, dieser angesprochene 5 Jahresschritt, von 21,3 auf 23 Mio., die Gebühren von 9 Mio. auf 10,76 Mio. erhöht. Auf die Steuern haben wir nicht recht viel Einfluss, aber auf die Gebühren und Abgaben haben wir selbstverständlich Einfluss. Bei den Ausgaben, da ist es auch ganz interessant, auch hier bitte nachzulesen, das ist jedem hier im Raum zugänglich, die Personalkosten – und zu den Personalkosten gehören selbstverständlich auch die Pensionen dazu, weil bei einer normalen Firma hat man das in den Lohnnebenkosten und wir müssen die Pensionen selbst bezahlen, also sind die Personalkosten selbstverständlich inklusive der Pensionszahlungen zu sehen – und diese Personalkosten waren 2002 25,9 Mio. und sind jetzt 2006 29,3 Mio., das sind um 3,391 Mio. mehr. Wenn ich das jetzt ins Verhältnis zu den Gesamtausgaben setze und sage, wie viel von den Gesamtausgaben gebe ich für das Personal aus, so waren das 2002 26,14 %, jetzt 2006 sind es 32,45 %. Da bitte nachzulesen. Wenn ich mir das jetzt ein bisschen näher anschaue, weil das ist natürlich der größte Brocken, das sind eben mehr als 1/3 unserer Gesamtausgaben, oder fast 1/3 unserer Gesamtausgaben und dann schaue ich mir an, wo haben wir denn so wirkliche Ausreißer drinnen? Dann sehe ich, Personalverwaltung ist in den letzten 5 Jahren um 15,8 % gestiegen, Pressestelle von Euro 331.000,-- auf Euro 406.000,--, das ist eine Zunahme von 22,8 %, Standesamt von Euro 246.000,-- auf Euro 345.000,--, eine Zunahme von 40 %, Bezirksverwaltung eine Zunahme von 52 %, dann sind das natürlich schon gewaltige Veränderungen, die nicht mit einer normalen Inflationsabgeltung zu erklären sind. Oder die Bezugsvorschüsse haben sich verdreifacht. Der gesamte Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, wie er hier in diesen Unterlagen angeführt wird, der ist von Euro 15.075.000,-- auf Euro 17.299.000,-- innerhalb dieser 5 Jahre gestiegen, ein Anstieg von 2,2 Mio. Die Volkshochschule ist ebenfalls um 24,2 % gestiegen. Es gibt natürlich auch Bereiche, die herunter gegangen sind, weil sonst würde die Rechnung ja nicht zusammenstimmen, die wollen wir natürlich auch ansprechen. Die Gemeindestraßen und der Straßenbau waren 2002 € 2.475.147,--, 2006 € 1.412.800,--, eine Verringerung auf 57 %.
Übrigens, weil die Kollegin Vizebgm. Mach will es immer nicht glauben, im Vorjahr, also im heurigen Jahr, Voranschlag 2005, wurden für Straßen
€ 1.019.400,-- ausgegeben. Eingenommen durch Transferzahlungen Bund, Land, OKA, Privathaushalte, die die Anschlussgebühren bezahlt haben, haben wir € 1.191.000,--, das heißt, der Straßenbau war ein Geschäft, wir haben effektiv um € 173.000,-- weniger ausgegeben als wir eingenommen haben. Auch das bitte hier nachzulesen.
Dann schauen wir weiter; Tourismus hat 2002 € 185.665,-- bekommen, jetzt € 174.100,--, auch ein Minus.
Die Wirtschaftsförderung war 2002 € 105.028,-- jetzt € 97.700,-- und die gesamte Wirtschaftsförderung 2002 € 310.724,-- und jetzt € 306.000,--. Das heißt, auch bei der Wirtschaftsförderung ein kleines Minus. Das meiste Minus, nämlich 100 % ist beim Museum, weil da gibt es gar keinen Posten mehr, da haben wir 2002 wenigstens
€ 81.000,-- drinnen gehabt und jetzt haben wir 0 drinnen. Für die gesamte – so hier bezeichnet – Heimatpflege, das waren 2002 € 404.000,-- und jetzt sind es € 223.600,--, immerhin auch ein Minus von 45 %. Kunst und Kultur, ist heute schon angesprochen worden, von € 478.000,-- auf € 453.000,--

sinkend.
Und jetzt glaube ich, muss ich etwas für den Kollegen Engelbert Lengauer und für mich sagen, es tut uns außerordentlich Leid, wir möchten uns in aller Form bei den Bürgern von Steyr entschuldigen, dass wir diesem Ressort vorstehen, ich als Referent, der Engelbert als Vorsitzender des Kulturausschusses, weil es ist ganz einfach fast nicht anders erklärbar, dass nur diese Bereiche Kürzungen haben und die anderen Bereiche steigen. Ich glaube, dass das parteipolitisch motiviert ist und darum tut es mir auch für die Bürger Leid.
Der Herr Bürgermeister hat einen Ausflug zur Bundespolitik gemacht und hat gesprochen, wie schlecht es beim Bund ausschaut und wie gut es im Verhältnis bei uns doch ist. Dann darf ich Ihnen hier sagen, dass die Stadtschuldenquote zwischen 2000 und 2005 um 3,2 % gesunken wurde und die Staatsschuldenquote 2005 63,4 % beträgt.
Das Wirtschaftswachstum real ist 2005 1,7 % gewesen und, ich glaube das ist auch sehr wichtig, die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 9,7 % zu hoch, gegenüber Deutschland mit 15,1 % sind wir allerdings noch verhältnismäßig gut unterwegs. Die Vermittlungsdauer von Arbeitslosen dauert bei uns 15 Wochen, in Deutschland 37 Wochen und das Beschäftigungswachstum betrug bei uns 1 %, in Deutschland 0,3 %. Ich gehe deswegen ein bisschen ausführlicher darauf ein, weil es natürlich schon ganz interessant ist, wenn man sich jetzt doch die Entwicklung dieses Schuldenstandes vor Augen führt.
Ich möchte schon anführen, in der Finanz- und Rechtsausschusssitzung wurde der Voranschlag für 2006 besprochen, wir haben Unterlagen dafür bekommen, das sind jene Unterlagen hier, nicht irgendwelche fiktive Zahlen, die von irgendwo herausgesucht wurden, sondern hier auf diesem Blatt, das auch ein jeder von unseren Kollegen im Gemeinderat hat, geht hervor: Rücklagenstand per 31. 12. 2004 € 8.750.000,--, geschätzter Stand 31. 12. 2006 € 1.189.158,--. Man muss natürlich immer schauen, wie entwickeln sich die Schulden unter Berücksichtigung der Rücklagen und wenn ich mir dann anschaue, alles nach diesen Zahlen, die wir in der Finanz- und Rechtsausschusssitzung präsentiert bekommen haben, das ist immerhin jetzt im Oktober gewesen, nachdem praktisch das 3. Quartal am Tisch gelegen ist, hier wurde die Schuldenstandsentwicklung prognostiziert vom 31. 12. 2004 mit € 63.073.722,-- in Richtung 31. 12. 2006 mit € 76.719.964,--, eine Zunahme von € 13.646.242,--. Die Rücklagen ebenfalls wieder auf dem fußend, 2004 8,7 Mio. Euro auf 31. 12. 2006 Euro 1.189.158,--, das gibt eine Reduzierung um 7,5 Mio. Euro. Das heißt, wenn man diesen Prognosen Glauben schenkt, wir haben gehört, der Bürgermeister hofft dass es besser wird, ich glaube das hoffen wir alle miteinander, dann gibt es eine Verschlechterung von Euro 21.207.000,--, das ist in Schilling - vielleicht ist das für manche noch ein greifbarerer Wert – 291.821.560,--. Das Ergebnis daraus ist, dass die Zinsen zwischen 2004 und prognostiziert 2006 um 71 % steigen, die Zinsen, die die Bürger von Steyr zahlen müssen. Das heißt, die Gesamtfinanzsituation hat sich von 2004 von 54 Mio. auf 2006 prognostiziert 75 Mio. verschlechtert, das ist eine Zunahme von 39 %.
Wenn ich das jetzt wieder hernehme, und jetzt gehe ich zu einer Äußerung, die der Herr Bürgermeister hier getroffen hat: „Sauer ist Bürgermeister Forstenlechner auf VP Stadtrat Mayrhofer, weil ihn dieser in einem VP Blatt als Schuldenkönig bezeichnet hatte. Das ist eine fast beleidigende Meldung und verschlechtert das Klima, ist Forstenlechner verärgert.“ Dann darf ich auf das hinweisen, das ist den meisten von Ihnen hier wahrscheinlich bekannt, das ist ein Postwurf vom Steyrer Stadtmagazin. Der Herr Bürgermeister hat zwar gesagt: „Dafür bin nicht ich verantwortlich, ich bin nicht der Fraktionsobmann.“ Ich nehme doch an, dass der Herr Bürgermeister wenigstens weiß, was da drinnen gedruckt wird und da steht: „Schüssel ist der Schuldenkönig.“ Wenn ich zuerst die Zahlen zitiert habe und jetzt die Zahlen von Steyr, dann muss ich sagen, dann tut mir dieser Ausdruck Leid und ich nehme ihn zurück. Ich ernenne Sie hiermit zum Schuldenkaiser, Herr Bürgermeister, denn das verdienen Sie, wenn man das Verhältnis hernimmt, wie sie Schüssel beschuldigen und wie das Budget für 2006 bei Ihnen aussieht.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich glaube, das Entscheidende bei einer Budgeterstellung kann nicht eine Momentaufnahme sein, das kann nicht sein, dass ich nur sage, das eine Jahr interessiert mich, sondern ich muss mir wirklich überlegen, wohin geht denn die Fahrt. Wenn man sich die Fahrt anschaut, wie jetzt skizziert in den letzten 5 Jahren, mit diesen sehr starken Ausprägungen in den letzten 2 Jahren, dann ist es zuwenig nur darüber zu diskutieren, wo können wir jetzt wirklich einsparen, sperren wir – wie es geheißen hat – die Straßenbeleuchtung ein bisschen früher ab, oder wo machen wir sonst noch etwas, oder wir kaufen kein unnötig benötigtes - wort-wörtlich – Schreibmaterial. Dann ist das natürlich ein Weg, wie man sich einer Budgetsanierung nähern kann, für mich ist er nur nicht zielführend. Was wir wollten, ist klare Diskussion darüber, über strukturelle Änderungen, nicht darum, welcher Verein bekommt jetzt ein bisschen mehr, oder ein bisschen weniger, sondern wirklich eine Grundsatzdiskussion, muss

wirklich alles was wir machen, die Stadt machen, kann man nicht gewisse Bereiche in die Eigenverantwortung des Bürgers zurückgeben, oder kann man nicht auch gewisse Bereiche privatisieren. Es ist nicht so weit hergeholt, lieber Kollege Bremm, und deine sozialdemokratischen Kollegen in Wels haben es ja auch vorgezeigt, man kann die Verkehrsbetriebe selbstverständlich privatisieren und das auch mit dem Ziel, eine Kundenzufriedenheit zu erzielen. Die ist nämlich in Wels nach der letzten Umfrage sehr wohl mit dem öffentlichen Verkehr gewährleistet. Das heißt, auch das kann kein Dogma sein, auch über das sollte man diskutieren können. Der Herr Eichhübl hat es heute schon richtig angesprochen, das mit dem Gas schwimmt uns den Bach hinunter, auch hier ist wirklich zu diskutieren, obwohl es für einen wirklich gut erzielbaren Preis fast zu spät ist, ob man sich nicht von diesem Betrieb trennt und dafür überlegt, ob man nicht in andere Bereiche einsteigt. Aber genau das vermissen wir in der Diskussion und ich betone noch einmal, es war ganz offensichtlich kein Wille da, mit irgendeiner dieser 4 Oppositionsparteien wirklich einen gemeinsamen Weg zu bestreiten. Vielleicht fühlen Sie sich alleine wohl, Sie werden alleine bleiben.

Frau GR Ute Fanta kommt um 16.12 Uhr wieder in die Sitzung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Zu Wort gemeldet hat sich Vzbgm. Bremm. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich möchte meine Rede, die ich schon gehabt habe, nicht wiederholen, aber nur zur Richtigstellung. So ist der Umgang von dir mit den Zahlen, sich herzustellen und einfach etwas zu behaupten und dann legst du dir den Amtsbericht her, ohne dass du ihn dir vorher ordentlich angeschaut hast und dir denkst, da bin ich lieber ruhig. Da wärst du vielleicht gut beraten. Genau in dem Amtsbericht steht nämlich drinnen, wo du in deiner Zeitung das Gegenteil behauptest. Da steht nämlich drinnen: „Die Abbrucharbeiten € 160.000,--“, der Abbruch der alten Sporthalle, hier im Amtsbericht € 81.810,-- und vielleicht kann ich dir den kleinen Hinweis geben, wir sind nämlich in diesem Bereich Vorsteuerabzugsberechtigt und dadurch ist das der Betrag und nicht aufrechnen. Sonst rechnest du noch irgendwo einen Zuschlag dazu. Dann steht noch dabei – man soll nämlich schon immer die Wahrheit auf den Tisch bringen – im Amtsbericht wird genau darauf hingewiesen, lieber Gunter – „Im Zuge der Abbrucharbeiten muss eine bestehende Trafostation demontiert werden.“

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Hat das jetzt nichts mit dem Abriss zu tun?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Lass mich fertig lesen, es steht eh da „und ausgelagert werden.“ Es ist nämlich eine Frage, wie man mit der Wahrheit umgeht. „Für diese Maßnahmen werden mit der Energie AG Verhandlungen über eine Kostenteilung geführt.“ Mit Datum vom 25.08.2005, unmittelbar darauf muss die Stadtsenatsitzung gewesen sein, Anfang September. Man kann eh unterschiedlicher Meinung sein, ob man die abreißt oder nicht, aber ich bin schon dafür, dass man immer die Wahrheit sagt. Sollte eine Kostenteilung nicht erzielt werden können, mit der Energie AG werden über eine Kostenteilung Verhandlungen geführt, dann müssten da zusätzlich € 65.000,-- investiert werden, weil wir ein neues Trafohaus hinstellen werden. Wenn du schon sagst, bezüglich wollen oder nicht wollen, wenn du die Wahrheit sagen wolltest, dann hättest du anrufen können, ob mit der Energie AG eine Kostenteilung möglich gewesen ist oder nicht, das hätten wir zu dem Zeitpunkt, wie die Zeitung herausgekommen ist, längst gewusst. Erstens stimmt die Zahl nicht, auch wenn wir die € 65.000,-- hätten zahlen müssen, wären es auch erst € 145.000,-- gewesen und nicht € 160.000,--, weil wir nämlich auch geschickt verhandeln, weil wir auch gute Leute haben, das habe nicht ich verhandelt, sondern die Fachabteilung hat verhandelt und es war eine Kostenteilung möglich und der Abbruch der Sporthalle hat nicht € 160.000,-- gekostet, sondern € 30.000,-- plus die € 81.000,--. So ist das, das sollte man da auch lernen und nicht sich hier einfach herstellen und irgendetwas behaupten, was dann nicht stimmt. Das muss ich schon dazu sagen und mehr will ich auch gar nicht mehr sagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Als nächster hat sich der Kollege Hackl zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Geschätztes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Es ist schon sehr kühn, wenn sich gerade der Gunter Mayrhofer da herausstellt und davon redet, was man alles an Personal einsparen sollte und wie enorm die Personalkosten steigen. Er, der dafür verantwortlich zeichnet, dass die ÖVP

Fraktion die einzige ist, die einen zusätzlichen Gemeinderat ernannt hat, dieses legitime Recht ausgenutzt hat, sage ich gleich dazu und ich bin es dem Kollegen Altmann von Herzen vergönnt, aber es ist schon eine Frage der Glaubwürdigkeit gegenüber den anderen Magistratsbediensteten da zu sagen, es wird alles teurer und gleichzeitig als ÖVP den Griff in die Gemeindekasse zu machen und noch sagen, wir finanzieren einen Gemeinderat mehr. Ich weiß nicht, ob das lustig ist, aber es ist auf alle Fälle Fakt, es ist übrigens im Duden nachzulesen, Fakt und Faktum ist beides das selbe, das nur zur Erklärung zu deinem Leserbrief. Dem nicht genug, es gibt auch eine Fraktionsobfrau, die zusätzlich bezahlt werden muss, auch ein Novum in diesem Haus. Normalerweise war es bisher so, dass das die Stadtsenatsmitglieder gemacht haben und somit gratis. Das nur zu dem, was Glaubwürdigkeit anbelangt und die Magistratsbediensteten werden sich, glaube ich, ihren Reim daraus machen. Ich möchte ihnen aber einmal etwas zeigen. Diejenigen, die länger herinnen sind, können sich vielleicht noch an das erinnern, das ist ein FPÖ-Pamphlet aus dem Jahre 1996 – ich zeige es aber nicht nur deswegen her, weil sehr ähnlich Vokabeln aufscheinen „Pleitebudget, die Stadt Steyr ist pleite." Das war also 1996, in der Zeit, wo der Herr Dr. Pfeil die FPÖ angeführt hat und wo man im Rückblick wirklich sagen kann, ich war damals nur Beobachter, das Niveau, das gewesen ist, war schon relativ tief und auch von sehr vielen persönlichen Angriffen gegen den Herrn Bürgermeister Leithenmayr geprägt. Aber das war damals unter Herrn Dr. Pfeil und ist Geschichte, heute im Dezember 2005 haben wir eine beinahe idente Wortwahl, interessant, und eine beinahe aufs Haar gleichende Polemik, nur dass diesmal nicht der Hermann Leithenmayr das Ziel der auch persönlich verletzenden Angriffe ist, sondern der Herr Bürgermeister Forstenlechner, der sich unter anderem als Schuldenkönig bezeichnen lassen muss, aber der Gunter Mayrhofer hat ja noch eines draufgelegt und gesagt, er ist auch noch der Schuldenkaiser. Also, kannst stolz darauf sein, war wirklich super.

Gelächter

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Also diesmal zeichnet nicht der Herr Dr. Pfeil dafür verantwortlich, sondern der Gunter Mayrhofer. Ich muss wirklich sagen, und das ist jetzt auch kein Spaß, ich bin persönlich zutiefst enttäuscht von der ÖVP, ich hätte nie geglaubt, dass eine Steyrer ÖVP einen derart destruktiven und persönlich verletzenden Politstil an den Tag legen würde. Aber mehr noch, lieber Gunter, du hast ja persönlich noch eines draufgelegt, das ist auch noch eine Einmaligkeit, dass man dem Bürgermeister und Finanzreferenten über die Medien ausrichten lässt, dass offensichtlich die Kommune gegen den Baum fährt, sich quasi als Finanzreferent nicht auskennt und ein Desaster anrichtet, da in dieser wunderschönen Stadt und sich am selben Tag mit dem Herrn Bürgermeister und Finanzreferenten ins Flugzeug setzt, tut wie wenn nichts gewesen wäre und auf gut Freund spielt. Also ich denke, das ist schon eine besondere menschliche Qualität, über die man nur den Kopf schütteln kann und die du wirklich selbst nur zu verantworten hast, das kann dir niemand abnehmen. Die FPÖ mit Herrn Dr. Pfeil, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hat mit diesem Politstil, mit diesen persönlichen Angriffen und Panikmache bei der Wahl 1997 keine einzige Stimme dazu gewonnen, weil die Steyrerinnen und Steyrer erkannt haben, dass hier ein Zündler am Werk ist, der alles schlecht macht und offensichtlich auch Freude daran hat, andere anzupatzen. 6 Jahre später, bei der Wahl 2003, da können wir uns alle noch sehr gut daran erinnern, die hat ja der Herr Dr. Pfeil nicht mehr selbst gemacht, es gibt ja heute noch Aussagen im Kreise der FPÖ, die sagen, das war Feigheit vor dem Feind, aber er war dann nicht mehr der Frontmann, sondern das hat dann der Roman Eichhübl auslöffeln müssen, aber im Herbst 2003 hat die FPÖ ja bekanntlich nur mehr 3 Mandate erreicht. Das sage ich deswegen, weil es auch an die Adresse der ÖVP geht, weil ich meine, wenn die Steyrer ÖVP den Politstil eines Dr. Pfeil imitiert, im Endeffekt wie man sieht 1 : 1 kopiert, dann wird sie genauso die Rechnung von den Steyrerinnen und Steyrern präsentiert bekommen, da bin ich ganz sicher. Auch zur Erinnerung, weil du lieber Gunter, als Spitzenkandidat angetreten bist, hast es geschafft, deine ÖVP von 8 auf 6 Mandate zu reduzieren. Ich würde sagen, ein sehr, sehr schlechtes Ergebnis und 2003 ist es dir gelungen, dieses desaströse Ergebnis bravourös zu halten, da kann ich auch nur gratulieren und jetzt bist du offensichtlich mit diesem Politstil auf den Weg dorthin, dass du die FPÖ auch im Grunde mit den Mandaten einholen möchtest. Also, von 6 auf 3, ich wünsche dir viel Glück und ich muss auch sagen, im Endeffekt kann es mir als SPÖ Mandatar grundsätzlich egal sein, wenn ein ÖVP Chef da so eine Art Selbstzerstörungstrieb an den Tag legt. Es ist mir aber deshalb nicht egal, weil es hier nicht um die persönlichen Befindlichkeiten von einem Politiker geht, es geht hier wirklich um Steyr, es geht um das Ansehen der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger und dieses Ansehen, das unsere Stadt recht genießt, lasst uns das nicht durch parteipolitisch motivierte Schwarzmalerei und Miesmacherei und das Schüren von Ängsten zerstören. Dazu ist dieses Ansehen zu kostbar und zu wertvoll. Die Stadt Steyr – und das ist ein Faktum, oder auch ein Fakt, lieber Gunter – ist natürlich nicht pleite. Die Stadt Steyr kann natürlich auch in Zukunft ihre Schulden bedienen, keine Frage, und

zwar völlig problemlos, und die Stadt Steyr ist auch in Zukunft eine Stadt mit überdurchschnittlich hoher Lebensqualität, mit Bürgerinnen und Bürgern, die beispielsweise über das höchste Medianeinkommen Österreichs verfügen, interessanter Fakt dazu, und nicht zuletzt eine Stadt mit Bürgerinnen und Bürgern, die eines ganz sicher nicht wollen, völlig unbegründete Panikmache und Miesmacherei. In diesem Sinne möchte ich wirklich mit einem Appell schließen, der sich in aller Freundschaft an die ÖVP Fraktion, speziell an dich, lieber Gunter, richtet: Kehret um, ihr seid auf dem falschen Weg.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke für diese Wortmeldung. Wünscht noch jemand das Wort? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, sie sehen wie Wahrnehmung, eigene Wahrnehmung, Fremdsicht, Eigensicht sich unterscheiden können. Wenn der Herr Kollege Bremm herausgeht und sagt, hast du dir den Antrag nicht gescheit durchgelesen – und den Antrag darf ich Ihnen, wenn Sie wollen, noch einmal zur Kenntnis bringen:
Die Mittel, für die in Rede stehenden Maßnahmen in einem Gesamtausmaß von € 146.810,-- exkl. USt. sind mit einem Betrag von € 175.000,-- im Voranschlag 2005 vorgesehen. Es wird daher um eine Mittelfreigabe in dieser Höhe ersucht, sowie um Auftragsvergabe an die Fa. Hasenöhrl Bau und an die Energie AG.
Da steht es; sollte sich in der Zwischenzeit etwas geändert haben, dann muss mir aber wirklich entgangen sein, dass wir hier eine Information darüber bekommen haben. Vielleicht hängt das auch mit der Art und Weise und mit dem Umgang mit der Opposition zusammen. Der Kollege Hackl, ich habe leider verzweifelt das Impressum gesucht, ich gehe davon aus, dass du für den Inhalt verantwortlich bist, du brauchst gar nicht so weit bis zum Pfeil zurückgehen, du brauchst nur bis zu dir selbst gehen. Meine Aussage deckt sich wortwörtlich mit der Aussage, die du getätigt hast, auf eine andere Person, aber genau dasselbe, Schüssel ist der Schuldenkönig. Ich nehme doch an, dass du dir überlegt hast, was du geschrieben hast. Was mein Ziel damit war, euch einen Spiegel vorzuhalten, dass das eine Art und Weise ist, die nicht in Ordnung ist. Ich habe nur das gemacht, was ihr genauso in einem Postwurf an die gesamte Bevölkerung von Steyr weitergegeben habt. Aber das hat man heute eh schon ein bisschen beim Herrn Bremm gemerkt, der Wahlkampf, der Nationalratswahlkampf 2006 kommt anscheinend näher und dann beschäftigen wir uns nicht mit unserem Budget, sondern wir beschäftigen uns lieber mit dem Budget vom Bund, weil unser Budget ist ja eh so gut, wir haben ja eh kein Problem.
Wir haben derzeit 6,2 % Arbeitslosenrate; der Kollege Bremm hat es genauso angesprochen, dass der Bund so eine hohe Arbeitslosenrate hat und er hat ja auch in diesem Blatt hier geschrieben, auch in einer sehr amikalen Art und Weise, aber wir kennen uns, wir halten uns gegenseitig schon aus, dass ich die Tatsachen verdrehe, weil ich mir erlaubt habe, darauf hinzuweisen, dass oh Wunder die Arbeitslosenzahlen, vor allem in Gebieten, wo die alleinige Verantwortung die SPÖ hat, mit Abstand höher sind. In Wien sind sie mit Abstand von allen Bundesländern am Höchsten, gefolgt von Burgenland und in Oberösterreich, wo wir bitte einen Superwert haben, da liegt Steyr gewaltig an der Spitze.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Und da sind nur wir Schuld?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das heißt, ich glaube, die Wirklichkeit verdrehen, ist vor der Wirklichkeit, lieber Gerhard, die Augen verschließen, nämlich dass man auch als Bürgermeister und auch als mit Mehrheit regierende Fraktion auch eine Verantwortung für den Arbeitsmarkt in Steyr hat.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Jetzt habe ich zuerst einen Punkt nicht angesprochen, das ist der Schulgesundheitsdienst. Der ist von 2002 von € 19.127,-- auf 2006 € 51.200,-- gestiegen. Er hat sich also um das Zweieinhalbfache erhöht. Wir haben in einer Sitzung des Stadtsenates über die Aufnahme einer zusätzlichen Person gesprochen, die diesen schulgesundheitlichen Dienst vornehmen soll. Ich erinnere mich noch, als wir gefragt haben, ist das jetzt zusätzlich oder anstatt, oder wie schaut das aus? Und da war Ihre Aussage, Frau Mach, ganz wird es sich nicht kompensieren lassen, aber es wird ein bisschen teurer,

wortwörtlich. Im heurigen Jahr, für das Budget 2005 haben wir € 26.860,-- drinnen, jetzt € 51.200,--. Das ist aber nicht der Grund, warum ich es anspreche, ich spreche diesen Punkt deshalb an, weil er mich persönlich wirklich sehr berührt und es die Möglichkeit der aktuellen Stunde, wenn wirklich aktuell etwas hereinkommt, nicht mehr gibt. Ich möchte fragen, ob es stimmt, dass gegen einen Beamten unseres Hauses ein Vorverfahren läuft, und zwar wegen der Delikte § 207, sexueller Missbrauch von Unmündigen, § 208, sittliche Gefährdung von Personen unter 16 Jahren und § 218, öffentliche unzüchtige Handlungen. Es liegen ausreichende Verdachtsmomente vor, dass das gerichtliche Vorverfahren von der Staatsanwaltschaft eingeleitet wurde. Die polizeilichen Vorerhebungen sind bereits abgeschlossen und es befindet sich das Verfahren bereits im Stadium der landesgerichtlichen Voruntersuchung. Am 20. Jänner findet die Einvernahme durch den Untersuchungsrichter des Landesgerichtes Steyr statt. Sie können mir glauben, dass ich das nicht gerne mache, dass ich das hier jetzt im Gemeinderatssaal frage, ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist auch nicht zulässig!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
... aber ist es zulässig, dass der selbe diese Woche, nach Erhebung der Anschuldigungen, in die selbe Schule geht, zu den selben Schülern und dort die Untersuchungen vornimmt? Versetzt Euch doch bitte einmal in die Lage von so einem Kind hinein. Ich ersuche wirklich, dass man mit sofortiger Wirkung schaut, dass dieser Beamte – es gibt die Unschuldsvermutung – solange diese Voruntersuchung läuft, nicht mehr auf die Kinder losgelassen wird. Ich glaube, das ist das Mindeste, weil Kenntnis hat man auch hier im Haus davon.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Willi Hauser.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Sehr geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Ich möchte nur zu ein paar ganz wenigen Dingen kurz Stellung nehmen. Ich denke mir immer, natürlich kann man die Personalkostendebatte immer so darstellen, als wie wenn sie der einzige Tod jeder öffentlichen Verwaltung oder sonstiger Dinge ist. Nur eines muss man schon dazusagen, die öffentliche Verwaltung ist letztlich für die Bürger da, die Bediensteten, die beim Magistrat bzw. in deren Betrieben arbeiten, sind auch für die Bevölkerung da und die Nutznießer dieser Arbeit ist letztlich die Bevölkerung. Eines muss man auch ganz klar dazusagen, es ist halt so, und diese Gesetze haben nicht wir geschaffen, dass z. B. aus dem Beamtenrecht heraus die Kosten dafür vom Dienstgeber aus dem Budget heraus zu tragen sind. Das heißt, diese Systeme sind da, diese Systeme haben wir auch zu erfüllen, wir sind dazu aufgerufen, die gesetzlichen Bestimmungen auch dementsprechend einzuhalten und daher fallen die Pensionisten auch hier an, was bei jedem anderen Betrieb so nicht ist. Das muss man halt auch so zur Kenntnis nehmen, auch wenn es einem nicht passt und nicht gefällt, daher sind diese Dinge eben auch in den Personalkosten inkludiert. Manch andere, die vor allen Dingen im Bereich der Verwaltung tätig werden, würden sich wünschen, wenn sie nur ca. 26 % bzw. 27 % des Geldes, das sie zur Verfügung haben, für Personalkosten ausgeben müssten.
Nun aber kurz zu drei anderen Dingen, die mich auch ein bisschen verwundern. Das eine, dass die ÖVP ständig glaubt, sie sei Opposition und in Wirklichkeit sitzen sie in der Stadtregierung, da habe ich offensichtlich irgendetwas versäumt, denn ich denke mir, wenn man in der Stadtregierung sitzt und dort mitbestimmt, dann kann man nicht so zur Opposition gehören. Aber wahrscheinlich fühlt man sich dort wohler.
Die zweite Geschichte, die mich schon immer sehr verwundert, dass man immer von Privatisierungen spricht und wenn man auf der anderen Seite dann eh schon gemerkt hat, was die Gasliberalisierung letztlich mit sich gebracht hat, und da kann man schon eindeutig sagen, dass das – lieber Roman, ich hoffe du verzeihst mir – die blauschwarze Regierung damals beschlossen hat und sich sozusagen auch politischerseits eine kleine Spielwiese geschaffen hat, wo sie Steuerungselemente eingeführt haben, die zu Millionenbeträgen bezahlt werden müssen, nämlich von uns, dem Gaswerk bzw. den Gaskunden, dann muss man schon dazusagen, das selbe Spiel auch mit dem öffentlichen Verkehr machen zu wollen, das finde ich auch sehr kühn. Und wenn der Herr Kollege Mayrhofer hier sagt, dass es eine Umfrage in Wels gegeben hat, wie großartig sie mit dem öffentlichen Verkehr dort zufrieden sind, dann muss man sagen, der öffentliche Verkehr dort war immer privat. Sie haben keinen anderen gekannt und wenn man einen öffentlichen Verkehr, der privater Natur ist, in Steyr einführt, dann wird die Umfrage nach einem Jahr ganz anders ausschauen, weil es nämlich keine solche Bedingungen mehr gibt wie jetzt. Wo wir von den Stadtwerken aus 1,6 Mio. Euro Defizite, die

dort entstehen, bis dato auch intern abgelten. Das muss man auch einmal dazusagen, dass nämlich in Wirklichkeit in jeden Stadtteil und in fast jede entlegene Gegend, die es auch hier in der Stadt gibt, auch ein Autobus geführt wird, und dort die Bürgerinnen und Bürger dementsprechend auch vom öffentlichen Verkehr befördert werden. Das Defizit, das beim öffentlichen Verkehr bei den privaten entsteht, das zahlt nämlich die Stadt Wels aus ihrem Budget als Zuschuss dazu. So ist es ja nicht, dass das der Stadt Wels nichts kostet. Wissen Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, so lange wir es in diesem Betrieb noch immer schaffen, die Negativas, die da bei den einzelnen Sparten entstehen, durch andere letztlich auszugleichen, kann das kein schlechtes Geschäft sein. Daher verstehe ich auch manchmal nicht ganz, wenn man immer nur darüber jammert, dass gerade wir die Bösen sind, die letztlich hier Tarife bzw. Gebühren erhöhen, denn überall anders macht das überhaupt nichts. Wenn irgendwo anders etwas verkauft, veräußert, angeboten wird, dann wird der Preis nach Marktangebot und Nachfrage gerichtet, nur wir dürften das nie tun, weil wir sind ja offensichtlich nur ein Sozialverein. So ist es aber nicht und uns wird ständig vorgerechnet, wie denn die Deckungsbeträge sind und was wir nicht alles tun müssten, dass das eben positiver ausschaut. Letztlich möchte ich auch eines dazusagen, diese ganze Diskussion, immer und ständig, weniger Staat, mehr privat, was man auch auf die Kommunen umlegen kann, hat letztlich zu nichts anderem geführt, als dass man Arbeitslose produziert hat, indem im öffentlichen Dienst weniger Leute beschäftigt sind und diese Leute dann nicht die Beschäftigung in der Privatwirtschaft finden.
Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Es wäre schön, wenn ihr mir auch zuhören würdet, ich habe euch vorher auch zugehört.

Ordnungsruf

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Diese ganzen Programme, die da gestartet werden, vom Bund bis in die Kommunen, produzieren definitiv Arbeitslose und daher kann man sich auch nicht permanent damit einverstanden erklären, dass wir diesen Weg weiter beschreiten.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Daher glaube ich letztendlich auch, dass es eine große Verantwortung aus der Wirtschaft gibt, Arbeitsplätze zu schaffen. Nur davon, geschätzter Herr Wirtschaftskammerobmann, merke ich nichts, dass Sie dafür eintreten, denn wir machen Programme, die von öffentlicher Hand unterstützt werden, dass wir Lehrlinge unterbringen. Da muss man den Unternehmern Geld geben, dass sie einen Lehrling beschäftigen. Man macht Programme, dass die Infrastruktur angekurbelt wird, dass es Arbeit für die Leute gibt und dass die Wirtschaft floriert, aber man sagt nie dazu, dass es ohne der öffentlichen Hand nicht geht. Nur dann, wenn wir ein Budget zu beschließen haben, dann passt es plötzlich nicht, weil dann geben wir zuviel Geld aus und so kann es nicht sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Herr Kollege Schuster bitte.

GEMEINDERAT MAG. ERWIN SCHUSTER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Zuerst an die Adresse von Herrn Stadtrat Mayrhofer; es ist, glaube ich, sehr bedenklich in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung Einzelpersonalangelegenheiten anzusprechen. Zum Zweiten, zu Ihrem Zahlenverständnis, es ist ja hochinteressant. Da wird in der Rundschau zitiert, schreibt dann in einem Leserbrief, dass die Rundschau ihn falsch zitiert hätte und schreibt im gleichen Leserbrief – und das stimmt wieder nicht – da zitiere ich jetzt: „Der Gesamtpersonalaufwand beträgt 34 % des Gesamtbudgets, 30,8 Mio. Euro.“ Und das stimmt auch nicht, weil Sie müssen eigentlich wissen, und lange genug sind sie ja in der Politik, dass das Gesamtbudget aus ordentlichen und außerordentlichen Haushalt besteht. Wenn man das zusammenzählt und durch den Gesamtpersonalaufwand rechnet, dann kommen ganz andere Zahlen heraus. Aber wie gesagt, das ist ja nicht das Einzige, Sie haben nur ein bisschen Probleme mit den Zahlen. Sie schreiben z. B. BMW Steyr – 20 Lehrlinge, da hat sich sogar – und ich glaube, der ist in diesem Kreis bekannt – der Rudolf Handlgruber, der Pressechef des BMW, bemüßigt gefühlt, dass er sagt, nicht 20 Lehrlinge bei BMW, sondern schon das drei bis vierfache. Zum Schluss möchte ich mich dem anschließen, was

mein Kollege Hackl gesagt hat, es kann eh sein, dass Sie so weiter tun, aber vielleicht heißt es dann bei den nächsten Wahlen, alle haben das Ergebnis erreicht, nur Gunter blieb drunter.

Gelächter

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist in dieser heutigen Budgetdiskussion zu ganz absonderlichen Blüten gekommen und das ist soweit gegangen, dass vertrauensvolle Daten hier diskutiert werden. Das hat mich schon einigermaßen erschüttert, ich kenne natürlich diesen Sachverhalt und ich bin ganz überzeugt, dass wir richtig gehandelt haben, aber es kann jetzt so sein, wie es jetzt sehr oft bei Ihnen war, Herr Mayrhofer, dass Sie irgendwelche Daten einfach in den Raum gesetzt haben, wo sich nachher dann herausgestellt hat, dass das alles nicht stimmt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Es gibt hier ein Wortprotokoll und Sie können mich belangen, wenn etwas falsch ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei mir im Büro war die Landessanitätsdirektorin, die hat mit mir diskutiert und die hat in Anwesenheit von unserem Gemeindearzt, in Anwesenheit vom Magistratsdirektor, gesagt, die Untersuchungsmethoden des Herrn – wir können ihn eh beim Namen nennen – Dr. Nones sind absolut in Ordnung. Ich habe trotzdem darauf reagiert und gesagt, es wird eine Dame eingestellt, obwohl – und da schaue ich jetzt zum Dr. Schodermayr – es für mich bedenklich erachte, wenn ich sage, ein Doktor darf nur mehr Männer und keine Frauen untersuchen. Das ist für mich eine Vorgangsweise, die ganz eigenartig ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das sind ja Jugendliche, Kinder.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich habe die Methode gewählt, dass ich gesagt habe, wir stellen eine Dame als nächste Schulärztin ein und das haben wir auch getan. Das nur zu dieser Sache und zur Aufklärung.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zum Budget habe ich natürlich bewusst die steuerliche Situation in Österreich beleuchtet und ich habe auch ganz genau die Entwicklungen aufgezeigt. Das mache ich nicht, weil ich irgendwie die Regierung anschwärzen will, sondern damit ich auch erkläre, warum sich die Finanzen der Stadt in eine bestimmte Richtung bewegen. Das ist nicht nur bei den Bundesthemen so, sondern auch bei den Landesthemen und bei den Landesthemen ist das noch viel dramatischer. Ich habe mir das vom Herrn Finanzdirektor noch einmal genau ausdrucken lassen, weil ich gesagt habe, wo sind denn die Erhöhungen, warum haben wir denn Erhöhungen 2006. Weil wir haben im heurigen Jahr damit zu rechnen, dass wir ein ausgeglichenes Budget haben. Also die Stadt wird ausgezeichnet von der Finanzsituation geführt. Das kann ich, ohne dass ich mir irgendetwas vergebe, hier behaupten. Für das nächste Jahr, und da gibt es ganz klare Zahlen, wie sich die Landestransfers entwickeln, gibt es eben eine Steigerung, alleine Ausgaben und Einnahmen summiert bei den Transferzahlungen, von 1,7 Mio. Euro. Also, alleine nur bei dieser Position und das habe ich auch heute bei meiner Budgetrede sehr deutlich gesagt.
Was ich heute auch noch an die Adresse der ÖVP sagen möchte: Ich habe mich, und der Kollege Bremm wird das sicher bestätigen, bei den Budgetverhandlungen ehrlich bemüht, mit Ihnen, mit den Grünen, mit den Freiheitlichen, ein gutes Gespräch zu führen und wirklich versucht, ein gemeinsames Budget zu beschließen. Es hat wirklich gute Gespräche gegeben, es hat Forderungen gegeben, wo man gesagt hat, wir können uns vorstellen, dass wir in diese Richtung gehen. Der Roman Eichhübl hat mir so ziemlich genau vor einer Woche gesagt, unsere Forderung ist ganz eindeutig, wir wollen diese Kreditsperre, wir können bei bestimmten Themen nicht mitgehen, ich muss dafür das Einsehen haben, dass man da beim nächsten Budget nicht mitgehen kann, dafür habe ich auch das volle Verständnis. Bei den Grünen waren wir auch sehr weit, das muss ich wirklich sagen, es hat

Gespräche gegeben, die sich auf sehr guter Linie bewegt haben und ich war auch zuversichtlich, dass es heute zu einem gemeinsamen Beschluss des Budgets kommt. Es hat halt im Kreise der Grünen vielleicht doch die eine oder andere Auffassung zu diesem Thema gegeben. Es ist halt nun einmal so, er muss sich auch immer wieder bei seinen Parteikolleginnen und -kollegen rückversichern, das ist verständlich, das ist für mich klar, aber es hat halt da offensichtlich auch unterschiedliche Aussagen gegeben und die haben dazu geführt, dass man gesagt hat, es geht halt so nicht.
Was mich allerdings bei der ÖVP unheimlich berührt hat, und das war für mich auch der Grund, wo ich gesagt habe, da kann ich nicht mehr drübersteigen, wenn ich über die Medien mitgeteilt bekomme, was ich für ein Schuldenkönig bin und heute ist ja noch eines draufgesetzt worden, mit Schuldenkaiser, dann muss ich sagen, dann ist die Gesprächsbasis einfach nicht mehr gegeben. Ich muss mir zuerst sagen lassen, dass die Stadt Steyr pleite ist und muss mir im Anschluss noch sagen lassen, dass ich der Schuldenkönig bin und dann soll ich mich noch einmal zusammensetzen und über das Thema verhandeln, noch dazu mit dem Hintergrund, wie es der Kollege Hackl schon gesagt hat, wo ich wirklich in der letzten Zeit versucht habe, ein gutes Verhältnis zur ÖVP aufzubauen. Ich habe auch wirklich geglaubt, ich bin auf dem Weg dazu, aber ich war dann fürchterlich enttäuscht und ich muss sagen, ich habe mir die Zusammenarbeit mit der ÖVP ganz anders vorgestellt. Ich bin sehr enttäuscht, es ist nicht so, dass ich fast beleidigt bin, sondern ich bin beleidigt. So wie es heute in der Zeitung gestanden ist, das war für mich eigentlich eine Definition, mit der ich nicht einverstanden war, ich bin wirklich beleidigt, weil so einfach geht man nicht über solche Vokabeln hinweg, das bringe ich auch nicht so ohne weiters zusammen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich hoffe, du erklärst das deinem Geschäftsführer.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Du hast mich persönlich angegriffen, mit „Schuldenkönig Forstenlechner in jedem Haushalt in Steyr“ und das ist ein Stil, den kann ich an und für sich nicht verstehen. Mein Ziel ist, dass ich heute aus einer Budgetgemeinderatssitzung rausgehe und ich kann jedem wieder ins Auge schauen und ich kann mit jedem wieder ein gutes Verhältnis haben, nach dieser Sitzung. Das wäre auch mein Ziel für die Zukunft, weil ich ganz überzeugt bin, dass die Stadt Steyr wirklich gut wirtschaftet. Selbstverständlich ist eine angespannte Lage da, das ist überhaupt keine Diskussion, das brauchen wir auch nicht schönreden, sondern es gibt auch noch das eine oder andere, was noch zu lösen ist, aber es ist nicht unlösbar und ich bin auf alle Fälle überzeugt, dass wir auch in Zukunft in Steyr eine sehr gute Entwicklung haben werden. Danke schön.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
So, meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung des Hauptantrages mit dem Abänderungsantrag der SPÖ. Wer dafür stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist gegen das Budget? 6 ÖVP, 3 FPÖ, 3 Grüne. Keine Stimmenthaltung. Das Budget wurde mit Mehrheit beschlossen.

Ich wünsche allen alles Gute, schöne Feiertage, einen guten Rutsch und hoffe, dass nächstes Jahr hier ein Umdenken vorgeht.

ENDE DER SITZUNG UM 16.50 UHR

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
Christian Aichmayr eh.
Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
GR Ernst Esterle
GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner